

DER KAMPF

Jahrgang 3

1. Jänner 1910

4. Heft

Karl Renner: Die Entwaffnung der Obstruktion

Die Geschichte der Jahrhunderte kennt wohl kein Beispiel eines so jähen Umschlages, eines so bestürzend-überstürzten Wandels aller Dinge, wie es die denkwürdige Dauersitzung des Abgeordnetenhauses geboten hat. Die öffentliche Meinung Oesterreichs ist wie auf den Kopf geschlagen, die bürgerliche Presse martert den dumpfen, dummgeschlagenen Schädel mit Erklärungsversuchen, das Publikum schüttelt den Kopf und redet von Intrigen und Verschwörungen, alle Siebengescheiten und Neunmalweisen machen sich wichtig mit sensationellen Andeutungen und der fromme Patriot dankt vielleicht dem heiligen Geist für die wunderbare Erleuchtung der Abgeordneten. Aber, dass der Zusammenbruch der Obstruktion auf einfachem und natürlichem Wege vor sich gegangen, das will fast niemand glauben oder einbekennen.

Wohl sind die Widersprüche krass, sie schreien geradezu: Bis Samstag morgens obstruiert die slawisch-agrarische Minderheit ausdauernd, zäh, leidenschaftlich, bis dahin belagert die arbeitswillige Mehrheit die Obstruktionisten mit aller Macht, erbittert, ohne Pardon. Bis Samstag morgens preist die slawisch-agrarische Presse die Obstruktion als Heldenwerk, als Befreiungstat, verdammt und schmäht die deutschnationale Presse dieselbe Obstruktion als erpresserische Niedertracht. Bis Samstag morgens ist die alte Geschäftsordnung den slawischen Nationalisten ein Palladium der Freiheit, den deutschen Nationalisten die Geschäftsordnungsreform die einzige Rettung. Bis Samstag morgens fühlen die deutschen Nationalisten sich als Herren der Situation, als Stützen der Regierung, als Bienertgarde, die tschechischen Nationalisten als Opfer des Regimes, die zur Empörung genötigt sind. Da spricht der Präsident die magische Zauberformel: „Wir gelangen zum Antrag Krek-Kramarsch“ — und alle Dinge, alle Parteien schlagen ins Gegenteil um: Die Obstruktionisten schreien nach Geschäftsordnungsreform, die Geschäftsordnungsreformer drohen Obstruktion. Das Haus, das zwei kämpfenden Heerhaufen geglichen, einigt sich über alle nationalen, politischen und sozialen Gegensätze hinweg und beschliesst mit Vierfünftelmehrheit sofort eine Reform gegen eine doppelt lächerliche Minderheit: Lächerlich durch die geringe Zahl von 91 Stimmen, lächerlich durch ihre Zusammensetzung, da Chiari und Choc, Wolf und Fresl einmütig „nein“ stimmen und einmütig gegen den angeblichen Gewaltstreich protestieren!

Darüber hat die bürgerliche Presse schier die letzte Neige von Verstand verloren, vor allem die „Neue Freie Presse“. Sie hatte, eine wiedergekommene Herodias, in wahnwitziger Ekstase nach dem Haupt des Johannes-Obstruktion geschrien — da geschah das für sie Unerwartete, Unausdenkbare. Die slawische Obstruktion köpfte sich selbst und schmiss ihr das Haupt in den Schoss: Da brach bei ihr der hysterische Wahnsinn vollends aus, sie zerriss ihre Kleider von oben bis unten und heulte nunmehr tagelang: Die deutsche Nation ist enthauptet! Enthauptet das Deutschtum, weil die slawische Obstruktion abgetan ist! Gewalt, weil die Gewalttat der Obstruktion aufhört! Gesetzesbruch, weil der Missbrauch der Geschäftsordnung ein Ende nimmt! Offenbar — der „meschuggene Schmock“ ist definitiv umgeschnappt.

Was erklärt diese Vorgänge, was bedeuten sie?

Die Bourgeoisie Oesterreichs ist von einer politischen Presse bedient, welche, im Kurienparlament herangezogen, ausschliesslich auf nationalistische Bierbankpolitik gedrillt,

ausser der nationalen Phraseologie nicht das Geringste gelernt hat und das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes absolut nicht versteht. Das innerste Leben dieses Hauses, seine Stärke wie seine Schwächen sind dieser Presse ganz und gar verborgen. Ihr Urteil über die Persönlichkeiten, die das Haus birgt, ist beinahe tölpelhaft. Von früher her gewohnt, das staatsmännische Getue der Grossgrundbesitzer, die geschwätzige Tribünenpose der Provinzadvokaten, die bissig-humorigen Hetzreden von Kleinbürgern als parlamentarische Aeusserungen zu bestaunen, finden diese Journalisten zu den Männern des neuen Hauses gar kein geistiges Verhältnis. Neun Zehntel derselben sind ihnen „dumme Bauern, beschränkte Arbeiter, langweilige Spiessbürger“. Sie haben keine Ahnung, was diese Männer im Innersten bewegt und darum sind sie ihnen ganz uninteressant. Dass diese Bauern von ihren Wirtschaften, diese Arbeiter aus ihren Werkstätten, diese Bürger vom Geschäft kommen, dass sie von dort reiche praktische Erfahrung und grosse Menschenkenntnis mitbringen, dass sie sich in Gemeinde, Genossenschaft, Gewerkschaft praktisch bewährt, mit allen staatlichen Instanzen herumgeschlagen haben, mit der Seele des Volkes, wie es draussen arbeitet, erwirbt, hofft und leidet, durchaus vertraut sind und in der Politik in erster Linie die nahen konkreten Interessen ihrer Wähler durchsetzen wollen — das alles fasst der Schmock nicht, das interessiert ihn nicht. Er nimmt diese ergeborenen Individualitäten hin wie etwa eine literarische Ware. Kämen sie noch von der Börse oder wenigstens vom Tandelmarkt, er könnte sich einen Reim auf sie machen; aber so wie sie sind, erscheinen sie ihm schrecklich banal und unbedeutend. Und doch zählt dieses Haus — ich will von meinen Fraktionsgenossen nicht reden, da unsere Leser sie kennen — eine reiche Fülle von Persönlichkeiten; es zählt Bauern, die an Verstand und Herz sämtliche geschniegelten Grossgrundbesitzer des alten Hauses in Schatten stellen, bescheidene Männer, die im zweiten und dritten Glied ihrer Partei stehen und mehr politische Begabung haben als ein Dutzend schönredender Advokaten. Um nur ein Beispiel zu gehen: Beweist nicht der Gedanke, die Slawische Union aus dem Elend der selbstangestifteten Obstruktion mit so kühnem Entschluss herauszuschlagen, seltene politische Genialität bei dem Anreger des Antrages Krek? Das Haus birgt weiters eine reiche Fülle von Fachwissen, das freilich durch die Obstruktion ausgeschaltet war. Nur ist dieses Fachwissen nicht jenes, das dem Schmock imponiert, es ist gar nicht literarisch. Da der Schmock weder den Menschen noch sein Streben, nicht den schweren Ernst des neuen politischen Mandats, nicht die Fülle seiner ökonomischen und sozialen Verpflichtungen begreift, ist er gar so rasch bereit, das Volkshaus von oben herab zu belächeln, zu schmähen und zu besudeln, darum versteht er das Haus nicht und ist ab und zu frappiert über sein Verhalten, nur darum ist die Presse heute so masslos erstaunt über die Vorgänge jener denkwürdigen Dauersitzung.

Wollen wir sie begreifen, so müssen wir vorerst festhalten: Neun Zehnteile der Abgeordneten tragen ein Mandat, das sie in schwerem Wahlkampf, in aufreibender Konkurrenz mit anderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Richtungen erobert haben und nur behaupten können, wenn sie sich bemühen, die Summe all der erhaltenen Aufträge zu erfüllen. Die schwere Verantwortung dieses Mandats macht diese Männer ernst und im Notfalle zu der grössten Leistung fähig — politische Kuriengigerl, Literaturfexe, hohle Schönredner sind diese Männer nicht mehr.

Wer diese Tage begreifen will, muss auch eingestehen: Niemals nahmen im Kurienparlament so viele Abgeordnete an den Verhandlungen teil. Das Volkshaus kennt jene Kategorie von Parlamentariern, die nur am Letzten zur Diätenzahlung erscheinen, nur in vereinzelt Exemplaren. Niemals hat eine Nachtsitzung des Kurienparlaments so diszipliniert und nüchtern ausgesehen wie diese Sitzung von fünf Tagen und sechs Nächten. In dieser Sitzung gab es nur einen einzigen Trunkenen. Niemals hat es bei den Parteien des Kurienparlaments so viel Disziplin gegeben. Bei dieser Belagerung der Obstruktion wurde der Schichtwechsel links und rechts so prompt durchgeführt, dass der Präsenzstand im ganzen Haus kaum um zehn Köpfe schwankte. Nicht ein einzigesmal zeigte das Volkshaus so wüste Szenen wie das „gebildete“ Kurienparlament. Dies alles muss einmal konstatiert werden, um den journalistischen Lumpenhunden, die das Haus schmähen, den gebührenden Fusstritt zu versetzen.

Da das Haus so beschaffen ist, haben neun Zehntel desselben links und rechts die Obstruktion allezeit als ein schlimmes Erbe aus dem Kurienparlament empfunden, viele Obstruente haben die Obstruktion nur wider Willen mitgemacht, durch die Wählerdemagogie der Nationalradikalen, der Choc und Wolf, dazu genötigt und an der Möglichkeit, diese Demagogie endlich einmal abzutun, leidvoll verzweifelnd. Jene Demagogie, diese Verzweiflung lagen wie ein Alpdruck auf dem Hause, während die bürgerliche Presse noch immer von verbissener Obstruktion faselte.

Dies die psychischen Voraussetzungen des Umschlages. Wir Sozialdemokraten können uns rühmen, sie verstanden zu haben. Denn wir erklärten schon im Juli: Man darf vor der Obstruktionsdrohung nicht davonlaufen, man muss die Obstruktionisten zwingen, mit der Drohung Ernst zu machen, damit einerseits die Obstruktionisten vor der Gesamtheit aller erwachsenen Männer Oesterreichs die volle Verantwortung für die Obstruktion tragen, andererseits diese Wählermassen die wirkliche Obstruktion mit allen ihren verheerenden Wirkungen schauen und sich ein Urteil an den Tatsachen bilden können. Man hat uns damals nicht gehört und nicht verstanden — Bienerth ist feige oder aus Berechnung davongelaufen.

Im Dezember war unsere Taktik die gleiche, nur verschärft. Wir zwangen — insbesondere durch den Aufmarsch der Wiener Arbeiter — die Regierung und die Parteien der Linken standzuhalten und die Obstruktion zu stellen: Mögen die Volksmassen sehen und spüren, wie die Obstruktion leibhaftig aussieht und tatsächlich wirkt, mögen die Obstruktionisten die volle Verantwortung der Parlamentszerstörung übernehmen — dann möge die Wählerschaft in Neuwahlen richten.

Diese Taktik hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Im Parlament war die Obstruktion sicherlich unbesiegbar, die slawischbürgerliche Presse jubelte ihr natürlich zu: Aber die Volksmassen begannen rasch ihr Urteil zu berichtigen. Hätte sie nur acht Tage fortgedauert, der Volkssturm hätte sie geknickt. Nicht nur in Wien, auch in den Provinzhauptstädten begannen die Arbeiter aufzustehen.

Dazu kommt ein anderes: Die bloss gedrohte Obstruktion kann immer verleugnet werden, Obstruktionsdrohungen sind in diesem Hause von links und rechts hin und her geflogen, jeder galt als möglicher Obstruktionist und jeder gab sich als Obstruktionsgegner. Der aufgenommene Kampf fixierte die Obstruktion. Die tschechischen Agrarier, das waren nun, vielleicht auf Wochen hinaus, die gestellten, gerichtsordnungsmässig schuldigen Obstruktionisten. Sie waren es nach unten, aber noch mehr nach oben. War ihre Schuld dauernd fixiert, dann waren Krone und Regierung in einen dauernden Gegensatz gegen sie gebracht, eine Aussöhnung auf lange Zeit unmöglich. Das war der Grund, warum die „Neue Freie Presse“ diese Obstruktion hütete wie einen Augapfel, warum sie ihr jeden Ausweg verrammeln, jede Umkehr vereiteln wollte, sie und mit ihr Bienerth. Sie stachelte diese Obstruktion, wie ein schurkischer Arzt die Krankheit nicht heilt, sondern erhält: Von der Krankheit dieser Obstruktion sollte Bienerth ewig leben, der deutsche Einfluss bei Hof ewig profitieren, mochte auch das Parlament und die Demokratie an dieser Krankheit verrecken! Diese kurzsichtige byzantinische Journaille weiss nicht und will nichts davon wissen, dass Völker die wahre Kraft aus sich selbst, aus der Demokratie schöpfen, sie glaubt ihrer Nation einen Dienst zu erweisen, wenn sie das eigene Volk in die Hofgunst hinein-, die anderen Völker aus der Hofgunst herauslügen und -intrigieren kann. Das nennen sie „den Kampf für die Nation führen“!

Die volle Wirkung der Obstruktion nach oben und unten konnte nur die verwirklichte Obstruktion zeitigen. Sobald die Slawische Union in dieser Sackgasse vom ganzen übrigen Hause sich dauernd und ernsthaft belagert sah, erkannten ihre Führer bald, dass sie in ihr nach oben und unten moralisch erliegen müssen, wie lange immer sie physisch bestehen. Da stellten sie den Antrag Krek-Kramarsch.

Es muss nun zum ewigen Gedächtnis festgestellt werden, dass zunächst auf der ganzen Linken und Rechten niemand diesen Antrag ernst nahm. Wären die bürgerlichen Parteien — wie im Kurienparlament — allein gewesen, der Antrag wäre als „schlechter Witz“ verlacht worden. War doch allen Deutschen diese Obstruktion nicht ganz unwillkommen und die „Neue Freie Presse“ stärkte diese Stimmung geflissentlich!

Hatte man sich doch links und rechts schon mit dem Ausweg des § 14 vertraut gemacht! Der Absolutismus sollte helfen und retten, er sollte durch die Tat selbst auf lange Zeit den Slawen zum Feind, den Deutschen zum Freund werden. Man fand sich leicht ab mit dem Absolutismus, wie oft schon früher: Hoch der Absolutismus, wenn er sich nur deutsch gibt!

Da griff der sozialdemokratische Verband zum zweitenmale ein. Ebenso schlimm wie die Obstruktion galt ihm dieser Ausweg des Absolutismus. Was also tun?

Zwei bewaffnete Männer zu entwaffnen ist für den waffenlosen Dritten schwer. Aber wie denn, wenn sie sich im gegenseitigen Kampf ermüden bis zur Erschöpfung? Vielleicht ist es dem dritten dann leichter, beiden zugleich die Waffe abzunehmen und zum Schlusse beiden zu nützen, indem man sie von einer verhassten, wenn auch notgedrungen benützten Waffe erlöst?

Dieser taktische Gedanke schwebte denen, die unseren Verband in dieser entscheidenden Wendung berieten, allezeit vor. Wussten doch sie und wir alle, dass bei dem gleichen Stimmrecht aller grossjährigen Männer die ernstesten Volksinteressen stärker sein mussten als überkommene Phraseologie und Finessen der Couloirs. Und siehe: Da erbot sich einer der Kämpfer selbst, die Waffe wegzwerfen, wenn der andere das gleiche tue! Der psychologische Moment für die Intervention des Dritten war gekommen. Zwischen die überreizten, übermüdeten Kampfparteien trat dieser Dritte in der für dieses und alle Parlamente denkwürdigen Obmännerkonferenz vom Freitag. Mit erstaunlicher Frische, mit dem ganzen Nachdruck, den der grosse Gedanke und die gebietende Stunde leihen, mit der in jahrzehntenlangem politischen Ringen geschärfte Geisteskraft setzte die Intervention der sozialdemokratischen Obmänner ein. Zuerst und vollständig ward der Polenklub gewonnen, der aus vielen anderen Gründen kein Freund des Absolutismus ist. Langsamer folgten die Christlichsozialen, die sich schon viel früher mit dem § 14 vertraut gemacht hatten; im richtigen Moment schlug in der Person Dr. Luegers doch der alte Demokrat durch, obwohl sein Klub anders beschlossen hatte; er berief sofort den Klub wieder ein, und Samstag früh war der Entschluss allseitig gefasst: Die Waffe der Obstruktion wird zugleich allen entwunden, sowohl denen, die sie heute gebraucht, wie jenen, die sie gestern gebraucht haben und morgen allenfalls wieder brauchen wollen; die Geschäftsordnungsreform wird durch das Haus selbst, ohne Hilfe des Absolutismus, durch die überwältigende Mehrheit des Hauses durchgeführt. Und dies ohne Rücksicht auf Mehrheit oder Minderheit, auf augenblickliche Regierungsparteien und Opposition, im ausschliesslichen Interesse der Selbständigkeit, Selbstachtung und Lebensfähigkeit des Volkshauses.

Dies die Erzählung und Erklärung jener denkwürdigen Vorgänge. Was sie für die Zukunft bedeuten zu erörtern, bleibt vorbehalten, für heute genügt es zu konstatieren: Sie sind ein glänzendes Zeugnis für die innere Gesundheit und Lebenskraft dieses Parlaments, für die Heilkraft der Demokratie überhaupt. Gerade deshalb fällt das ganze reaktionäre Gelichter in verdrossenes Schweigen oder verlegenes Gelalle, gerade deshalb beifert ein grosser Teil der bürgerlichen Presse diese Geschäftsordnungsreform in fassungsloser Wut. Die erstarrte Demokratie „beschränkter Arbeiter, dummer Bauern und langweiliger Spiessbürger“ hat die Rettungsarbeit des Absolutismus diesmal überflüssig gemacht, das allgemeine Stimmrecht mit seinem schwerwuchtenden Mandat hat die windige Demagogie zurückgewiesen, das politische, ökonomische und soziale Gewissen des Volkshauses hat dem extremen Nationalismus — von dem auch die Journalle lebt — im Parlament eine harte Schlacht geliefert und eine erste schwere Niederlage bereitet. Geschlagen sind diesmal (in einer Front) Choc, Wolf und Trylowskij, der tschechische und der deutsche Stransky! Und diese Front der Extremen hat nicht einmal 100 Stimmen auf sich zu vereinigen gewusst, obwohl sie noch unverdienten Zuwachs hatten, da die meisten der „grossen“ deutschen Führer in gewohnter Schlachtenangst so lange hin und her schwankten, bis sie dort standen, wo es Schläge gab. Das nennen die Herren eben „Taktik“.

Das Haus des gleichen Stimmrechts aller hat mehr vermocht als alle Kurienhäuser vor ihm: es hat die Obstruktion eingedämmt, es hat alle Völker und Klassen auf dem parlamentarischen Kampfboden zusammengeführt zur Sicherung der Demokratie, zum Kampf gegen Absolutismus und Demagogie. Es hat sich die Achtung aller erobert!

Josef Hammer: Silvestergedanken

Wie atmen wir alle erlöst auf: Endlich hat die Stundenuhr in die kalte Winter-
nacht den zwölften Schlag hinausgewimmert — kein Zweifel, nun hat es ausgeröchelt,
dieses vertrakte Neunerjahr. Wie hat es sich träge von Tag zu Tag fortgeschleppt gleich
einem plumpen Untier, wie hat es uns durch dreihundertfünfzig Tage gemartert mit
seiner Langweile, gequält mit Sorgen und angewidert mit seinen verschwommenen
Fratzen! Da plötzlich, als wir das Jahr schon in Sumpf und Öde verenden sahen, als
wir schon mit 1910 rechneten, schlägt es in den letzten drei Wochen um, wird
spannend, dramatisch, heroisch, triumphal! Wir fühlen uns von diesem Unwesen
„Neujahr“ hintergangen, es ist uns, als hätte es alle Welt durch dreihundertfünfzig Tage
absichtlich angeödet, um sie zwei Wochen durch jähe Freude verrückt zu machen!

Langweile ohne Unterschied der Branche! Sie war Jahresregent! Oft dachte ich
mir, was denn vorzuziehen wäre: Dreihundert Tage Holz hacken unter einem bleiernen
Nebelhimmel oder dreihundertmal das „Inland“ der „Arbeiter-Zeitung“ redigieren unter
einer Regierung Bienerth? Dreihundertmal als Tierarzt kranken Rössern in den Rachen
gucken oder den Bürgerlichen — Verstand predigen? Dreihundertmal in die Fabrik
und aus der Fabrik laufen ohne rechten Verdienst — oder dreimal als Volksvertreter
einberufen und wieder vertagt werden, um der Herren Fresl und Choc Gesellschaft zu
geniessen und wieder zu entbehren? Und so fort, bis plötzlich ein Zauberwort alles wandelt.

Ach! Die zwölf Schläge verklingen, der Brustkasten dehnt sich erleichtert — es
muss uns ein Alp gedrückt haben, ein Alp so schwer wie ein Kalb, so plump wie ein
Walross, so zäh wie ein — Ministerpräsident. Das war qualvoll — dreihundertfünfzig
Tage ökonomischer Arbeiter sein im Jahr der wirtschaftlichen Krise, politischer Arbeiter
sein im Jahre parlamentarischer Versumpfung. Aber wie denn? War es denn wirklich
eine Ueberraschung, als plötzlich „Arbeitsfähigkeit“ eintrat, als plötzlich das politische
Leben so furchtbar interessant ward? Vielleicht haben wir das Jahr bis dahin nur
missverstanden? Wie immer dem sei: Nun sind die zwölf Schläge verklungen, die
Lichter flammen wieder auf, die Augen blitzen, frei atmet die Brust. Der Kleinmut ist
gewichen.

Doch aufgepasst! Ein herrlicher Jüngling schlägt ans Glas und will sprechen: es
ist das Neue Jahr, das dem alten den Nachruf hält!

„Ihr Undankbare! Ihr Unverständige! Ihr meint wohl, die Zeit hat geschlafen, weil
euch selbst die gewohnte Schlafmütze tief übers Ohr herabgerutscht? Ihr meintet, die
Zeit war trüb, weil eure Augen und Sinne im Nebel lagen? Ja, ihr habt die Räder
der Weltgeschichte nicht vorüberrasseln gehört, das Wachs der Schlawheit stak euch in
den Ohren.

Ihr wart verwöhnt von früher! Die letzten Jahre haben mit Sensationen nicht
gespart. Sie schleppten vor euch den entthronten König von Norwegen und den Krö-
nungszug eines neuen Nordlandsherrschers; sie zerrten vor euch die Leiche des Obrenov-
vich und den blutigen Thron, den ein Karageorg bestieg, die Leiche des portugiesischen
Koburgers und seinen überlebenden Erstgeborenen; grandiose Tragödien der Revolution
führten sie euch vor: es zitterte der Thron des Zaren, des Sultans, des Schahs und hin-
gerissen vom gewaltigen Schauspiel und von eurer eigenen Leidenschaft stürmtet ihr von den
Tribünensitzen herab in die Arena und kämpftet mit, schlugt eure eigene Revolutions-
schlacht, eure Wahlschlacht. Das war etwas für Nerven und Herzen.

Sehr begreiflich, dass ihr, zurückgekehrt auf die Tribünensitze der Zuschauer, still-
zusitzen gezwungen und vom Kampfe noch müde, dem Ringen da drunten kein Interesse
abgewannet. Weil ihr müde und schlafsüchtig, glaubt ihr, der Ringkampf der Zeitarena
sei minder gross und ernst?

Was wollt ihr? Erzitternde Throne? Mein Vorläufer Neun hat sie gebracht! Ist
es euch nicht genug, dass er den Harem des Sultans Abdul Hamid gesprengt und ihn
selbst ins Loch gesetzt? Ein Sultan in Marokko enthront, ein neuer installiert; ein
Perserschah gestürzt, ein neuer erhoben; ein Bulgarenfürst zum König gekrönt — ist
das nicht Spektakel genug?“

„Wir sind nicht spektakelsüchtig — vazierende Sultane interessieren uns nicht mehr als amtierende. Und dann — Norwegen, Serbien, Portugal, Türkei, Persien, Marokko — die Kronen wechseln beinahe rascher als die Direktoren von Aktiengesellschaften; man wird's gewohnt. Wir wollen, dass die Welt selbst fortschreitet.“

„Ihr seht die Blätter fallen und wollt doch nicht glauben, dass es Herbst wird! Euch hat das Wachs in euren Ohren gehindert, das Brausen zu hören, das durch die Welt geht, der Nebel um euren Augen, zu sehen, wie die ganze Erde neu wird! Was wusstet ihr denn sonst vom Morgenland, als dass es einen tausendjährigen Schlaf halte? Was war euch bisher die Türkei anderes als das Land, in dem ein Sultan in seinem Harem den Tschibuk raucht, und Persien als das Land, wo der Schah Köpfe abschlägt, und Indien das Land, wo der Pfeffer wächst? Eine ungeheure tote Masse war die Welt, am Rande verziert von dem halbfreien Saum Europas, gleichsam ein leichenstarrer Körper, in dem nur das Auge wach war. Fühlt ihr denn nicht, dass die Starre gewichen, dass die Welt, der Riesenkörper, aufsteht?“

Merkt ihr das nicht, wenn ihr statt der üblichen Haremsnachrichten aus Konstantinopel leset, dass dort ein Parlament von Männern, von wahrhaften Männern tagt? Ist das nicht Erneuerung, Wandel von Grund aus, eine andere Welt? Des Morgenlandes Papst und Kaiser zugleich, die verkörperte und doch unnahbare Allmacht war der Sultan — mein Vorgänger Neun hat ein Türkenheer vor Konstantinopel geführt, die verkörperte Allmacht in ein profanes Eisenbahncoupé gesetzt und ein Maschinführer erster Gehaltsklasse hat ihn in die Verbannung expediert, worauf der Haremspalast zum Volkspark erklärt ward, damit dort die Ammen ihre Pfleglinge spazieren führen — den Hunden jedoch ist der Garten in alle Zukunft verboten!

Oder ist es eine Kleinigkeit, wenn der junge Schah von Persien, statt Untertanen wie lästige Disteln zu köpfen, Wahlen ausschreibt, um bei einem hundertköpfigen Parlament Rat und Widerstandskraft zu finden? Oder wenn der Hindu, das dreihundert-millionenköpfige Lasttier Englands, sich emporreckt, Englands Landvögte behandelt wie Wilhelm Tell den Gessler, wenn in Indien der scharfe Pfeffer der Revolution ins Kraut schießt? Wenn an den Wellen des heiligen Ganges, aus denen nächstens fromme Gazellen trinken und geängstigte Lotosblumen in Märchenpracht zum Monde emporflehen — so sangen die Dichter bisher — die indische Marseillaise den britischen Schreckensmännern ins Ohr dröhnt?

Ist diese Wirklichkeit nicht wundersamer als alle Märchen?

Oder wenn nahe dem rosigen Wiegenflaum der Morgensonne, im Lande der Kirschblüte, in Japan, der zyklische Dampfhammer Kanonen schmiedet gegen den Zaren und sein Reich? In diesem Gedröhne verstummt der feenhafte Sagenmund des Morgenlandes, da schreit die Wirklichkeit der neuen Welt laut auf: Die Freiheit hat ihren Donnergang um die Erde angetreten und die Völker erschauern ihr entgegen.

O ihr Kleingläubigen, die sich dreihundertfünfzig Tag gelangweilt haben, dieweil eine ganze Welt erstaut aufgehört!“

„Wohl — so geschehen im Morgenland! aber in Europa! Und erst bei uns!“

„Man sagt, der Weise höre das Gras wachsen und der Sorgsame denke beim Knistern des Gebälks an den Einsturz der Behausung. Ihr seid nicht weise noch sorgsam. Die Prunkpaläste der bürgerlichen Staaten knistern nicht, sie ächzen und krachen: Die Staatsschulden haben ihr Fundament unterwühlt, die Rüstungslasten erdrücken sie und aus allen Fugen stöhnt die Finanznot. Was ihr selbst durch Jahrzehnte verkündet, daran zweifelt ihr jetzt, da es sich bewahrheitet. Militarismus, Marinismus und Bureaukratismus haben die Staatskassen, die kapitalistische Ausbeutung hat die Steuerquellen ausgeschöpft: Zur selben Stunde sind England, Frankreich, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Russland finanziell erschöpft. Wie Opiumesser, vom Gifte pyralisiert, durch verstärkte Giftdosen die Selbstauflösung hinausschieben und doch zugleich beschleunigen, so wännen die Staaten durch mehr Steuern und mehr Schulden sich zu retten. Das ist kein Knistern, kein Krachen mehr, das ist beinahe schon der Krach. Aber ihr habt Wachs in den Ohren.“

So seht doch wenigstens! Seht, wie die herrschenden Klassen sich an die Säulen ihrer alten Macht angstvoll klammern: ihre Illusionen schwinden zuerst und in der Not vergessen sie sogar das gewohnte Trugspiel zur Täuschung der unteren Klassen. Seht nach England: Die Grundherren und Kapitalmagnaten geben das Verfassungsspiel im Unterhause preis und verschanzen sich hinter den Portalen des Oberhauses; die französische Bourgeoisie verliert den Geschmack an Clemenceaus schillernder Komödie von der republikanischen Demokratie. Die Herrschenden in Deutschland verzichten auf das schöne Schäferspiel der konservativliberalen Paarung und kehren zurück zum alten Bunde von Pfaff und Junker, in die alte Bundesverfassung des preussischen Landtages. Sie sehen, wie die Sintflut der roten Welle gewaltig schwillt, sie suchen Schutz bei Thron und Altar, in Burg und Kapelle.

Nein — die Zeiten gefallen ihnen nicht mehr. Sie vernehmen zu deutlich, wie der Volkswille emporsteigt — man braucht nicht das Gras wachsen zu hören, er bricht vulkanisch auf. Zwischen den verschwiegenen Klosterhöfen Spaniens prasselt er empor in Barcelona und lässt sich nicht durch Flintenkugeln abtun wie ein vereinzelter Mann, wie Ferrer. Im kalten Norden, in Schweden, flammt er auf im Massenausstand und lässt sich nicht aushungern. In unabsehbaren Heerhaufen erobert er die Urnen Deutschlands und lässt sich nicht niederreiten wie eine Schar verdursteter Hereros. Er glüht in den Vulkanen der russischen Gesellschaft und lässt sich nicht in Kerkern erdrosseln, nicht auf dem Galgen erwürgen wie einzelne seiner ausgespitzelten Vorkämpfer. Er stellt sich in offener Wahlschlacht in England und wirft die Macht der Lords darnieder. Nicht aushungern, nicht füsillieren, nicht erdrosseln kann ihn die Reaktion. Denn der Volkswille ist unsterblich; er kann zu Zeiten rasten, doch niemals erstarren — heute aber ist er auf dem Marsche!

Der Volkswille, das ist heute die Demokratisierung und Sozialisierung der Menschheit, der Aufstieg der Arbeiterklasse zur Freiheit und Macht. Throne und Altäre, Burgen und Kapellen, Herrenhäuser und Landtage, Aerare und Arsenalen, tausenderlei ragende Säulen, die den Herrschaftsbau des Kapitalismus tragen, mögen entgegnetrotzen — ihre Fundamente sind hohl geworden und ihre Kapitale krachen.

Die ganze Erde vom Aufgang bis zum Niedergang ist in mächtiger Bewegung und schon manchen hat das Haus begraben, das ihn schützen sollte.

Und ihr — langweilt euch; ihr habt euch dreihundertfünfzig Tage gelangweilt. Wenn es gut ging, standet ihr am Seismographen, saht die Pendel ausschlagen und konstatiertet: ein Fernbeben! Und doch seid ihr zwischen Ost und West, zwischen politischnationaler und demokratischsozialer Revolution gelagert und habt teil an beiden! Die Erhebung des Ostens, die Geburtswehen neuer Nationen, haben auch unser Land erschüttert. Im Süden ballen sich Völkertrümmer zusammen und wollen eine Nation werden. Im nächsten Osten, jenseits der Leitha, wachen Völkerschaften auf und wollen Nationen werden — freilich, die Staatsweisen sehen davon nichts, sie stürzen sich auf schweinsledergebundene Schmöcker und interpretieren das Staats- und Völkerrecht, oder sie prüfen gestohlene erschacherte Akten an der Hand der Manzschen Gesetzausgaben und konstatiieren Hochverrat, um dieser vertrakten Weltgeschichte, die nicht in ihre Schädel will, den Prozess zu machen. Aber ihr müsst doch verstehen, was vorgeht: Völker werden geboren, Völker wollen frei und eins sein, es ist Keimzeit für Nationen!

Und ihr habt auch teil an dem Westen! Habt ihr nicht auch eure Lords, die herrschen wollen — und nicht zahlen? Habt ihr nicht eure Landtage, die schlimmer sind als der preussische? Habt ihr nicht Pfaffen und Junker? Habt ihr nicht auch Kämpfe um Zolltarif und freien Handel? Habt ihr nicht auch hier die frivole Einmischung der altersversorgten Staatspfründner in Staatssteuern und Altersversicherung? Und habt ihr nicht jenseits der Leitha den Ansturm der arbeitenden Klassen gegen die politische Rechtlosigkeit, ja den Ansturm des kleinen Mannes gegen die feudalsozialistische Oligarchie?

Ihr müsst doch verstehen, was vorgeht: Die Arbeiterklasse steht auf und will die Menschheit sein! Es ist Keimzeit für eine neue Menschheit!

Seht also, ihr habt das Schauspiel doppelt: Zugleich der Osten und Westen! Müsste es euch nicht doppelt fesseln und zur Tat begeistern?

So müsste es: aber weil sich zu Zeiten politisch-nationales Ringen und demokratisch-soziales Streben nicht summieren, sondern kreuzen, nicht gegenseitig steigern, sondern hemmen, so dass im brodelnden Widerspruch zwei Ströme sich brechen und still zu stehen scheinen, steht auch ihr mit einemmale verdrossen still und klagt: Es geht nichts vorwärts.

Da verdriesst euch das Gebrodel, ihr tut Wachs in die Ohren, zieht die Schlafmütze darüber, gähnt und klagt: Dreihundertfünfzig Tage sind zu viel für ein Jahr!

Sonst aber waren euch die Stunden des Lichtes zu kurz für eure Begier, zu schauen, die Stunden der Nacht zu kurz für eure Lust, zu lernen, die Tage des Jahres zu wenig für euren Durst, zu kämpfen.

Freilich, wenn dann plötzlich beide Strömungen in eine Rechnung geraten, da bricht der Damm, da löst sich der quirlende Schaum und doppelt so rasch schießt der entfesselte Strom dahin — dann jauchzt ihr, dann möchtet ihr alle herunterstürmen in die Arena wie anno Fünf.

O ihr Kleinmütigen, ihr Grosstäter! Ihr launischen Kinder! Lernt besser begreifen und ihr werdet gerechter urteilen!

Verklungen sind die zwölf Schläge, der Hammer hebt aus, um das erste Viertel des Neuen Jahres hell einzuläuten! Eure Augen blitzen, eure Brust ist frei: Segnet das Alte Jahr, das euch für das Neue so viel zu schauen und zu schaffen gerüstet hat.“

Josef Strasser: Die Werbekraft des Internationalismus

In dem Aufsatz „Die starke Regierung oder die starke Demokratie“ („Kampf“ III, 3) kommt Otto Bauer zu dem Schlusse, dass der Kampf gegen den Nationalismus heute unsere wichtigste Aufgabe ist. In diesem Kampfe wird unser Internationalismus natürlich intransigent werden müssen. Aber das schreckt Bauer nicht. Gelassen erklärt er: „Der intransigente Internationalismus mag heute Scharen von Mitläufern aus unseren Reihen verscheuchen...“

Die folgenden Bemerkungen zu diesem Satze scheinen mir nicht überflüssig zu sein.

Es gibt leider noch immer Genossen, denen die Stärke der Fraktion, die Zahl der bei den Wahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen die Hauptsache ist. Sie teilen die Menschen (der Mensch fängt naturgemäss erst beim Wähler an) nicht in Parteigenossen und Gegner, sondern in sozialdemokratische und nichtsozialdemokratische Wähler ein. Das Wichtigste an einem Menschen ist ihnen, dass er am Wahltage den Namen unserer Kandidaten auf seinen Stimmzettel schreibt. Wenn er überdies noch Parteisteuer zahlt und das Parteiblatt hält, erscheinen ihnen selbst die strengsten Forderungen erfüllt, die man vernünftigerweise erheben kann. Ist einer dann auch noch Sozialdemokrat, so betrachten sie das als eine sehr, wirklich sehr angenehme Zugabe, aber es zu verlangen, würden sie für eine Gregor Werlesche Ueberspanntheit halten.

Die Genossen, die so denken, werden den von Bauer so bagatellisierten Umstand, dass der intransigente Internationalismus Scharen von Mitläufern aus unseren Reihen verscheuchen kann, selbstverständlich als ein entscheidendes Argument gegen die Intransigenz ansehen; verdankt doch der national temperierte Internationalismus seine Existenz hauptsächlich der, bewussten oder unbewussten, Rücksicht auf die Mitläufer. Und alles, was Bauer in seinem Artikel zugunsten des intransigenten Internationalismus anführt, wird unseren Opportunisten den Verlust von Mitläufern, besonders wenn sie gleich scharenweise verloren gehen, nicht aufwiegen. Rehabilitieren könnte in den Augen dieser Genossen die Intransigenz nur eines: der Beweis, dass der Verlust, den wir durch sie erleiden, durch einen Gewinn — natürlich durch einen positiven Gewinn, einen Gewinn, der in den Mitgliederlisten unserer Organisationen oder in der Auflage unserer Parteiblätter zum Ausdruck kommt — wenigstens kompensiert wird.

In Reichenberg ist dieser Beweis erbracht worden. Dass die Reichenberger Arbeiter eine intransigente Politik machen, wird wohl niemand leugnen wollen; und man wird auch zugeben müssen, dass der Internationalismus nirgends so schroff, ja herausfordernd auftritt wie in Reichenberg. Haben wir uns doch dadurch des öfteren den Spott, ja den Unwillen mancher staatsmännisch denkenden und handelnden Genossen zugezogen. Aber aller Spott hat uns nicht daran zu hindern vermocht, Erfolge zu erzielen, deren wir uns wirklich nicht zu schämen haben. Wir haben im letzten Jahrzehnt — nachdem die Bildungsvereine, in denen das Mitläufertum systematisch grossgezogen wurde, durch die Gewerkschaften überwunden waren — auf die Mitläufer nicht die geringste Rücksicht genommen. Wir haben ihnen nicht die kleinste Konzession gemacht, nicht einmal die, uns „gute Deutsche“ zu nennen. Wir haben nicht nur leichten Herzens mitangesehen, dass sie der Partei den Rücken kehrten, wir haben ihren Exodus nach Kräften gefördert.

„Und das soll ein Erfolg sein?“ wird hier so mancher Genosse ausrufen. „Die Leute vor den Kopf stossen, statt sie zu erziehen?“ Gemach, ich bin ja noch nicht fertig. Man weiss in Reichenberg zwischen Mitläufer und Mitläufer zu unterscheiden. Wir wissen, dass die Mitläufer in zwei Gruppen zerfallen: die eine besteht aus Leuten, die sich der Partei anschliessen, weil sie den Sozialismus schon ein bisschen verstehen. Wesentlich anders ist die zweite Gruppe beschaffen; sie setzt sich aus Leuten zusammen, die mit der Partei sympathisieren, weil sie den Sozialismus missverstehen. Es ist nun — das hat die Reichenberger Praxis, die frühere, nicht die jetzige, bewiesen — ein grober Irrtum, dass diese zweite Gruppe allmählich, so schön „pomali“, zum Sozialismus erzogen werden kann, wenn man nur mit ihren Vorurteilen recht schonend umgeht; sie kann nur Verwirrung stiften und dadurch die Entwicklung der Partei hemmen. Dagegen wird — das haben wir in Reichenberg ebenfalls erfahren und täglich erfahren wir es von neuem — die erste Gruppe von der Partei um so stärker angezogen, je rücksichtsloser wir die Parteigrundsätze propagieren. Wir haben ein Jahr des heftigsten Kampfes mit den Nationalen hinter uns, aber wir können mit diesem Jahre zufrieden sein. Es hat uns grosse Erfolge gebracht. Von der Erziehung der Masse zu sozialistischem Denken wollen wir gar nicht reden. Wir reden heute nur von der Entwicklung unserer Organisation und unserer Presse. Zu einer Zeit, in der zum Beispiel die „Arbeiter-Zeitung“ (nach dem Bericht des Parteisekretärs an den Parteitag) zurückging, hat unser Parteiblatt, trotzdem in der Textilindustrie eine Krise herrschte, zweitausend Abnehmer gewonnen. Von diesen ging zur Zeit des bosnischen Abenteuers und infolge der Verschärfung der Krise fast ein Drittel wieder verloren; im vergangenen Herbst haben wir aber, trotzdem die Krise noch immer nicht überwunden war, das Verlorene wiedergewonnen. Und unsere Organisationen entwickeln seit einigen Monaten eine so rege Tätigkeit, dass die Zentrale nur mit der Anspannung aller Kräfte den an sie gestellten Anforderungen entsprechen kann. Alle Organisationen haben in dieser Zeit Mitglieder gewonnen und geradezu erstaunlich ist der Aufschwung der Frauenorganisation und der Jugendorganisation. Unsere heutige Organisation unterscheidet sich nicht nur qualitativ gewaltig von der Organisation in der Blütezeit des Mitläufertums, sie ist auch bedeutend grösser, als jene war, und wächst jetzt in einem noch nicht dagewesenen Tempo. Wer nicht zugeben will, dass das der Intransigenz zu danken ist, der wird wenigstens zugeben müssen, dass es trotz der Intransigenz möglich ist.

Als vor nun bald anderthalb Jahren die deutsche Volksseele in Böhmen zu kochen anfang und die Nationalen darangingen, die Arbeiterschaft für ihre „Organisationen“, die völkische Arbeiterpartei und die Jungmannschaft, zu gewinnen, wurde auch bei uns manchen Genossen bang. Sie meinten, dass wir doch „ein bisschen“ national werden müssten, um den Ansturm der Nationalen besser abwehren zu können. Aber wir haben uns weder durch das Kriegsgeheul der Nationalen noch durch die Warnungen unserer Schwarzseher beirren lassen. Wir haben uns nicht dazu herbeigelassen, als „gute Deutsche“ aufzutreten. Im Gegenteil, wir haben in unserer dogmatischen Verböhrtheit den Internationalismus nur noch schroffer hervorgekehrt. Wir sind von der Auffassung ausgegangen, dass die nationalistische Phrase im Proletariat nur auf das Gesindel und höchstens noch auf ein paar unreife junge Leute Eindruck machen kann, und der Erfolg hat

uns recht gegeben. Die Reichenberger deutschvölkischen Arbeiter haben sich — was gewiss nicht der Fall gewesen wäre, wenn wir uns mit ihnen tiefer eingelassen hätten, als notwendig war — in zwei Parteien gespalten und dreschen nun aufeinander los, dass es eine wahre Freude ist. Und für die Jungmannschaft ist nach einem kurzen Wonnemond eine böse Herbstzeit angebrochen. Ihre besseren Elemente haben an Saufgelagen und Gassenjungenstreichen kein Gefallen gefunden und kehren ihr nun den Rücken: in den letzten Wochen ist eine ganze Menge Exjungmannen unserer Jugendorganisation beigetreten. Aber auch sonst hat die nationale Jugendorganisation schmerzliche Verluste zu verzeichnen. Die Spenden für Esswaren und Getränke — das ist die ökonomische Grundlage der Jungmannenbewegung — fliessen nicht mehr so reichlich wie im Anfang und dadurch hat die nationale Idee natürlich sehr an Reiz eingebüsst. Mit der Bekehrung der Arbeiter, der jugendlichen wie der erwachsenen, zum Nationalismus ist's also nichts. Der intransigente Internationalismus hat eine stärkere Anziehungskraft als selbst der schmackhafteste und süffigste Nationalismus. Aber Scherz beiseite: ich habe in der Agitation die Beobachtung gemacht, dass der Masse der Arbeiter der intransigenteste Internationalismus am verständlichsten ist und dass sie instinktiv der Auffassung zudrängt, die Genosse Bauer in dem zitierten Artikel und schon auf dem Parteitag vertreten hat: dass der schroffste Kampf gegen den Nationalismus unsere nächste Aufgabe ist. Als die Regierung im Frühsommer mit ihren Steuervorlagen hervortrat, hielten wir in allen grösseren Städten Protestversammlungen ab. Sie waren sehr mässig besucht. Zur selben Zeit hielten wir eine Reihe von Versammlungen mit der Tagesordnung: National oder sozialdemokratisch? ab. Alle waren überfüllt, ja einige gestalteten sich zu leidenschaftlichen Massenkundgebungen gegen den Nationalismus. Die Arbeiter haben das richtige Gefühl, dass der Nationalismus in und ausser dem Parlament unserer Partei die grössten Hindernisse in den Weg wälzt, dass der Kampf gegen ihn die Hauptsache ist und dass nur der intransigente Internationalismus in diesem Kampfe reussieren kann. Trägt unsere Politik diesem Gefühl der Massen Rechnung, so werden wir wohl die Mitläufer verscheuchen, aber dafür die indifferenten Arbeiter in unsere Reihen zwingen. Mir scheint, das wäre — auch vom Standpunkt unserer Opponenten — kein übler Tausch.

August Wesely: Zur Frage der nationalen Minoritätsschulen

Diese von Otto Bauer zur Diskussion gestellte Frage, deren grosse Wichtigkeit schon daraus hervorgeht, dass sie bei dem Ausbau des Nationalitätenprogramms der Gesamtpartei mitbestimmend sein wird, hat bereits ein weites Forum gefunden. Namentlich wertvoll für die weitere Behandlung des Problems sind die programmatischen Ausführungen Bauers, Hartmanns und Tomášek's. Obgleich aber die Genannten die Untersuchung der Frage sehr gewissenhaft geführt haben und ihre Argumentationen unabweisbar richtig erscheinen, so sind sie doch zu ganz entgegengesetzten Resultaten gekommen. Um mich kurz zu fassen: Bauer und Tomášek verlangen einen besonderen Typus von nationalen Minderheitsschulen für das ganze Reich, Hartmann hingegen Vorbereitungsanstalten (Kindergärten, Unterklassen) für anderssprachige Kinder, welche diese dazu befähigen sollen, dass sie später in die Mehrheitsschulen eintreten können. Auf der einen Seite somit Erhaltung der nationalen Minoritäten, auf der anderen die Assimilation derselben.

Wie man daher aus der bisherigen Diskussion im „Kampf“ und auch der diesbezüglichen Debatte im Abgeordnetenhaus ersieht, gestaltet sich die Lösung des nun in den Vordergrund des politischen Lebens gerückten Problems äusserst schwierig; und die sozialdemokratische Partei, die ganz besonders zur Lösung dieser Frage berufen wäre, wird schon noch deren allseitige und gründliche Beleuchtung vorausgehen lassen

müssen, bevor sie sich ganz klar wird, nach welchen feststehenden Normen das Minoritätsschulwesen geregelt werden soll: Hat doch der diesbezügliche Dringlichkeitsantrag der Fraktion den Unterrichtsausschuss vorderhand nur aufgefordert, Gesetzentwürfe vorzulegen, ohne ihm das erforderliche Material, strikte Direktiven gegeben zu haben.

Nach den letzten wirkungsvollen Ausführungen Tomášeks in dieser Sache mögen nun zur weiteren Klarstellung der Frage einige nüchterne Darlegungen aus den praktischen Erfahrungen eines Volksschullehrers folgen. —

Die Schule ist zwar immer ein Politikum gewesen; wir freisinnigen Lehrer wünschen aber, dass sie über die Parteien gestellt, dass sie sowohl den konfessionellen Einflüssen als auch dem nationalen Streite entrückt werde. Im Interesse eines ungestörten Unterrichtsbetriebes müssen wir daher für die einfachste, natürlichste und mithin geräuschloseste Lösung dieser Frage eintreten, die wohl die wäre, dass man das Problem der Minoritätsschulen als solches eben nicht löst, weil es nun einmal — wie ich befürchte — nicht zu lösen sein wird, insolange der nationale Chauvinismus die herrschenden Klassen leitet, sondern es bei dem ursprünglichen, natürlichen Zustande belässt. Meine von jedweder nationaler Gefühlsduselei befreite Ueberzeugung ist die, dass es nur im Interesse der Wohlfahrt des einzelnen Individuums sowie der Gesamtheit gelegen ist, wenn Einwanderer die Sprache lernen, die man in der neuen Heimat spricht und sich den Gebräuchen anpassen, die dort heimisch sind — sich national assimilieren. Ein klassischer Beweis für die Richtigkeit dessen ist das aufstrebende Nordamerika, welches das national zerklüftete Europa in mancher Hinsicht schon weit überholt hat. Ich stehe also soweit auf dem Standpunkte Hartmanns, erachte aber nicht nur die Minoritätsschulen für überflüssig, sondern auch die von ihm zur Förderung der sprachlichen Assimilation verlangten Vorbereitungsanstalten.

Die Begründung meines Standpunktes möge vor allem aus meinen praktischen Erfahrungen als Lehrer verschiedensprachiger Kinder hervorgehen.

Die ehemalige Kaiser Ferdinands-Nordbahn hat für die Kinder ihrer Bediensteten im Jahre 1901 in Feldsberg ein Asyl errichtet, mit dem eine fünfklassige Privatvolksschule (mit Oeffentlichkeitsrecht) verbunden ist. Da schon damals der nationale Kampf in den Sudetenländern auch auf das Gebiet der Schule übergegangen war, so hat die Eisenbahnverwaltung die genannte Anstalt höchstwahrscheinlich auch deshalb nicht, wie es anfangs projektiert war, nach Leipnik oder Weisskirchen (beiläufig in der Mitte der Strecke Wien—Krakau), sondern auf niederösterreichischen Boden verlegt. Die Nordbahnverwaltung hätte wohl, um allen nationalen Forderungen gerecht zu werden, ein Asyl in Niederösterreich für die deutschen, eines in Mähren für die tschecho-slawischen und eines in Galizien für die polnischen Kinder errichten können. Da sie aber wahrscheinlich eine grössere Ausgabe für diesen Zweck nicht machen wollte, so hätte sie in diesem Falle nur drei kleine Anstalten schaffen können, in denen dann selbstredend nur je ein Drittel der Lehrpersonen, ein Drittel der Lehrmittel, ein Drittel der verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen (das heisst, manches gar nicht) der jetzt bestehenden Anstalt vorhanden gewesen wäre. Statt der fünfklassigen — in der Praxis sechsklassigen — Volksschule, die auf ihren acht Jahresstufen den Zöglingen fast den Lehrstoff der öffentlichen Bürgerschule vermittelt, würden dann drei zweiklassige, also minderorganisierte Schulen bestanden haben, die nur über die allerdürftigsten Lehrmittelsammlungen verfügt hätten, während die Feldsberger Anstalt eben das Dreifache an Lehrbehelfen aufweisen kann. Da für die Asylschule schon mit Rücksicht darauf, dass sie sich in Niederösterreich befindet, die deutsche Unterrichtssprache fixiert wurde, so hat die Bahnverwaltung analog dem jüngsten Vorschlage Hartmanns für die anderssprachigen Kinder eine Vorbereitungsklasse vorgesehen, in der diese Kinder für den deutschen Unterricht vorbereitet werden sollten. Obwohl wir nun die nicht-deutschen sechsjährigen Kinder sofort der ersten Klasse zugewiesen haben, so war diese Vorbereitungsklasse doch schon im ersten Jahre ihres Bestandes derart überfüllt, dass wir bald zur Teilung derselben in eine Unter- und Oberabteilung schreiten mussten. Die Lehrkräfte dieser beiden Vorbereitungsklassen konnten nur die besten Erfolge verzeichnen, denn die slawischen Kinder hatten sich schon nach einigen Monaten — freilich auch grossenteils durch den ständigen Verkehr mit ihren deutschen Mitzöglingen

— die deutsche Sprache dermassen angeeignet, dass sie nicht selten noch im Laufe des Schuljahres, zumindest aber nach Ablauf desselben, den verschiedenen, ihrem Alter entsprechenden Klassen zugeteilt werden konnten, wo sie dann in der Folge fast ausnahmslos gute Fortschritte machten. Dieses scharfe Anpassungsvermögen der anderssprachigen Kinder brachte uns nun zu dem Entschlusse, die Vorbereitungsklassen überhaupt aufzulassen und die nichtdeutschen Kinder sofort den entsprechenden Normalklassen zuzuweisen, so dass durch die Freimachung der zwei in den Vorbereitungsklassen beschäftigten Lehrkräfte die fünfklassige Volksschule um zwei Klassen erweitert und somit das Lehrziel der Schule höher gesteckt werden konnte. Seit dem Schuljahre 1903/04 werden die nichtdeutschen Kinder entsprechend ihrem Alter und in Berücksichtigung ihrer letzten auswärtigen Schulnachrichten in die einzelnen Klassen der Anstaltsschule eingereiht. Nun könnte uns wohl das Argument Bauers entgegengehalten werden, dass nur der Unterricht in der Muttersprache den besten Erfolg sichert, dem ich ja rückhaltlos zustimme, nicht aber der Schlussfolgerung, dass deshalb der Unterricht in einer anderen Sprache nur dürftige Ergebnisse herbeiführen muss. Alle Beweismittel Hartmanns für die Kulturnotwendigkeit der sprachlichen Assimilation könnten mich nicht bestimmen, der Jugend der nationalen Minoritäten nur einen dürftigen Unterricht einzuräumen, wenn ich nicht durch meine mehrjährige Praxis davon in genügender Weise überzeugt wäre, dass man auch mit verschiedensprachigen Kindern die besten Schulerfolge erzielen kann. Unsere nichtdeutschen Kinder kämpfen wohl einige Monate mit den neuen Sprachschwierigkeiten, dann aber verstehen sie es, sich den deutschen Kindern ebenbürtig an die Seite zu stellen; ja sie überflügeln diese nicht selten, was wohl hauptsächlich darin seine Begründung finden dürfte, dass die slawischen Kinder die deutsche Schriftsprache korrekter erlernen als die deutschen Kinder, die gewöhnlich ein Dialektdeutsch sprechen, das der Erlernung der Schriftsprache nicht geringe Schwierigkeiten bereitet. Unsere slawischen Kinder haben schon des öfteren Aufnahmsprüfungen für die letzte Klasse deutscher Bürgerschulen, für deutsche Fach- und Mittelschulen gut bestanden und werden es in allen ihren späteren Lebenslagen gewiss niemals beklagen, dass sie sich sprachlich assimiliert, ihr wirtschaftliches Operationsfeld vergrössert, einen Schritt näher zum „Weltbürger“ getan haben.

Wenn man sich von nationalen Schlagworten nicht beirren lässt und die zur Erörterung stehende Schulfrage, die nun auch Sprachenfrage geworden, nur von rein sachlichen, pädagogisch-praktischen Gesichtspunkten aus beurteilt, so muss man leider Anhänger des Alten werden, sich auf den konservativen Standpunkt stellen, das heisst weder für Minderheitsschulen noch auch für irgendwelche Vorbereitungsanstalten für anderssprachige Kinder eintreten.

Die Argumente Hartmanns gegen die Minoritätsschulen sprechen ja auch teilweise gegen die von ihm angeregten Vorbereitungskurse; denn auch diese könnten unter Umständen nur neue Reibungsflächen für den nationalen Hader schaffen. Unauffälliger wird die sprachliche Assimilation unbedingt ohne diese Anstalten vor sich gehen. Der Hinweis Hartmanns auf Ungarn und Preussen, wo der unvermittelte Unterricht in einer den Kindern fremden Sprache nicht nur keine Anpassung der Minorität an die Mehrheit gebracht, sondern sogar den Hass jener gegen die Schule und die anderssprachige Bevölkerung noch vermehrt hat, ist bei Beurteilung der zur Diskussion stehenden Frage hinfällig, weil ja sowohl die Polen in Preussen, als auch die Nationalitäten in Ungarn nicht als Minderheiten in unserem Sinne, das heisst zerstreute Einwanderer im geschlossenen fremden Sprachgebiet, sondern als grosse, geschlossen siedelnde Völkerschaften in anderssprachigen Nationalstaaten zu betrachten sind, weshalb auch in diesem Falle nicht von einer Assimilation, sondern von einer Germanisierung, respektive Magyarisierung ganzer Nationen die Rede sein kann.

In welcher Sprache aber die Kinder der Einwanderer unterrichtet werden, muss uns Pädagogen ganz nebensächlich erscheinen, weil ja die Hauptsache für uns ist und bleibt, dass sie die grösstmögliche Bildung geniessen. Und da steht eben zu befürchten, dass die minderorganisierten Minoritätsschulen unsere Erwartung nicht erfüllen, den Anforderungen, die das praktische Leben an die unter der Mehrheit lebende Minorität stellt, nicht entsprechen können.

Hört man doch jetzt schon manchenorts Klagen über die Unzulänglichkeit der Minoritätsschulen, und die Lex Perek, die doch verhindern will, dass die Minoritäten den Minoritätsschulen ausweichen, ist nur ein Armutszeugnis für diese Schulen. Durch die Minderheitsschulen werden eben nicht nur die Kinder, die Lehrer und die Bevölkerung in zwei feindliche Lager geteilt, sondern muss auch der Erfolg des Unterrichtsbetriebes geteilt erscheinen, wobei die Minoritätsschulen als die minderorganisierten mit dem kleineren Anteil an den Unterrichtserfolgen partizipieren dürften, um so mehr, als zu befürchten ist, dass die Tätigkeit der Minoritätslehrer für die nationale Agitation von der Minoritätsseite höher eingeschätzt wird als deren fachliche Eignung.

In grossen Städten dürften vielleicht die Nachteile der Minoritätsschulen für das gesamte Unterrichtswesen nicht so fühlbar werden wie in kleineren Orten. Wo sonst zweiklassige einsprachige Schulen bestehen könnten, müssten wir uns — um der nationalen Minorität zu entsprechen — mit zwei einklassigen Schulen begnügen, und statt dreiklassiger Schulen hätten wir mit einer zweiklassigen Mehrheits- und einer einklassigen Minderheitsschule zu rechnen und so fort. Und die kleinen Städte, die jetzt nur unter den grössten Opfern die für eine höhere Bildung so notwendige Bürgerschule erhalten können, müssten sich dann mit zwei Volksschulen begnügen. Auf eine Vermehrung der Schulklassen, mit höheren Schullasten dürfen wir bei dem heutigen finanziellen Stand der Gemeinden und Länder absolut nicht rechnen. Man sieht ja jetzt schon, wie wegen jeder Minoritätsschule (wohl zumeist aus nationalen, aber nicht zuletzt aus finanziellen Gründen) bis an das Reichsgericht appelliert wird. Und wieviel Jahre kämpfen zum Beispiel schon unsere Lehrerverbände für die Erweiterung der überfüllten einklassigen Volksschulen, die oft 80 bis 100 und noch mehr Kinder zählen*, in zweiklassige? Und jene bestehen weiter, weil es wohl an dem guten Willen der herrschenden Parteien, hauptsächlich aber an den notwendigen Geldmitteln in den Landes- und Gemeindegeldsäckeln mangelt.

Uebrigens wäre es ja an vielen Orten mit einer blossen Zweiteilung des Schulwesens noch nicht abgetan, denn wir haben ja Landesteile, wo zwei und mehrere nationale Minoritäten sich befinden. In manchen grösseren Städten mit zwei, drei und mehreren solchen Minoritäten, wie zum Beispiel in meiner Vaterstadt Teschen, wäre dann das Schulwesen trotz aller Schulfreundlichkeit der Gemeinden auf keine höhere Stufe zu bringen als in irgend einem grossen einsprachigen Dorfe.

Auch ist ja gar keine Konsequenz darin zu ersehen, dass erst für vierzig Kinder eine Minoritätsschule geschaffen werde, wie es jetzt in den Sudetenländern infolge der Auslegung der Schulerichtungsgesetze durch den Verwaltungsgerichtshof praktiziert wird. Sehen wir die Notwendigkeit der Minoritätsschulen ein, dann müssen wir diese folgerichtig auch für dreissig, zwanzig, zehn Kinder, ja gerechterweise selbst für eines fordern. Wohin wir aber dann bei dieser Schlussrichtigkeit kämen, lässt sich kaum ausdenken. Auch befürchte ich, dass wir in dem Kampfe um die nationalen Minderheitsschulen immer im Hintertreffen bleiben werden, schon deshalb, weil wir der demagogischen Mittel der nationalen Parteien entraten müssen. Wohl meint Wissiak (Teplitz), dass es unsere Aufgabe sei, das Problem der Minoritätsschulen aus dem Sumpfe des gewöhnlichen Radaus herauszuziehen, doch hege ich wenig Hoffnung, dass uns dies in absehbarer Zeit gelingen wird. Auch ist es sehr fraglich, ob uns der Kampf um nationale Minoritätsschulen noch genügend Kraft und Zeit und die nötige Bewegungsfreiheit für den viel wichtigeren Kampf um die Befreiung der Schule aus klerikalem Joche übrig lässt. Und doch fällt nun die ganze Verantwortung für die Art

* Zur Illustration des bestehenden Schulelends sei nur angeführt, dass man beispielsweise in dem unter der glorreichen christlichsozialen Herrschaft stehenden „Musterlande Niederösterreich“ laut des niederösterreichischen Lehrpersonalstandesaussweises pro 1909 37 einklassige Schulen mit 80 bis 90 Kindern, 31 mit 91 bis 100 und 26 mit über 100 Kindern zählt, darunter in den Orten: Karnabrunn 148, Reibers 141, Hirschenwies 121, Ober-Nonndorf 120, Edelbach 116, Sallingstadt 115, Grainbrunn 114, Süssenbach 114, Grub 112, Kottinghörmanns 111, Kledering 109, Loich 109, St. Corona 106, Neu-Ruppersdorf 106, Nasswald 106, Göpfritz an der Wild 105, Laab im Walde 105, Loiwein 105 Kinder, so dass in den meisten dieser einklassigen Schulen infolge der grossen Schülerzahl der Halbtagsunterricht eingeführt ist, das heisst eine Hälfte der Kinder vormittags, die andere nachmittags von ein und derselben Lehrkraft unterrichtet wird.

und Weise, wie für eine freie Schule gekämpft wird, auf die sozialdemokratische Partei, seitdem es klar ist, dass auf die sogenannten Bürgerlichfreisinnigen mit einigen wenigen Ausnahmen absolut kein Verlass ist.

Nun bestehen aber schon auf gesetzlicher Basis Minderheitsschulen in Böhmen und Mähren, und man muss daher mit dieser fertigen Tatsache rechnen. Dort ist, wie Bauer richtig bemerkt, das Recht auf die Minoritätsschulen bereits anerkannt, und man kann daher, wenn man das von Bauer vorgeschlagene Mittel nicht annehmbar findet, nichts anderes tun, als dahin zu trachten, dass dieses Recht auf die genannten Länder beschränkt bleibe. In den anderen Ländern aber könnte man von den Lehrpersonen jener Orte, wo nationale Minoritäten sich befinden, verlangen, dass sie die Sprache derselben insoweit beherrschen, dass sie sich mit den anderssprachigen Kindern in der ersten Zeit des Assimilationsprozesses verständigen können; wird doch selbst in Niederösterreich, das soeben sein nationales Schutzgesetz bekommen hat, von den Lehrpersonen für Ober- und Unter-Themenau und Bischofwarth (drei tschecho-slawische Orte bei Feldsberg) die Kenntnis der tschechischen Sprache sogar in den Konkursausschreibungen* ausdrücklich verlangt. Und obwohl die im Lande herrschende Partei in nationaler Chauvinisterei mit den Deutschradikalen wetteifert, so hat sie doch noch nicht an dieser vernünftigen Massregel gerüttelt, vielmehr zu Beginn dieses Schuljahres wiederum einen der tschechischen Sprache mächtigen Lehrer für Bischofwarth bestellt. Was also in einem der sogenannten „rein deutschen“ Kronländer möglich ist, wird sich gewiss um so leichter in den anderen mehr oder minder gemischtsprachigen Ländern durchführen lassen.

Schliesslich kann ja den nun einmal bestehenden nationalen Bedürfnissen durch Errichtung nationaler Privatschulen entsprochen werden. Mir dünkt sogar diese Form der Minoritätsschulen als die glücklichere. Wie ideal klingt doch der Satz: „Jede Nation zahlt ihr Schulwesen selbst.“ (Womit natürlich nicht gesagt sein soll, dass die jetzigen Minoritätsschulen nicht auch eigentlich von den Minoritäten erhalten werden.) Der „Deutsche Schulverein“, der „Komenský-Verein“ und alle anderen nationalen Schulvereine mögen daher nur soviel nationale Privatschulen errichten, als es ihnen die Opferwilligkeit des Volkes erlaubt. Inwiefern die Parteigenossen dazu beitragen sollen, wollen wir natürlich nicht entscheiden, da diesen ja in nationalen Angelegenheiten ebenso wie in religiösen die volle Freiheit gewahrt bleiben muss. Unsere Pflicht wird es aber sein, stets dafür einzutreten, dass die nationalen Privatschulen (ebenso wie die „Freie Schule“) von den Schikanen der Behörden verschont bleiben und das Staatsgrundgesetz gewahrt werde, das jedem Staatsbürger das Recht einräumt, Privatschulen zu errichten.

Heinrich Weber: Imperialismus und Sozialismus in England

Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft führt bald das, bald jenes Armeekorps des grossen proletarischen Heeres in das erste Treffen. Im Jahre 1905 waren die russischen und polnischen Arbeiter die Vorkämpfer der ganzen Internationale. Unser Wahlrechtskampf und unser Wahlsieg brachten Oesterreich für einen Augenblick an die erste Stelle. In den letzten Monaten haben die grossen Wahlsiege im Deutschen Reiche und der Massenstreik in Schweden die deutschen und die schwedischen Arbeiter in die vordersten Schlachtreihen geführt. Heute wenden sich aller Augen den Arbeitern Eng-

* Im Verordnungsblatt des k. k. niederösterreichischen Landesschulrates vom 1. Dezember 1908 (XXIII. Stück) werden beispielsweise einige Lehrstellen in Ober-Themenau und Bischofwarth zur Ausschreibung gebracht, und da heisst es wörtlich: „Bewerber um die Stellen in Bischofwarth und Ober-Themenau müssen nebst der Lehrbefähigung für Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache die Kenntnis der tschecho-slawischen Sprache in Wort und Schrift besitzen.“

lands zu. Wie oft schon, begleiten auch diesmal wieder unsere Wünsche, unsere Hoffnungen die Arbeiter Grossbritanniens in einen bedeutungsvollen Kampf.

England hat die älteste Verfassung, die ältesten und stärksten politischen Traditionen von allen Staaten Europas. Auf diesem historischen Boden wird jede politische Entwicklung in Formen gekleidet, die durch eine jahrhundertelange Entwicklung bestimmt sind. Darum ist es für die Arbeiter des Festlandes nicht leicht, die politischen Kämpfe Englands zu verstehen. Wir wollen es versuchen, den österreichischen Arbeitern die historischen Wurzeln des grossen Kampfes aufzudecken, zu dessen Schauplatz heute das mächtige Inselreich geworden ist.

Der britische Imperialismus

Schneller als in allen anderen Staaten hat sich in England die kapitalistische Industrie entwickelt. In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts brauchte die englische Industrie den Wettbewerb des Auslandes nicht zu fürchten. Sie brauchte keine Schutzzölle für Industrieprodukte; die Schutzzölle für Agrarprodukte aber verteuerten dem Industrievolk Rohstoffe und Lebensmittel. Darum hat das englische Grossbürgertum in einem grossen Kampfe das Schutzzollsystem niedergedrückt, alle Schutzzölle beseitigt. (1842 bis 1860.) England ist das klassische Land des Freihandels geworden. Das englische Beispiel hat auch die anderen Staaten beeinflusst, ihre Zollsätze zu ermässigen und Handelsverträge abzuschliessen. Aber seit der Krise von 1873 trat die Wendung ein. Bismarck führte das Deutsche Reich zu verstärktem Zollschutz. Die anderen Staaten folgten. Nur England blieb dem Freihandel treu. In den letzten Jahren ist aber auch dort die Bewegung erstarkt, die die Wiedereinführung der Schutzzölle fordert.

Durch die machtvolle Entwicklung der reichsdeutschen und der amerikanischen Industrie ist die Alleinherrschaft Englands auf dem Weltmarkt gebrochen worden. Aber auch auf dem englischen Markt selbst bereiten Deutsche und Amerikaner den englischen Unternehmern eine unerwünschte Konkurrenz, während der Markt dieser Länder durch hohe Zölle gegen das Eindringen englischer Waren geschützt ist. Die deutschen Kartelle, die amerikanischen Trusts verkaufen ihre Waren auf dem englischen Markte viel billiger als in ihrer durch den Zoll geschützten Heimat. Mächtige Industriezweige in England fühlen sich durch die Schleuderexporte der fremden Kartelle ernsthaft bedroht. Sie fordern die Einführung von Zöllen zum Schutze gegen den fremden Wettbewerb.

Im Kampfe um die Zölle werben die interessierten Industriellen um die Stimmen der Arbeiter. Die wirtschaftliche Lage der englischen Arbeiter hat sich im letzten Jahrzehnt zweifellos verschlechtert. Die Löhne sind langsamer gestiegen als die Warenpreise, die Arbeitslosigkeit ist gross. Die englischen Arbeiter kennen die Wirkung der Schutzzölle nicht mehr: es ist darum nicht unmöglich, ihnen als eine Wirkung des Freihandels hinzustellen, was in Wirklichkeit eine Wirkung des Kapitalismus ist. Gewaltige Kapitalsummen fliessen in jedem Jahre aus England in fremde Länder und beschäftigen dort fremde Arbeiter: die Schutzzöllner behaupten, die Zölle würden, indem sie der heimischen Industrie höhere Gewinne verbürgen, das englische Kapital in der Heimat zurückhalten, die Gründung neuer, die Erweiterung der bestehenden Betriebe fördern, die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt steigern. Die ungeheuren Flottenrüstungen belasten die englischen Steuerzahler: die Schutzzöllner sagen, die Zölle seien das Mittel, „die Ausländer zu besteuern“, die Kosten der englischen Flotte auf Deutsche und Amerikaner zu überwälzen.

Diesen Bestrebungen stehen aber mächtige Gegeninteressen gegenüber. Die Eisenindustrie mag die Verteuerung der deutschen Eiseneinfuhr durch den Zoll wünschen; die Maschinenindustrie und der Schiffbau aber wollen das billige Eisen nicht missen, das die ausländischen Eisenverbände zollfrei nach England bringen. Die billigen Rohstoffe garantieren der englischen Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt; die grossen Exportindustrien, die mächtige Textilindustrie vor allem, stehen daher zum Freihandel. Zu ihnen gesellt sich die überwiegende Mehrheit des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse; sie fürchtet mit Recht, dass die Zölle ihr alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände verteuern würden.

Im Kampfe gegen diese Gegner findet aber die Propaganda für den Schutzzoll einen mächtigen Bundesgenossen in der grossen Sorge Englands um die Erhaltung und den Ausbau seines Weltreiches. In der Zeit der grossen Freihandelsiege war die Sorge um die Kolonien nicht gross. Englands Handel mit den fremden selbständigen Staaten war damals unvergleichlich grösser als der Verkehr mit den Kolonien, Handelsverträge mit den europäischen Staaten erschienen wichtiger als der Ausbau des Kolonialreiches; die Kolonien erschienen als wenig kauffähige Kunden, die nur mit allzu hohen Kosten erhalten werden konnten. Darum waren die alten Freihändler „Kleinengländer“, Gegner der Kolonialpolitik: der Reichtum Englands schien ihnen nicht durch die Grösse des britischen Weltreiches bedingt. Sie haben den von weisser Bevölkerung bewohnten Kolonien die volle Selbstverwaltung gegeben, die englische Kolonialarmee verringert, sie bereiteten der Ausdehnung des Kolonialreiches jahrzehntelang wirksamen Widerstand. In den letzten Jahrzehnten aber hat sich das Verhältnis der englischen Bourgeoisie zu den Kolonien wesentlich verändert. Die fremden Staaten verhindern die Einfuhr englischer Waren durch hohe Zölle; sie bereiten der englischen Industrie auf dem Weltmarkt eine gefährliche Konkurrenz; die Kolonien dagegen sind kaufkräftiger geworden, sie sind wichtige Anlagegebiete für englisches Kapital. Je höher aber die englische Bourgeoisie den Wert der Kolonien zu schätzen beginnt, desto mehr erscheint ihr dieser Besitz gefährdet. Die von weisser Bevölkerung besiedelten Kolonien (Canada, Südafrika, Australien, Neuseeland) sind selbständige Staaten mit selbständiger parlamentarischer Regierung und selbständiger Gesetzgebung; um die Entwicklung ihrer eigenen Industrie zu fördern, sperren auch sie ihren Markt durch hohe Schutzzölle gegen englische Waren. Die anderen Kolonien (Indien, die Kronkolonien und Protektorate) werden allerdings von London aus absolutistisch regiert; ihre Gesetzgebung und Verwaltung dient den Interessen des englischen Kapitals auf Kosten der Hunderte Millionen Menschen, die dem britischen Weltreich unterworfen sind. Aber revolutionäre Bewegungen in Indien und Aegypten lassen die englische Bourgeoisie nicht zum ruhigen Genuss dieses Besitzes kommen. Das Erwachen der Völker Asiens, die Erschliessung ungeheurer Gebiete durch neue Bahnbauten berühren die Interessen des weltumspannenden Reiches; wird es sie wahren können, da die Flottenbauten des Deutschen Reiches ihm die Alleinherrschaft auf dem Ozean streitig machen und im fernen Osten, auf den japanischen Inseln, eine neue Grossmacht, ein zweites England, emporwächst?

Diese weltgeschichtlichen Zusammenhänge machen es begreiflich, dass ein Teil der englischen Bourgeoisie das lockere Gefüge des grossen Weltreiches zu festigen sucht. Hier melden sich nun wieder die Schutzzöllner zum Wort. Der Schutzzoll, zunächst nur ein Interesse einiger Industriezweige Englands, soll zum Mittel der Reichspolitik werden, die auseinander strebenden Teile des britischen Reiches aneinander zu kitten.

Durch den Uebergang zum Schutzzollsystem soll zunächst das Verhältnis Englands zu den mit voller Selbstregierung ausgestatteten Kolonien verändert werden. Canada, Südafrika, Australien liefern England Lebensmittel und Rohstoffe. Diese Waren werden heute zollfrei eingeführt, ob sie nun aus den Kolonien oder aus fremden Staaten kommen. Der Schutzzoll soll es ermöglichen, den Kolonien Begünstigungen gegenüber den anderen Staaten einzuräumen: die Produkte der Kolonien sollen bei der Einfuhr nach England einen niedrigeren Zoll entrichten als die Erzeugnisse der anderen Staaten. Dagegen sollen die Kolonien die Verpflichtung übernehmen, auf englische Waren niedrigere Zölle zu legen als auf Waren anderer Länder. So soll England mit den angelsächsischen Kolonien jenseits des Ozeans durch das starke Band wirtschaftlicher Interessen enger verbunden werden. Die wirtschaftliche Verbindung soll die politische festigen. Durch das System der Zollbegünstigungen soll eine engere verfassungsrechtliche Verknüpfung des Mutterlandes mit den Kolonien vorbereitet werden, wie einst durch den deutschen Zollverein das Deutsche Reich vorbereitet worden ist.

Der Weltherrschaft Englands droht ernste Gefahr. Ein grosser Teil der besitzenden Klassen Englands ist überzeugt, dass das Reich seine Kriegsflotte und seine Kolonialarmee noch schneller als bisher vermehren muss und dass es die drohenden Gefahren nur durch eine aggressive Politik, insbesondere gegen das Deutsche Reich, verscheuchen kann, durch eine Politik, die auch der Entscheidung durch einen Weltkrieg furchtlos

entgegensehen muss. Diese Politik heischt aber schwere finanzielle Opfer. Auch hier sollen die Zölle helfen. Sie werden eine neue Einnahmequelle für den Staatsschatz sein. Und durch das Zugeständnis von Zollbegünstigungen sollen die Kolonien gewonnen werden, dem Mutterland ihre militärischen Kräfte zur Verfügung zu stellen und zu den Kosten der Kriegsrüstung beizutragen. So erscheint die „Tarifreform“, die Einführung von Schutzzöllen, als ein Mittel neben den anderen der imperialistischen Politik, neben dem System der Bündnisse, das England gegen das Deutsche Reich aufgerichtet hat, neben dem Bau der Dreadnoughts, der furchtbaren Riesenkriegsschiffe, neben den Bestrebungen nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, neben all den Künsten, durch die England das grösste Reich, das die Weltgeschichte kennt, beherrscht und in aller Welt seinen Einfluss in die Wagschale wirft. Die Werbekraft des nationalen Gedankens, die Idee der Weltherrschaft der angelsächsischen Rasse, die grosse Ueberlieferung der Nation, die aus der Knechtung ganzer Erdteile ihren beispiellosen Reichtum schöpft, der Hass gegen die fremden Nebenbuhler — all das wirbt für den Schutz Zoll. Alle wirtschaftlichen Bedenken schlägt die Mahnung: „Learn to think imperially!“ Denkt nicht an eure kleinen Sonderinteressen; sorget für die Grösse des unermesslichen Weltreiches!

Dieses grosse System grosser Pläne ist nicht neu. Disraeli hat es einst entworfen. Die Imperial Federation League hat es verbreitet. Aber zur brennenden Frage der englischen Tagespolitik ist es erst in den letzten Jahren geworden. Die beiden letzten Wirtschaftskrisen, das Steigen der deutschen und amerikanischen Einfuhr auf den englischen Markt, die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die Erhöhung der Zollsätze in den Schutzzollstaaten, die deutschen Flottenrüstungen, die revolutionären Bewegungen in Asien, die Marokkokrise und die Balkankrise — kurz alles, was Britanniens Wirtschaft und Machtstellung berührt, hat der Imperialismus mit grossem Geschick ausgenützt. Josef Chamberlain, der Kolonialminister der letzten konservativen Regierung, hat die grosse konservative Partei in das Lager des schutzzöllnerischen Imperialismus geführt. Vor kurzem noch konnte sie hoffen, bei den nächsten Wahlen die Mehrheit im Unterhaus zu erobern. Ihr Sieg wäre eine ernste Gefahr für den europäischen Frieden und für die Volkswirtschaft jener Länder, die den englischen Markt mit ihren Erzeugnissen versorgen.

Der englische Sozialismus.

Die erste selbständige politische Massenbewegung des englischen Proletariats war die Chartistenbewegung in den Dreissiger- und Vierzigerjahren. Ihr unmittelbares Ziel war das allgemeine und gleiche Wahlrecht. In grossen Demonstrationen, die bis zum Versuch eines politischen Massenstreiks gesteigert wurden, haben die Chartisten den Wahlrechtskampf geführt. Sie sind geschlagen worden. Aber ihr Kampf hat der englischen Bourgeoisie die Gefahr gezeigt, die ihr drohte. An Reichtum, Einsicht und Klugheit ihren Schwestern auf dem Festlande weit überlegen, hat die englische Bourgeoisie die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse durch rechtzeitig gewährte Zugeständnisse zu besänftigen verstanden; auf diese Weise ist es ihr gelungen zu verhindern, dass sich das englische Proletariat in einer selbständigen politischen Partei zusammenschliesse. Von der Staatsgewalt ungestört, konnten die englischen Arbeiter ihre Gewerkschaften, ihre Genossenschaften, ihre Hilfskassen ausbauen. Nicht von einer Volksbewegung gezwungen, sondern einer solchen Bewegung klug vorbeugend, gab die Bourgeoisie den Arbeitern das Wahlrecht. (1867, 1884.) Die grosse Umgestaltung der Lokalverwaltung gab den Arbeitern die Möglichkeit, in den autonomen Selbstverwaltungskörpern ihre Interessen an der kommunalen Wirtschafts- und Wohlfahrtspflege zu vertreten. Die Arbeiterschutzgesetzgebung Englands eilte der der anderen Länder Europas weit voraus. So hat es die Bourgeoisie verstanden, die englische Arbeiterschaft bei der Ueberzeugung zu erhalten, dass sie einer selbständigen politischen Partei nicht bedürfe.

Die ganze Geschichte Englands schien diese Ansicht zu bekräftigen. Seit der Revolution haben abwechselnd liberale und konservative Parlamentsmehrheiten die Regierung gebildet und das Land beherrscht. Die liberale und die konservative Partei waren ursprünglich Adelparteien. Die bürgerliche Revolution hat sich in England nicht

in der Weise vollzogen, dass das Bürgertum eine selbständige politische Partei gebildet und diese die beiden Adelparteien besiegt hätte, sondern dadurch, dass bürgerliche Elemente in die beiden Adelparteien eingedrungen sind und die feudalen Elemente in ihnen allmählich überflutet haben. Der Schluss lag nahe, dass auch die Arbeiterklasse nicht die beiden historischen Parteien zertrümmern könne, sondern sich innerhalb der beiden Parteien, die ja beide seit den Wahlreformen die proletarischen Wähler nicht entbehren können, allmählich wachsenden Einfluss und schliesslich die Führung erobern müsse. Die englischen Arbeiter gaben daher ihre Stimmen stets derjenigen der beiden historischen Parteien, die sich gerade geneigt zeigte, eine aktuelle Forderung der Arbeiterschaft zu erfüllen. Für eine selbständige proletarische Partei schien kein Raum vorhanden.

Unter solchen Umständen hatten die englischen Sozialisten eine überaus schwierige Aufgabe. Sie haben an dem Ausbau des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens, an der Reformtätigkeit in den Gemeinden mitgewirkt; ihre Propaganda hat das ganze öffentliche Leben Englands mit vielen sozialistischen Gedanken befruchtet. Aber unfähig, die breite Masse der englischen Arbeiterschaft in einer grossen politischen Partei zu vereinigen, konnten die englischen Sozialisten nur kleine Propagandagruppen bilden: die S. D. P. (Social Democratic Party), die die Gedanken des marxistischen Sozialismus propagiert; die I. L. P. (Independent Labour Party, Unabhängige Arbeiterpartei), die an theoretischer Klarheit hinter der S. D. P. weit zurücksteht, es aber besser als diese verstanden hat, die Agitation den besonderen Verhältnissen Englands anzupassen, die Gedanken des Sozialismus breiteren Massen zu vermitteln; endlich die Fabier, eine Gesellschaft von ein paar hundert Intellektuellen, die einen reformistischen Sozialismus vertritt.

Erst das letzte Jahrzehnt brachte die grosse Wendung. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft hatte sich verschlechtert. Der langsame Fortschritt der Arbeiterschutzgesetzgebung genügte ihren Bedürfnissen nicht. Der Widerstand des Bürgertums gegen das Wirken der Gewerkschaften war erstarkt. Die langjährige Arbeit der Sozialisten hatte ihre Wirkung getan. Unter dem Eindruck einer Gerichtsentscheidung, die das Dasein der Gewerkschaften bedrohte, rafften sich die Gewerkschaftsführer endlich zu der entscheidenden Tat auf. Sie gründeten die neue grosse Arbeiterpartei (Labour Party; L. P.). Ihr schlossen sich die Gewerkschaften, die I. L. P. und die Fabier an. Die S. D. P. blieb vorläufig ausserhalb der Arbeiterpartei, da sie in voller Unabhängigkeit ihre Propagandaarbeit besser verrichten zu können glaubt.

Die neue Arbeiterpartei hat es sich zur Aufgabe gesetzt, für eine selbständige Vertretung der Arbeiterklasse im Parlament, unabhängig von Liberalen und Konservativen, zu sorgen. Sie will im Parlament die Klasseninteressen der Arbeiterschaft vertreten. Ein Programm hat die junge Partei nicht beschlossen, die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel nicht ausdrücklich für ihr Endziel erklärt. Doch wirken viele Sozialisten in ihrem Lager; Genosse Keir Hardie, der Führer der sozialistischen I. L. P., steht an ihrer Spitze. Im letzten Jahre hat das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel beschlossen, sie in die Internationale aufzunehmen.

Die Schwierigkeiten der jungen Partei sind nicht klein. Nicht die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder, sondern die Gewerkschaften als organisierte Körper sind ihr beigetreten. Sie kann daher keineswegs auf die Stimmen der ganzen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft rechnen: Tausende von Arbeitern folgen noch den Liberalen oder den Konservativen, obwohl sie einer Gewerkschaft angehören, die der Arbeiterpartei beigetreten ist. Jahrzehntlang standen die englischen Arbeiter unter dem Einfluss der beiden bürgerlichen Parteien; sie von diesem Einfluss zu befreien, fehlt der Arbeiterpartei noch das wichtigste Propagandamittel, eine selbständige Parteipresse. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten, die das englische Wahlrecht einer proletarischen Partei bereitet. In England müssen nicht etwa nur die Agitationskosten, sondern auch die Kosten des Wahlverfahrens selbst, die sonst überall vom Staate getragen werden, von den Parteien bestritten werden. Die englischen Parlamentsmitglieder bekommen keine Diäten aus der Staatskasse; die Vertreter der Arbeiterpartei müssen daher von der Parteikasse erhalten werden. In England entscheidet bei den Wahlen die relative

Mehrheit: wer die meisten Stimmen bekommen hat, ist gewählt, wenn er auch nicht die Hälfte der Stimmen erlangt hat; Stichwahlen kennt das englische Wahlverfahren nicht. Daher kann die Arbeiterpartei nicht überall Kandidaten aufstellen: Wenn sie in einem Wahlbezirk den Liberalen einen Teil ihrer Stimmen wegnimmt, ohne selbst die relative Mehrheit zu erlangen, wird der konservative Imperialist gewählt, auch wenn die Liberalen und die Arbeiterpartei zusammen mehr Stimmen haben als er. So ist schon bei der Aufstellung der Kandidaten die grösste Vorsicht notwendig, wenn nicht die Agitation der Arbeiterpartei bewirken soll, dass statt des weniger Gefährlichen der Gefährlichere der bürgerlichen Gegner gewählt werde.

Trotz dieser Schwierigkeiten hat die Arbeiterpartei bei den ersten allgemeinen Wahlen, an denen sie sich beteiligt hat, einen grossen Erfolg errungen. 31 Vertreter der Arbeiterpartei wurden gewählt. Mit ernster Sorge sahen die bürgerlichen Parteien, dass sich die Arbeiterschaft von ihrer Führung zu befreien beginnt.

Der Gegenstoss der Liberalen.

Bei den letzten Wahlen im Jänner 1906 haben die Liberalen eine grosse Mehrheit errungen. Chamberlains neue Schutzzollpropaganda hatte die Wähler erschreckt. Die Einfuhr von chinesischen Lohnsklaven nach Südafrika, wo sie in den Dienst des internationalen Goldminenkapitals gestellt wurden, beleidigte das Gefühl der britischen Arbeiter; hatten die Söhne des Volkes dazu im Kampfe gegen die Buren ihr Leben geopfert, damit in dem eroberten Lande der weisse Arbeiter durch Kulis verdrängt werde? Die Erhöhung der Steuern, die Vergrösserung der Staatsschulden durch den Burenkrieg erregte den Unmut der Wählerschaft. Mit der Schulgesetzgebung und der Alkoholgesetzgebung der letzten konservativen Regierung waren insbesondere die Nonkonformisten (Anhänger der freien Kirchen, die ausserhalb der Staatskirche stehen) nicht zufrieden. So erzielten die Liberalen bei den letzten Wahlen einen grossen Erfolg. Aber sie konnten ihres Erfolges nicht froh werden. Das Wachstum der Arbeiterpartei auf der einen, das Erstarken des schutzzöllnerischen Imperialismus auf der anderen Seite bedrohte ihre Herrschaft.

Die Furcht vor dem Abfall ihrer proletarischen Wähler zur Arbeiterpartei zwang die liberale Parlamentsmehrheit, der Arbeiterschaft grosse Zugeständnisse zu machen. In der Zeit von 1906 bis 1909 wurden in England folgende sozialpolitische Reformen durchgeführt: ein Gewerkschaftsgesetz, durch das die Gewerkschaften gegen jeden ernsten Angriff gesichert wurden; das Gesetz über die Entschädigung bei Betriebsunfällen, durch das die Haftpflicht der Unternehmer auf acht Millionen arbeitender Menschen ausgedehnt und die Gewerbekrankheiten den Betriebsunfällen gleichgestellt wurden; die Einführung von Alterspensionen für Arbeiter aus der Staatskasse, ohne dass die Arbeiter diesen Anspruch durch Beitragszahlung erwerben müssen; der gesetzliche Achtstundentag für den Bergbau; für die Heimarbeit Aemter, die Mindestlöhne festsetzen; die Schaffung eines Fonds für die Beschäftigung der Arbeitslosen; das Gesetz über die Schaffung staatlicher Arbeitsvermittlungsstellen; die Ausgestaltung der Fabriks- und der Bergwerksinspektion; das Gesetz über die Speisung armer Schulkinder; die Abschaffung der Chinesensklaverei in Südafrika. All das in vier Jahren!

Andererseits wurde die liberale Mehrheit durch die lärmende nationalistische Agitation der Konservativen gezwungen, dem Imperialismus Zugeständnisse zu machen. Sie war gewählt worden, Ersparnisse im Staatshaushalt durchzuführen, den Frieden zu wahren, die Unterdrückungspolitik in den Kolonien zu mildern; statt dessen musste sie die Flottenrüstungen beschleunigen, eine Politik betreiben, die während der Marokko- und Balkanwirren hart an die Grenze der Kriegsgefahr streifte, Indien mit Hilfe des Belagerungszustandes regieren.

Aber während die liberale Mehrheit der Arbeiterpartei auf der einen, den Konservativen auf der anderen Seite grosse Zugeständnisse machen musste, scheiterten ihre eigenen Absichten an dem Widerstande des Oberhauses. Während die Liberalen im Abgeordnetenhaus über eine gewaltige Mehrheit verfügten, haben im Herrenhaus die Konservativen die Mehrheit. Zwanzig liberale Gesetzentwürfe wurden in den letzten Jahren von dem Hause der Lords verworfen oder wesentlich verschlechtert. Dazu kam

noch, dass die Alterspensionen und der Bau der Dreadnoughts zur Einführung neuer Steuern zwangen, die natürlich die liberale Mehrheit vor den Wählern verantworten sollte, und dass die schwere Wirtschaftskrise sowohl der schutzzöllnerischen Agitation neuen Nahrung gab als auch die Unzufriedenheit in den Arbeitermassen verstärkte. Die Liberalen gerieten in eine bedrohliche Situation. Jede Nachwahl brachte konservative Erfolge. Es war zu erwarten, dass bei den nächsten Wahlen die liberale Mehrheit verschwinden werde. Zweifelhaft konnte nur sein, ob die Konservativen die Mehrheit gewinnen oder ob keine der beiden historischen Parteien ohne Unterstützung der Arbeiterpartei die Regierung werde ergreifen können. In dieser hoffnungslosen Situation entschloss sich die liberale Regierung zu einem kühnen Gegenstoss, der die politische Situation vollständig verändert hat.

Neue Steuern müssen das Defizit im englischen Staatshaushalt decken. Nach dem Budget, das die liberale Regierung vorlegte, soll nun von diesem Defizit etwas mehr als ein Viertel durch Erhöhung indirekter Steuern (Branntwein, Tabak), fast drei Viertel durch Besitzsteuern aufgebracht werden. Das Budget erhöhte die Einkommensteuer für grosse Einkommen, die Erbschaftssteuern, die Gebühren für Kauf- und Pachtverträge, die Börsenumsatzsteuer, die Gebühren für die Erzeugung und den Verkauf alkoholischer Getränke, die Automobilbesteuerung. Grosskapital und Grossgrundbesitz waren empört — die liberale Partei aber konnte sich rühmen, ein „Budget des armen Mannes“ vorgelegt zu haben, einen Voranschlag, der von den neuen Bürden den grössten Teil den Besitzenden auferlegt. Soll das Defizit durch Steuern, die die Besitzenden belasten, oder durch Zölle, die die Lebensmittel der Arbeiter verteuern, gedeckt werden? — das ist die erste Frage, die das liberale Budget den Schutzzöllnern entgegenhielt.

Den wichtigsten Teil des Budgets bilden aber die neuen Steuern vom Grundbesitz. Es sind dies: eine Wertzuwachssteuer vom städtischen Grundbesitz; die Rückfallsteuer, die der Grundbesitzer entrichten soll, wenn das verpachtete Land nach Ablauf des Pachtvertrages an ihn zurückfällt; eine Bauplatzsteuer, die dem unbebauten städtischen Grundbesitz auferlegt wird; eine Bergwerkssteuer, die jene Zinsungen belastet, die die Bergwerke den Landeigentümern zahlen müssen. Die Grossgrundbesitzer setzten diesen Steuerplänen der liberalen Regierung den schärfsten Widerstand entgegen. England hat noch keinen Grundkataster. Die Anlegung eines Grundkatasters, die zur Durchführung der neuen Steuern notwendig wäre, würde zeigen, über welch ungeheuren Reichtum die Grossgrundbesitzer verfügen und wie gut sie es verstanden haben, die ihnen bisher von den lokalen Selbstverwaltungskörpern auferlegten Abgaben zu hinterziehen. Darum die Aufregung der Lords! Das englische Volk aber jubelte den Steuerplänen zu. Von dem Boden Englands gehört nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten der grösste Teil den Grossgrundbesitzern. Auf dem Lande lassen sie ihn von Pächtern bebauen. In der Stadt verpachten sie ihn für eine Reihe von Jahren und die Häuser, die die Pächter auf fremdem Grund gebaut haben, fallen nach Ablauf des Pachtvertrages den Grundeigentümern zu. Viertausend Familien gehört die Hälfte des englischen Bodens; sie ziehen aus ihm ein ungeheures arbeitsloses Einkommen. London allein zahlt 20 Grossgrundbesitzern einen Tribut von 480 Millionen Kronen. Darum sind in allen Klassen der englischen Bevölkerung die Gedanken der Bodenreform überaus populär; der alte Satz, die Bodenreform sei „der Sozialismus des aufgeklärten Bourgeois“, ist nirgends so wahr wie in England. Während in Ländern, in denen der Boden Kleinbauern gehört, die Agrarfrage selbst den Sozialdemokraten grosse Schwierigkeiten bereitet, ist in England, dem klassischen Lande des Grossgrundbesitzes und des Pachtsystems, keine Forderung des Sozialismus weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus so volkstümlich wie die Vergesellschaftlichung des Grundes und Bodens. Da nun endlich eine Regierung es wagte, dem müssigen Grossgrundbesitz (freilich nur dem städtischen!) etwas höhere Steuern aufzuerlegen, und die edlen Lords sich gegen diesen Plan zur Wehr setzten, streitet die Werbekraft des Gedankens der Bodenreform, der Hass der Volksmassen gegen die Grossgrundbesitzer, denen auf dem Lande der Pächter und der Arbeiter, in der Stadt der Mieter ungeheuren Tribut zahlen müssen, für diese Regierung.

Mit den Grundsteuern hat die liberale Regierung den Kampf gegen die Grossgrundbesitzer aufgenommen. Das Bollwerk des Grossgrundbesitzes ist das von den kon-

servativen Lords beherrschte Oberhaus. Das Oberhaus hat das Budget, das seinen Mitgliedern neue Steuern auferlegte, mit grosser Mehrheit verworfen. Dadurch wurde die Steuerfrage zur Verfassungsfrage. In England besteht schon seit der Revolution (1642 bis 1688), und deutlicher noch seit der Zeit der ersten der drei grossen Wahlreformen (1832), ein Widerspruch zwischen den Formen und dem Wesen der Verfassung. Der Form nach ernennt der König die Minister, beide Häuser des Parlaments sind gleichberechtigt, jedes Gesetz bedarf der Zustimmung des Unterhauses, des Oberhauses und des Königs; tatsächlich aber hat die grosse Revolution eine ganz andere Machtverteilung herbeigeführt. Der König ernennt die Minister — aber er muss diejenigen ernennen, die die Mehrheit des Unterhauses bestimmt. Die Gesetze bedürfen der Sanktion des Königs, aber er kann keinem Gesetze die Sanktion verweigern, das beide Häuser des Parlaments beschlossen haben. Ueber das Budget und die Steuern aber entscheidet das Unterhaus allein; auch das Budget bedarf formell der Zustimmung des Oberhauses und des Königs, aber das Oberhaus und der König müssen jedem Budget zustimmen, das die Mehrheit des Unterhauses beschlossen hat. Das ist die tatsächliche Verfassung Englands, die grosse Errungenschaft der Revolution, geheiligt durch den Gebrauch von drei Jahrhunderten, gefestigt durch die demokratischen Wahlreformen. Diese Verfassung nun haben die Lords verletzt, um sich den neuen Steuern zu entziehen. Sie haben die Pflicht, zu dem vom Unterhaus beschlossenen Budget ihre formelle Zustimmung auszusprechen, in das Recht zu verkehren versucht, das Budget anzunehmen oder abzulehnen. Das Haus der Lords hat das Budget verworfen. Die Regierung hat nun das Unterhaus aufgelöst und stellt die Wählermassen vor die Frage: Wollt ihr dulden, dass eine der grossen Errungenschaften der Revolution, dass der seit Jahrhunderten unbestrittene Grundsatz unserer ungeschriebenen Verfassung, nach der die Volksvertretung allein über die Steuern und den Staatshaushalt entscheidet, durch das Haus der Lords durchbrochen werde, weil die Grossgrundbesitzer lieber die Verfassung verletzen, ehe sie neue Steuern auf sich nehmen?

So hat der Kampf um das Budget die ganze politische Situation verändert. Als Kämpfer gegen indirekte Steuern und Zölle, für die Besitzsteuern, als Kämpfer gegen das Privileg des Grossgrundbesitzes, als Kämpfer der Demokratie, die das Recht der Volksvertretung gegen die Anmassung der Lords verteidigen, können heute die Liberalen in die Neuwahlen gehen. Sie fühlten sich heute so stark, dass sie es wagen, selbst diejenige ihrer Forderungen, die dem englischen Nationalismus am meisten verhasst ist, die Forderung nach Home Rule (Selbstregierung) für Irland, in ihr Wahlprogramm aufzunehmen.

Die Konservativen haben noch vor kurzem gehofft, bei den nächsten Wahlen die Mehrheit wiederzuerlangen. Heute ist ihre Lage verschlechtert. Sie müssen vor die Wähler treten als die Mitschuldigen der Lords, als Vertreter der indirekten Steuern, als die Sachwalter des Grossgrundbesitzes, als die Verteidiger der Anmassung des Oberhauses gegen die frei gewählte Volksvertretung.

Aber auch die Arbeiterpartei ist zu einem Wahlkampf unter ziemlich ungünstigen Bedingungen gezwungen. Wohl übertrifft sie auch im Kampfe um das Budget die Liberalen an Folgerichtigkeit und Entschlossenheit. „Die liberale Regierung“, sagte jüngst Genosse Keir Hardie, „will die Bergwerksrente mit 5 Prozent besteuern; die Arbeiterpartei reklamiert 100 Prozent der Bergwerksrente für das Gemeinwesen.“ Die Liberalen wollen das Oberhaus reformieren, die Arbeiterpartei will es abschaffen. Aber trotzdem ist die augenblickliche Situation der Arbeiterpartei nicht günstig. Ihr Programm ist die volle Selbständigkeit der Arbeiterklasse gegen beide bürgerlichen Parteien; sie ist heute gezwungen, den Kampf an der Seite der Liberalen zu führen. Ihre wichtigste Aufgabe muss es sein, jene Hunderttausende von Arbeitern zu gewinnen, die einen grossen Teil der liberalen Wählerschaft bilden; sie kann heute diese Aufgabe nicht erfüllen, da sie Schulter an Schulter mit den Liberalen gegen die Grundherrenklasse kämpfen muss.

Aber die Ungunst des Augenblicks darf uns nicht die hoffnungsfrohe Aussicht auf die grosse Zukunft des englischen Sozialismus verdecken. Dieser Wahlkampf bedeutet eine Wendung in Englands Geschichte; er bringt Kräfte zutage, die die Sache des englischen Sozialismus mächtig fördern werden.

Der englischen Bevölkerung wird heute ein grosser Kursus über die kapitalistische Oekonomie gelesen. In zahllosen Versammlungen reden die Konservativen von den Konkurrenzkämpfen innerhalb der kapitalistischen Welt, die Liberalen von Bodenmonopol und Bodenreform, die Sozialisten von dem Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Die liberale Steuerpolitik wirkt wie ein Sprengmittel auf die historischen Parteien: sie drängt Besitzende, die bisher liberal waren, zu den Konservativen, Kleinbürger und Arbeiter, die bisher konservativ waren, zu den Liberalen. Neue Gedanken tauchen im Verfassungskampfe auf: von der Abschaffung und von der Reform des Oberhauses, von seiner Umbildung in einen gewählten Senat, von einer Wahlreform für das Unterhaus mit Frauenwahlrecht und Proporz, von einer geschriebenen Verfassung ist die Rede. Das starre Parteiensystem gerät ins Wanken; eine Flutwelle neuer sozialer und politischer Gedanken ergiesst sich über das Land. So wird das Erdreich gelockert, in das der Sozialismus seine Saat versenken wird.

Die Liberalen spielen ein kühnes Spiel. Um den Freihandel zu retten, hat ein Teil der englischen Bourgeoisie den Klassenkampf gegen die Grundherrenklasse aufgenommen. Er gebraucht in diesem Kampfe Waffen, die dem Arsenal des Sozialismus entlehnt sind. Ein gefährliches Beginnen, von der Verzweiflung eingegeben! Die liberale Partei kann den Weg, den sie betreten hat, nicht bis ans Ende gehen, ohne die Besitzenden von sich abzustossen und sich in eine Partei der Arbeiter und Kleinbürger zu verwandeln. Sie kann ihn nicht verlassen, ohne zu erliegen und den Kampfplatz den beiden Mächten zu überlassen, die einst die Entscheidungsschlacht gegeneinander schlagen werden: den Konservativen und der Arbeiterpartei, dem Imperialismus und dem Sozialismus. Die liberale Partei muss den sozialen Gedanken in ihren Dienst stellen, will sie nicht der Werbekraft der imperialistischen Ideen erliegen. Sie kann den sozialen Gedanken nicht festhalten, will sie nicht aufhören, eine bürgerliche Partei zu sein. Das ist das grosse Dilemma, vor dem sie bald stehen wird. Mit Riesenschritten nähert sich England dem Entscheidungskampf zwischen dem Imperialismus und dem Sozialismus.

Darum folgt die Arbeiterklasse aller Länder mit lebhaftem Interesse dem Kampf den heute die Arbeiter Englands führen. Der Kampf, der heute um Zölle und Steuern, um kriegerische oder friedliche Politik, um das Recht der Volksvertretung geht, berührt nicht nur unsere Tagesinteressen; er gibt uns eine grosse Hoffnung für die Zukunft. Die Starrheit des historischen Parteiensystems in England, die Schwäche des englischen Sozialismus ist heute noch einer der schwachen Punkte in dem Aufmarsch der internationalen proletarischen Armee. Heute steht England an der Schwelle einer Periode politischer Umgestaltung, die in der ganzen angelsächsischen Welt, in dem grossen Amerika vor allem, beispielgebend wirken wird. Hoffen wir, dass die politischen Umwälzungen in England dem Sozialismus in der grossen angelsächsischen Welt den Weg bahnen, die Arbeiterklasse der reifsten und mächtigsten Völker der Erde in das Lager der Internationale führen werden! Dann erst ist der Kreis geschlossen. Dann erst sind wir gerüstet zum Entscheidungskampfe gegen die kapitalistische Welt.

W. Ellenbogen: Reformen im Verkehrswesen Oesterreichs

2. Der gegenwärtige Stand der Elektrifizierungsfrage

Im 4. Heft des I. Jahrganges des „Kampf“ habe ich die Elektrifizierung der Eisenbahnen im allgemeinen besprochen. Inzwischen ist das Studium der Angelegenheit fortgeschritten und hat sich auch der Staatseisenbahnrat mit ihr beschäftigt. Wie steht die Frage nun gegenwärtig?

Die Eisenbahnbaudirektion hat bekanntlich ein eigenes Studienbureau für die Elektrifizierungsfrage errichtet. Dieses hat nun das ganze österreichische Staatseisenbahn-

gebiet südlich der Donau in den Bereich seiner Untersuchungen gezogen, also ein Netz von rund 4500 Kilometern. Die Studien wurden in der Weise vorgenommen, dass das Betriebsmaterial für sämtliche in Betracht kommenden Linien vorerst gesammelt und technische Grundzüge für den elektrischen Betrieb der Staatsbahnen aufgestellt wurden. Hierauf wurden für die einzelnen Linien Detailentwürfe erstellt, worin alle elektrotechnischen Grundlagen ermittelt und auch die mit der Aenderung der Betriebsweise zusammenhängenden maschinen-, bau- und verkehrstechnischen Neuanlagen und Aenderungen berücksichtigt wurden. Auf Grund aller dieser Studien erfolgte die Berechnung des Strombedarfes, der Leitungen der Zentralen, die Neuaufstellung der Fahrpläne und der Betriebseinrichtungen, die Berechnung des Vergleiches zwischen den Kosten des Dampf- und Elektrizitätsbetriebes, so dass man schliesslich zu dem Ergebnis kam, dass für gewisse Linien entweder die Rentabilität gegeben sei oder der elektrische Betrieb sich aus anderen Gründen empfehle.

Gleichzeitig wurden von der Regierung die österreichischen Wasserkräfte einer gründlichen und umfassenden Untersuchung unterzogen. Es wurden Wasserläufe des gesamten Alpengebietes südlich der Donau in der Gesamtlänge von 8700 Kilometern geprüft, woraus 190 Skizzenprojekte entstanden, die den Grosswasserkraftkataster der österreichischen Alpenländer enthalten. Speziell zum Zwecke der Sicherung der für die elektrische Traktion nötigen Wasserkräfte wurden eigene Projekte der Staatsbahnverwaltung der wasserrechtlichen Behandlung zugeführt, und zwar 110 generelle Projekte, von denen 39 bisher ausgefertigt und zur wasserrechtlichen Vorverhandlung überreicht wurden, während an Detailprojekten schon 12 ausgearbeitet wurden. Ausserdem wurden Optionsverträge mit Privatunternehmern bezüglich des Ausbaues der zunächst erforderlichen Wasserkräfte abgeschlossen, worin sich der Staat den Bezug gewisser Energiemengen sicherte, so der erste schon im Jahre 1899 betreffend die Rosanna und Trisanna (Arlberg), ferner ein Vertrag bezüglich der Gosauwerke (Strecke Attnang—Stainach) und einer bezüglich der Eisack- und Avisiowerke (Südbahnlinien). Die Unterhandlungen betreffend die Wasserkräfte des Isonzo (Linie Triest—Opčina) sind bisher nicht zum Abschluss gediehen. Wie das Eisenbahnministerium in einem Communiqué vom 23. März 1909 mitteilte, hat es seinen eigenen Bedarf an Wasserkraften im allgemeinen ermittelt, so dass der Verwendung der übrigen durch die Industrie prinzipiell nichts mehr im Wege stehe.

Was nun die wichtigste Frage, die der Rentabilität anlangt, so ist hier die grösste Vorsicht um so mehr am Platze, als allzu übertriebene Anschauungen der nützlichen Sache nur schaden können. Denn wenn auch die Rentabilität nicht der alleinige Beweggrund für die Einführung des elektrischen Betriebes ist, dieser vielmehr einen allgemeinen verkehrstechnischen und volkswirtschaftlichen Vorteil bedeutet, so wäre es doch gerade im Interesse dieser weiteren Perspektiven unzweckmässig, allzu ausschweifenden Erwartungen für den Anfang Raum zu geben, weil darauf nur eine Ernüchterung entstehen würde, die leicht ins Gegenteil umschlagen könnte. Die Erfahrungen, die darüber in Bayern gemacht worden sind, sind äusserst lehrreich. Je grösser die Behutsamkeit im Vorgehen, um so geringer die Gefahr, dass die gute Sache kompromittiert werden könnte. Daher muss auch vor allem an dem Grundsatz festgehalten werden, dass nicht zu viel auf einmal angefangen werden darf, sondern dass aus kleinen Anfängen, die gewonnenen Erfahrungen immer wieder verwertend, Schritt vor Schritt die Elektrifizierung ausgedehnt werden muss. Daher weiter der Grundsatz, dass zunächst nur jene Linien auf den elektrischen Betrieb eingerichtet werden sollen, deren Rentabilität entweder ausser Zweifel steht oder die aus verkehrstechnischen Gründen die Elektrifizierung dringend erheischen.

Im allgemeinen stehen die Techniker bei der Beurteilung der Momente, die für den elektrischen Betrieb sprechen, auf dem Standpunkt, dass je grösser die Verkehrsdichte, je ungünstiger die Anlageverhältnisse (Steigungen und Krümmungen) und je zahlreicher und länger die Tunnels sind, um so eher die betreffende Bahnstrecke für die Elektrifizierung reif sei. In dieser Hinsicht hat die bayrische Regierung eine Denkschrift ausarbeiten lassen, in der in sehr instruktiver Weise das Ergebnis der einschlägigen Studien veröffentlicht wird. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die österreichische diesem

Beispiel folgte und die Eisenbahnbaudirektion das Ergebnis ihrer Arbeiten in umfassender und eingehender Weise öffentlich darlegte.

Es liegen nun über die Rentabilität des elektrischen Betriebes auf einzelnen Linien einige konkrete Berechnungen vor. So teilt die bayrische Regierung mit, dass sich die Berechnung für die Linie Salzburg—Bad Reichenhall—Berchtesgaden folgendermassen stellt:

Uebersicht über die Kosten der Zugsbeförderung

	bei Dampf- betrieb	bei elektrischem Betrieb (ohne elektrische Arbeit)
	M a r k	
Lokomotivpersonal	53.240	28.620
Betriebsmaterialien	117.734	1.340
Unterhaltung der Lokomotiven	42.516	39.000
Laufende Instandhaltung der Lokomotiven	10.750	6.000
Erneuerungsrücklagen für Lokomotiven	14.535	18.720
Verzinsung der Lokomotiven	24.225	31.200
Erneuerung, Instandhaltung und Verzinsung der elektrischen Streckenausrüstung	—	54.764
Zusammen	263.000	179.644

Es würde somit ein Restbetrag von 83.356 Mk. für die „Kosten der elektrischen Arbeit“ übrigbleiben. Da der Arbeitsbedarf 1,700.000 Kilowattstunden betrüge, dürfte die Kilowattstunde den Betrag von 4'9 Pf. $\frac{(83.356 \times 100)}{1.700.000}$ nicht überschreiten, wenn die Kosten des Dampfbetriebes nicht überholt werden sollen.

Für die Linien München—Garmisch-Partenkirchen, Tutzing—Penzberg—Kochel und Weilheim—Peissenberg ergaben die Berechnungen:

Kosten des Dampfbetriebes	814.500 Mk.
„ „ elektrischen Betriebes	590.000 „

somit 224.500 Mk. Ersparnis für den Strom, was bei einem Arbeitsbedarf von 8,500.000 Kilowattstunden einen Preis von 2'6 Pf. per Kilowattstunde nötig macht.

Aehnliche Ergebnisse bezüglich der Linien München—Planegg—Ganting (Strompreis 4'7 Pf.) und München-Tölz—Schliersee nach Holzkirchen—Rosenheim (Strompreis 2'38 Pf.).

Diese Strompreise sind nach weiteren Darlegungen der bayrischen Regierung nicht nur erreichbar, sondern es können stellenweise weit billigere erzielt werden.

Bezüglich dieser Linien scheint somit die Rentabilität ausser Frage zu stehen.

Nach ungefähr derselben Methode wie die bayrische Staatsbahnverwaltung hat nun auch das niederösterreichische Landesbahnbauamt die Berechnungen bezüglich der Landesbahn St. Pölten—Mariazell-Gusswerk aufgestellt, die im Protokoll des Landtages vom 10. September 1907 mitgeteilt sind.

Darnach ergeben sich bei einer Leistung von 610.000 Zugskilometer jährlich, 100 Tonnen Zuggewicht und 20 täglichen Zügen folgende Zahlen:

	Dampfbetrieb	Elektrischer Betrieb
	K r o n e n	
Kapitalsaufwendung für Zugförderung	1,150.000	3,540.000
Ferner für Betriebskosten:		
Verzinsung und Tilgung	84.640	166.020
Brenn-, Schmier- und Putzmaterial	369.660	—
Stromkosten (5'5 h per Kilowattstunde)	—	165.555
Fahrpersonal	73.300	54.100
Erhaltung der Lokomotiven	52.600	52.460
Erhaltung der Leitungen	—	27.900
Sonstiges	14.800	20.965
Summe der Betriebskosten	595.000	487.000

Also bei Einrechnung des Strompreises noch eine Ersparnis von rund 100.000 K.

Mögen diese Berechnungen auch im einzelnen nicht einwandfrei sein, so ist doch der Strompreis ungewöhnlich hoch angenommen, so dass das Resultat im allgemeinen nicht tangiert wird und ausserordentlich günstig zu nennen ist.

Der Uebergang zum elektrischen Betrieb im Prinzip ist also spruchreif und es fragt sich vorerst bloss, welche Linien zunächst für die Elektrifizierung in Aussicht zu nehmen seien.

Wenn man nun die Alpenlinien auf die oben genannten drei Kriterien hin prüft, so ergibt sich folgendes:

	Länge	Grösste Steigung	Verkehrsleistung in Millionen Bruttotonnenkilometern
Tauernbahn	140 Kilometer	26·6 Promille	500·0*
Arlbergrouuten	235 "	31·4 "	549·0
Stainach—Attnang	107 "	25·0 "	86·0
Triest—Opčina	16 "	27·0 "	86·55

Alle diese Linien entsprechen somit den Voraussetzungen der Anlage und des Verkehrs für den elektrischen Betrieb. Da aber die Tauernbahnlinie aus einer Reihe von Rücksichten vorläufig aus dem Kalkül ausgeschaltet werden muss, so bleiben die drei anderen für die Erwägung übrig. Darunter ist insbesondere die Arlberglinie wegen der stärksten in Oesterreich zulässigen Steigung und der bereits bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit der bisherigen Betriebseinrichtung gediehenen Verkehrsgrösse in allererster Linie in Betracht zu ziehen, in zweiter käme Triest—Opčina, deren Tunnel, da sie in starkem Gefälle liegen, das Lokomotivpersonal durch starke Rauchüberfüllung mit Erstickung bedrohen, eine Linie, an die übrigens auch der industrielle Anschluss sich von selbst ergibt und die durch die kleinen Anschlussstrecken: Triest—Herpelje, Triest—Santa Sabba, Triest—Buje und Triest—Barcola—Monfalcone wirksam ergänzt werden müsste, und an dritter Stelle Stainach—Attnang, wo die Vorbereitungen am weitesten gediehen sind und die Ueberführung zum Strombetrieb sich am raschesten vollziehen liesse.

Für diese Linien haben die vorläufigen Ueberschläge folgendes ergeben:

a) Für die Arlberglinie.

Die Einrichtung der Linie Innsbruck—Lindau—Buchs—St. Margarethen (235 Kilometer) für den elektrischen Betrieb (Leitungen, Unterstationen und Lokomotiven) wird den Kostenaufwand von ungefähr 20 Millionen Kronen (ohne Kraftwerke) betragen. Die 4prozentige Verzinsung dieses Betrages ergibt die Jahreskosten von	1,000.000 K
Die Erhaltung und Erneuerung (technische Amortisation) der gesamten elektrotechnischen Einrichtungen erfordert den Betrag von jährlich	1,200.000 "
Die Kosten des elektrischen Betriebsstromes, und zwar rund 32 Millionen Kilowattstunden werden bei einem Strompreis von zwei Hellern für eine Kilowattstunde betragen	650.000 "
Sohin ergeben sich die Gesamtkosten des elektrischen Betriebes mit	2,850.000 K
jährlich.	

Diejenigen Kosten des Betriebes mit Dampflokomotiven, welche mit Einführung des elektrischen Betriebes wegfallen (unter der Voraussetzung, dass alle Anlagen für den Dampfbetrieb aufrecht erhalten und die Dampflokomotiven in Bereitschaft gehalten werden müssen) betragen derzeit im Jahre. 2,900.000 K

Es werden demnach unter den obigen Voraussetzungen die Kosten des elektrischen Betriebes bei Annahme einer Verkehrsdichte und von Kohlenpreisen, wie sie im Jahre 1908 bestanden haben, gleich jenen des Dampfbetriebes sein.

b) Für Triest—Opčina.

Die korrespondierenden Ziffern für die Linie Triest—Opčina (16 Kilometer) sind die folgenden:

Die 4prozentige Verzinsung der Anlagekosten der Errichtung für den elektrischen Betrieb per 3½ Millionen Kronen (ohne Kraftwerk) beträgt.	140.000 K
Erhaltung und Erneuerung der elektrischen Einrichtungen	210.000 "
Kosten des elektrischen Stromes (4·8 Millionen Kilowattstunden zu 4 Hellern)	192.000 "
	542.000 K

jährlich.

Die wegfallenden Kosten des Dampfbetriebes betragen 420.000 K unter Voraussetzung, dass alle für den Dampfbetrieb erforderlichen Einrichtungen aufrecht erhalten und die Dampflokomotiven in Bereitschaft bleiben. Im anderen Falle erhöht sich diese letztere Ziffer um 50.000 K und der elektrische Betrieb stellt sich um jährlich 72.000 K teurer als der Dampfbetrieb.

Hierzu ist aber wohl zu bemerken, dass die Betriebsverhältnisse auf der Strecke Triest—Opčina derzeit wegen Verrauchung des Tunnels unhaltbar sind, und dass ihre

* Schätzungsweise.

Sanierung im Falle der Aufrechterhaltung des Dampfbetriebes Kostenaufwendungen erfordert, welche die Höhe des ausgewiesenen Fehlbetrages von 72.000 K wohl erreichen dürften. Ueberdies würde der Anschluss der Linie Triest—Herpelje sowie der anderen kleineren von Triest ausgehenden Linien eine weitere relative Verbilligung des elektrischen Betriebes herbeiführen.

c) Für die Linie Steinach—Attnang.

Die Ziffern endlich für die Linie Attnang—Steinach—Irdning (107 Kilometer) sind die folgenden:

Die 4prozentige Verzinsung des Anlagekapitals für die elektrotechnischen Einrichtungen (ohne Kraftwerk) per 6 Millionen Kronen	240.000 K
Erhaltung und Erneuerung der elektrischen Einrichtungen	360.000 „
Kosten des elektrischen Stromes (4·3 Millionen Kilowattstunden zu 1·5 Hellern)	65.000 „
	<hr/> 665.000 K

jährlich.

Die wegfallenden Kosten des Dampfbetriebes betragen 440.000 K unter Voraussetzung, dass ebenfalls alle für den Dampfbetrieb erforderlichen Einrichtungen aufrecht erhalten und die Dampflokomotiven in Bereitschaft bleiben. Bei Wegfall dieser Last erhöht sich die Ziffer der durch Auflassung des Dampfbetriebes entfallenden Kosten um 80.000 K jährlich und der elektrische Betrieb ist in diesem Falle um 145.000 K teurer als der Dampfbetrieb.

Diese Linie ist besonders für den Sommerpassagierverkehr geeignet und könnte durch Heranziehung der Linie Ischl—Salzburg für den elektrischen Bahnbetrieb ebenfalls eine relative Verbilligung der elektrischen Traktionskosten erfahren.

Alle drei Linien würden also entweder sofort oder nach wenigen Jahren die Kosten der Ueberführung in die neue Betriebsform decken, je nach der Art, wie man die Sache durchführt, wobei zweifellos die Arlberglinie als die einwandfreieste bezeichnet werden muss.

Dass übrigens die Rentabilität der Elektrisierung der Arlberglinie gewiss ist, geht daraus hervor, dass sich private Elektrizitätsgesellschaften bereit erklärt haben, die elektrische Traktion gegen Bezahlung der gegenwärtigen Dampfbetriebskosten zu übernehmen, wobei überdies sämtliche elektrischen Anlagen nach 40 bis 50 Jahren kostenlos an den Staat übergehen würden. Und ich halte diesen Gedanken für im höchsten Grade erwägenswert. Der Staat hätte dabei nicht das geringste Risiko, vielmehr noch den materiellen Vorteil des seinerzeitigen Heimfalls und könnte überdies in aller Ruhe und Ueberlegung Erfahrungen für andere Strecken sammeln. Auch könnte er sich im Verträge das Ablösungsrecht jederzeit vorbehalten.

Ob alle Linien ausschliesslich durch Wasserkraftwerke zu speisen wären oder ob (wie etwa bei Triest) eine Dampfzentrale, mindestens als Ersatzwerk, ins Auge zu fassen wäre, das ist eine sekundäre Frage, die von einer Reihe lokaler Umstände, vor allem dem Strom- und Kohlenpreis, abhängt.

So erscheint demnach die Rentabilität schon für die Verhältnisse, wie sie gegenwärtig liegen, ausser jedem Zweifel gesichert, das heisst, der Uebergang zum elektrischen Betrieb kostet den Staat nichts, die Annehmlichkeiten der Staub- und Rauchfreiheit, der grösseren Geschwindigkeit, Verkehrssicherheit, -Pünktlichkeit, -Konstanz und -Anpassungsfähigkeit, der Unfallverringerung, der grösseren Zugleistung, der geringeren Gefahr des Funkenfluges u. s. w. hat er umsonst.

Nun aber kommen die grossen positiven Vorteile der natürlichen Verkehrssteigerung, der Ersparnis an steigenden Kohlenpreisen, der Abgabe von Strom an Private und der allgemeine volkswirtschaftliche und der staatsfinanzielle Nutzen der Hebung der Industrie in Betracht. Am meisten springt wohl der Nutzen in die Augen, den der Staat aus der Ersparnis des Baues eines zweiten Geleises erzielt. Der Bau der Arlbergbahn hat 82·6 Millionen Kronen gekostet. Der Bau eines zweiten Geleises würde bei den orographischen und geologischen Verhältnissen des Stanser- und Klostertales einfach eine völlige Neuanlage bis etwa auf den Arlbergtunnel (37·3 Millionen Kronen Baukosten) erfordern, somit die Anlagekosten von mindestens 44 Millionen Kronen, also etwa 1·76 Millionen Kronen jährlich, alles auf die Baukosten des Jahres 1884 berechnet, die bekanntlich viel billiger waren als die heutigen. Die Steigerung der Geschwindig-

keiten und des Zuggewichtes durch den elektrischen Betrieb würde diese Kosten 20 bis 30 Jahre lang ersparen.

Der Uebergang zum elektrischen Betriebe erscheint daher um so mehr geboten, als alle diese Vorteile, je später er erfolgt, naturgemäss an Wert verlieren.

Ist so die Zweckmässigkeit und Notwendigkeit der elektrischen Traktion klar, so können doch die Formen, in denen der Staat sie durchführt, verschieden sein. Theoretisch und prinzipiell ist der staatsmonopolistische Charakter der Ausbeutung der Wasserkräfte gewiss das Nächstliegende. In der Praxis erweist sich jedoch der Staat zumeist sowohl als teurer Bauherr, als auch als schwerfälliger Kaufmann. Ich würde daher die rein staatliche Funktion des Ausbaues der Wasserkräfte und der Ausführung der elektrischen Ausrüstung in der heiklen Anfangsperiode des elektrischen Betriebes lieber durch eine Kombination von Staats- und Privatwirtschaft ersetzt sehen. Diese Kombination hätte etwa so zu erfolgen, dass der Staat sich mit einer Privatunternehmung zum Ausbau und zur Ausbeutung gewisser Wasserkräfte etwa in der Form der Abnahme einer gewissen Anzahl von Aktien in Verbindung setzt, also in einer Art Genossenschaft, der Gesellschaft die kaufmännische und gewerbliche Funktion überlässt, also die Abgabe von Strom, die Heranziehung von industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen, selber aber die Konzession erwirbt und sich das Heimfalls-, beziehungsweise (frühere) Ablösungsrecht, eventuell (nicht ohne Bedenken) Tarifhoheit und dergleichen sichert. Natürlich dürfte eine solche staatliche Beteiligung nicht zu einer neuen Art Garantiesystem ausarten, denn von dieser Sorte haben wir bei den Eisenbahnen nachgerade genug.

Eine dritte und gegenwärtig, das heisst so lange die Wasserkräfte nicht wirklich ausgebaut sind und der Staat für sie noch keine Verwendung hat, einzig mögliche ist die der Erstellung von Optionsverträgen mit Privatunternehmern, wonach die Unternehmung die Wasserkraft ausbaut, der Staat aber das nötige Stromquantum sich zu einem bestimmten Preis für eine gewisse Zeit sichert. Der Nachteil dieser Form ist jedoch die langfristige Konzession, ohne die natürlich kein Unternehmer auf den Vertrag eingehen wird. Denn, wie Dr. Heubach in einem Aufsatz über die Verwaltung von Wasserkräften* richtig sagt, „diese Zeiträume (70 bis 80 und mehr Jahre) enthalten Entwicklungsmöglichkeiten, die sich heute nicht übersehen lassen. Sie können ganz neue Verwendungsarten der Wasserkräfte und des elektrischen Stromes lehren, sie können dadurch den Wert der Wasserkräfte ganz wesentlich verändern. Es ist denkbar, dass die Bedingungen, unter denen heute Wasserkräfte vergeben werden, sich innerhalb so langer Zeiträume derart ändern, dass der vergebende Staat die Konzessionsbedingungen zu bereuen hat“. Dazu kommt der Verlust der Verfügungsgewalt und des Wertzuwachses der Wasserkräfte, insbesondere wegen der Verteuerung der Kohle, die dem Staat zum Nachteil gereichen.

Unter diesen drei Formen wird also je nach der Lage der Dinge und unter fortwährendem Hinzielen auf die endliche Monopolisierung der Wasserkräfte durch den Staat zu wählen sein.

Hand in Hand mit der Elektrifizierung geht eine zweite Frage, die unseres Wasserrechtes. Der eigentlich grösste Nutzen der Elektrisierung ist der Anstoss, den er der industriellen Entwicklung gibt. Wenn auch hierbei nicht an eine sofortige schrankenlose Entwicklung gedacht werden kann, wenn auch die Zahl der anschliessbaren Industrien vorläufig eine begrenzte ist, wenn auch für die Etablierung einer Industrie die Billigkeit der motorischen Kraft nicht das einzig Ausschlaggebende ist, und auch an den Grad dieser Billigkeit nicht allzu übertriebene Hoffnungen geknüpft werden dürfen, so ist doch hier die Richtung für eine geradlinige industrielle Entwicklung gegeben, für einen Zwang auf den Staat, gesunde natürliche Industriepolitik zu betreiben, die Verwertung der brachliegenden Wasserkräfte intensiv zu fördern. Dieser Verwertung steht nun das gegenwärtige Wasserrecht, sowohl das Gesetz als das Verfahren störend, ja geradezu hindernd entgegen. So gibt es, abgesehen von der Verwertung für Eisenbahnzwecke, keinerlei Expropriationsrecht von Wasserkräften für private Zwecke, kein Elektrizitätswegerecht; was das bedeutet, mag aus folgenden Beispielen erhellen:

* „Rundschau für Technik und Wirtschaft“, Nummer 22 vom 20. November 1909.

Die Ungebürlichkeit der Forderungen kann in vielen Fällen die Rentabilität elektrischer Anlagen in Frage stellen, wenn nicht überhaupt unmöglich machen. So bezahlt die Spalato Portland-Zement-Aktiengesellschaft als Jahrespachtzins für je eine Säule ihrer Starkstromleitung 100 K und für jeden Quadratmeter Luft, gemessen vom Draht bis zum Boden, noch 3 K!!

Aehnlich verhält es sich mit den Forderungen bezüglich der Ablösung von Wasserrechten, für die ich wieder ein Beispiel eines grossen Elektrizitätswerkes Dalmatiens anführen kann. Als Ablösungspreis für eine ganz kleine landesübliche Mühle, eines ebenerdigen Hauses mit zirka vierzig bis fünfzig Quadratmeter Flächeninhalt, wurden 600.000 K (!) verlangt. Und so liessen sich noch Dutzende von Beispielen anführen, die nach einer gesetzlichen Regelung rufen, und die auch zu der Vorsicht mahnen, das Verlangen gewisser Kreise nach Förderung der Industrie durch Ausbau der Wasserkräfte vorerst genauer zu untersuchen; denn am lautesten sind Agenten und Güterspekulanten, die mit der Konzession Handel treiben, oder durch spekulativen Ankauf der für Wasserkraftanlagen unentbehrlichen Objekte Gewinne zu erzielen hoffen, die einem möglichst billigen Ausbau der Wasserkräfte nicht förderlich sind, ja ihn geradezu verhindern können.

Dazu kommt weiter die jahrelange Verschleppung und Verzettelung des Verfahrens durch die Aufteilung des Wasserressorts auf fünf Ministerien, die uneinheitliche Handhabung durch die Behörden, die Unübersichtlichkeit der Bestimmungen wegen der Wasserrechtsgesetze der verschiedenen Kronländer. Deshalb verdient der Vorschlag des Doktor Bousek auf dem Salzburger Wassertag, der Kompliziertheit und Verworrenheit des Wasserrechts durch eine Durchführungsverordnung die Spitze abzubrechen, vollste Beachtung. Ein neues Gesetz ist durchaus nicht nötig, würde auch an dem Widerstand der augenblicklich sehr lebhaften Kronlandsautonomie scheitern; eine Durchführungsverordnung kann es völlig ersetzen, die scheinbaren Widersprüche gewisser Bestimmungen durch Interpretation auf Grund von Oberstgerichtsentscheidungen lösen, es klarer, einfacher und durchsichtiger machen.

Zu begrüßen ist es, dass die Regierung zum Zwecke der Vereinfachung und Abkürzung des Verfahrens eine „interministerielle Kommission für Wasserkraftangelegenheiten“ eingesetzt hat. Diese Kommission ist aus Vertretern aller beteiligter Ministerien zusammengesetzt und soll als letzte Rekursinstanz schwebende Fragen in kollegialer Beratung erledigen, so dass der entsetzlich schleppende Weg durch die verschiedenen Ressorts vermieden wird. Es ist jedoch nicht klar, ob diese Kommission die ihr vorgelegten Angelegenheiten entscheiden, also wirklich definitiv erledigen oder bloss begutachten soll. Wenn das erstere nicht beabsichtigt ist, die Akten somit dann doch wieder den einzelnen Ministerien zugehen müssen, so wäre damit nichts Wesentliches gewonnen. Der Kommission müsste daher, wie gesagt, entscheidende Vollmacht, natürlich im Rahmen der bestehenden Gesetze, gegeben werden.

Mit aller Entschiedenheit muss jedoch gegen die Versuche, das Wasserrecht noch mehr zu verändern, Stellung genommen werden. Schon jetzt ist der Zustand unerträglich. Dazu kommt, dass bei der rein politischen und ganz und gar unsachlichen Auffassung, die die meisten Kronlandsverwaltungen von ihrer Aufgabe haben und bei der nationalen Gemischtheit, deren sich 14 von den 17 Kronländern erfreuen, eine Wasserrechtssache, Konzession oder dergleichen leicht zu einer politischen, besonders einer nationalen Angelegenheit wird. So sehr es zu bedauern ist, dass bei der Schaffung der Wahlreform der Länderautonomie in Wasserrechtssachen Rechnung getragen wurde, so soll doch vermieden werden, dass hierin ein Schritt weiter gegangen werde. Von grossen Gesichtspunkten können Wasserfragen, wenn überhaupt, nur als Staatsangelegenheiten behandelt werden. Insbesondere ist zu fürchten, dass der Länderfiskus seine Steuerhand auf die neuen Unternehmungen legen würde, was nicht nur, da diese Fragen mit grösster Vorsicht behandelt werden müssen, der neu aufkommenden Industrie abträglich wäre, sondern auch den Staat um namhafte Einnahmen brächte.

Das Land braucht darum nicht leer auszugehen. Es hat vielmehr aus den Umlagen auf die neu entstehenden Wasser- und Industrierwerke einen Gewinn, es kann sich aber überdies wie der Staat durch Teilnahme an der Unternehmung eine Gewinnbeteiligung sichern. Festzuhalten wäre dabei jedoch immer an dem Grundsatz, dass der

Staat der Konzessionserwerber ist und sich das Heimfallsrecht und das jederzeitige Ablösungsrecht sichert.

Da auch die elektrotechnischen Probleme als gelöst zu betrachten sind, wonach der einphasige Wechselstrom als für die Zwecke einer Hauptbahn am meisten geeignet erscheint, so bleiben nur noch die Bedenken von militärischer Seite übrig. Aber diese schwinden immer mehr und sind hauptsächlich in der Besorgnis begründet, dass einem eventuell nötigen Aufmarsch nicht durch elektrischen Betrieb die Gefahr einer Verlangsamung oder Störung in der Exaktheit drohe. Dieser Gefahr sucht die Kriegsverwaltung durch das Verlangen vorzubeugen, dass die Bedingungen für die jederzeitige sofortige Wiedereinführung des Dampfbetriebes aufrecht erhalten bleiben müssen, was auch aus Gründen des normalen zivilen Betriebes wenigstens eine Reihe von Jahren hindurch geschehen müsste. Uebrigens sind es bloss gewisse Linien, die die Kriegsverwaltung vorläufig von der Elektrisierung ausgeschaltet sehen will. Die drei genannten Linien gehören, soweit mir bekannt ist, nicht dazu.

So kann denn zusammenfassend gesagt werden, dass die Frage des Ueberganges zum elektrischen Betrieb spruchreif ist und dass seine Durchführung gefordert werden kann. Aufgabe des Parlaments und der Regierung ist es nunmehr, die entsprechenden konkreten Beschlüsse zu fassen.

Otto Bauer: Eine Parteischule für Deutsch- österreich

Unsere Bildungstätigkeit hat in den letzten Jahren sehr erfreuliche Fortschritte gemacht. Wir haben heute Arbeiterschulen in Wien, Linz und Brünn, Vortragszyklen und Unterrichtskurse in vielen grösseren Städten, Einzelvorträge und Redeunterrichte auch in manchen kleineren Orten. Die Mängel dieser Tätigkeit zu beheben, ihr immer wieder neue Anregungen zu geben, wird die Aufgabe der neuen „Zentralstelle für das Bildungswesen“ und ihres Organs, der „Bildungsarbeit“, sein. Die Organisation unserer Jugendlichen sorgt für bildungsfähigen und lerneifrigen Nachwuchs. Wo geeignete Kräfte vorhanden und die sachlichen Bedingungen zu erlangen sind, könnte das System unserer Erziehungsorganisation noch durch Nachahmung des prächtigen Beispiels der Grazer Genossen, über das Afritsch im Novemberheft des „Kampf“ berichtet hat, ausgestaltet werden. Aber noch fehlt uns die Krönung des ganzen Gebäudes. Wir brauchen — natürlich nicht an Stelle unserer Arbeiterschulen, sondern neben ihnen — eine Parteischule mit Tagesunterricht, die Genossen aus der Provinz, die keine unserer drei Arbeiterschulen besuchen können, eine systematische Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus geben soll. Das Bedürfnis nach einer solchen Anstalt ist auf dem letzten Parteitag in einem Antrag der Teplitzer Genossen ausgedrückt worden. Wir wollen versuchen, zu zeigen, dass und wie dieses Bedürfnis befriedigt werden kann.

Wir können uns freilich keine Anstalt schaffen, wie sie die reichsdeutschen Genossen in der Berliner Parteischule haben. Dazu fehlt es uns an Mitteln und, da die zur Lehrtätigkeit befähigten Genossen mit Parteiarbeit bereits belastet sind, auch an Lehrkräften. Wollen wir eine Parteischule haben, dann müssen wir innerhalb der Grenzen des Erreichbaren bleiben. Wir wollen zu beweisen versuchen, dass eine Parteischule möglich ist, wenn wir uns entschliessen, die Dauer des jährlichen Unterrichtskurses auf einen Monat zu beschränken.

Der halbjährige Unterrichtskurs der Berliner Parteischule umfasst 814 Unterrichtsstunden. An der Wiener Arbeiterschule hören die Schüler in vier Semestern zusammen 256 Unterrichtsstunden. An einer Parteischule, wie wir sie vorschlagen, können wir nur mit 26 Unterrichtstagen, mit höchstens 148 Unterrichtsstunden rechnen. Es ist daher unmöglich, an einer solchen Anstalt den umfassenden Lehrstoff der Berliner Parteischule zu bewältigen. Selbst der kleinere Lehrstoff der Wiener Arbeiterschule wird in einem

Monat nicht ganz durchgenommen werden können. Doch darf nicht übersehen werden, dass eine Parteischule, in die in jedem Jahre nur etwa 30 von den deutschen Organisationen des ganzen Reiches ausgewählte Genossen aufgenommen würden, ein unvergleichlich besser und gleichmässiger vorgebildetes Schülermaterial hätte als die Wiener Arbeiterschule, die allen organisierten Arbeitern offen steht. Auch können an die Genossen, die die Parteischule in den Tagesstunden besuchen und während des Unterrichtsmonats von aller anderen Arbeit befreit sind, ganz andere Anforderungen gestellt werden als an die Hörer der Wiener Arbeiterschule, die, von neun- oder zehnstündiger Arbeit erschöpft, in den Abendstunden die Vorträge hören. Schliesslich ist der intensive Unterricht während eines Monats gewiss vorteilhafter als die Ausdehnung des Unterrichts über zwei Jahre, in denen doch zusammen nur 256 Unterrichtsstunden gegeben werden können. Darum bin ich überzeugt, dass der einmonatige Tagesunterricht an der Parteischule trotz der kleineren Stundenzahl weit günstigere Unterrichtsergebnisse zeitigen würde als der vier Semester umfassende Kursus der Wiener Arbeiterschule. Freilich, was die Berliner Parteischule leistet, ist in einem Monat nicht zu erreichen; aber dass wir das Bessere nicht leisten können, darf uns nicht hindern, das Gute zu schaffen.

Dass ein Kursus in der Dauer eines Monats den Genossen viel Belehrung und noch viel mehr Anregung zu selbständiger Fortbildung geben kann, mag die Skizze des Lehrplanes beweisen, den wir für die zu schaffende Parteischule vorschlagen.

Die vier Hauptlehrgegenstände unserer Parteischule sollen die Volkswirtschaftslehre, die Staatslehre, die Sozialpolitik und die Rechtskunde sein. An jedem Vormittag soll je eine Unterrichtsstunde jedem dieser Lehrgegenstände gewidmet werden. Bleiben die Sonntage frei, dann kann jeder Lehrer seinen Unterrichtsstoff auf 26 Lehrstunden verteilen. Natürlich kann keiner dieser Gegenstände in 26 Stunden erschöpfend behandelt werden; wohl aber ist es möglich, aus jedem Wissensgebiet diejenigen Kapitel auszuwählen, die für das Verständnis unseres Parteiprogramms und für die praktischen Aufgaben unserer Vertrauensmänner die wichtigsten sind. Nach meinen Erfahrungen wird es möglich sein, folgenden Lehrstoff in einem Monat durchzunehmen:

Volkswirtschaftslehre: Der Untergang des Handwerks. Die Entwicklung des Kleinhandels. Kapitalismus und Landwirtschaft. Der industrielle Grossbetrieb. Aktiengesellschaften, Kartelle und Trusts. Die Banken und die Börse. Die Schutzzölle und die Kolonialpolitik. Die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel.

Staatslehre: Die Entstehung des modernen Staates. Die bürgerliche Revolution in England, Frankreich, Deutschland und Oesterreich. Die Entwicklung der österreichischen Verfassung und der politischen Parteien seit dem Jahre 1848.

Sozialpolitik: Theorie und Praxis der Gewerkschaften. Die Grundsätze und Entwicklungsziele der Arbeiterschutzgesetzgebung und Arbeiterversicherung.

Rechtskunde: Das österreichische Arbeiterrecht.

Die Nachmittagsstunden bleiben Schülern und Lehrern zur Erholung. Gegen Abend treffen sie einander wieder im Unterrichtszimmer. Zwei Stunden an jedem Abend (ausser am Samstag und Sonntag) werden zu Seminarübungen benützt. Im Seminar sollen die Lehrer den Schülern einen Ueberblick über die Literatur des Sozialismus erschliessen. Sie sollen sie zur Sammlung des Agitationsmaterials, zum Aufsuchen und Lesen statistischer Tabellen anleiten. Die Schüler sollen es lernen, Vorträge auszuarbeiten, Diskussionen zu veranstalten, Redeunterrichte zu leiten, kurze Versammlungsberichte zu verfassen. Vielleicht wird auch einmal einer unserer Organisationspraktiker unsere Seminarübungen besuchen und eine Diskussion über die Fragen unserer politischen Organisation einleiten. So wird in den Seminarübungen in den Abendstunden praktisch ergänzt werden, was die Schüler im theoretischen Unterricht am Vormittag hören.

Diese Skizze eines Lehrplanes beweist wohl, dass auch in einem Monat sehr viel gelehrt werden kann, ohne dass den Schülern zu viele Unterrichtsstunden zugemutet werden müssen. Vier Unterrichtsstunden und eine Seminarübung in der Dauer von zwei Stunden täglich sind sicherlich nicht zu viel.

Eine solche Parteischule können wir der Partei sehr leicht schaffen. Das finanzielle Opfer wäre nicht allzu gross. Die Schule würde mit drei oder vier Lehrkräften leicht ihr Auslangen finden. Da sie Lehrkräfte verwenden wird, die auch anderes Ein-

kommen beziehen, brauchen wir für die Honorare der Lehrer und für ihre Reisekosten nicht mehr als 1000 K zu veranschlagen. Die sachlichen Unterrichtserfordernisse können mit 500 K gewiss bestritten werden. Diese Ausgaben soll die Reichspartei übernehmen. Eine jährliche Ausgabe von 1500 K für diesen Zweck übersteigt wohl nicht ihre Kräfte. Die Kosten der Erhaltung der Schüler und ihrer Familien während des Unterrichtsmonats müssen diejenigen Landes- und Kreisorganisationen, Gewerkschaftsverbände und Konsumvereine übernehmen, die von dem Rechte, Hörer in die Parteischule zu schicken, Gebrauch machen: jede Organisation erhält den von ihr entsandten Schüler. Welcher Unterhaltsbeitrag dem Schüler gegeben werden muss, hängt natürlich von seinen persönlichen Verhältnissen ab. Arbeiter aus der Fabrik werden mehr brauchen als Partei- und Gewerkschaftsbeamte, die auch während des Unterrichtsmonats ihren Gehalt beziehen, Verheiratete mehr als Ledige. Durchschnittlich wird der Schüler mit 150 K wohl sein Auskommen finden können. Es werden sich gewiss in jedem Jahre 30 politische und gewerkschaftliche Organisationen finden, die gerne 150 K opfern, um einen ihrer Vertrauensmänner in der Parteischule ausbilden zu lassen.

Auch an Lehrkräften fehlt es uns nicht. Wohl wären sie im Winter schwer zu finden, da das Parlament und die Presse die Genossen, die zur Leitung der Schule geeignet sind, in Anspruch nehmen. Im Sommer aber, in der politisch ruhigen Zeit, werden wir Lehrkräfte leicht finden. Darum raten wir, den Unterrichtskurs in einem Sommermonat abzuhalten. Die Schule muss nicht und soll nicht in Wien ihren Sitz haben. Wir empfehlen, sie in jedem Jahre in einem anderen Provinzstädtchen abzuhalten, im ersten Jahre in einer Stadt Deutschböhmens, im zweiten Jahre in Mähren oder Schlesien, im dritten Jahre in Steiermark oder Kärnten. Der Aufenthalt in einem schön gelegenen Städtchen wird Schülern und Lehrern angenehm und er wird, was nicht unwichtig ist, billiger sein als in Wien. In einer Kleinstadt wird sich leichter als in Wien freundschaftlicher Verkehr zwischen Schülern und Lehrern entwickeln, der gewiss beiden fruchtbare Anregungen geben wird.

Eine solche Parteischule ist kein Wunsch für spätere Zeiten, sie ist heute schon möglich. Sie übersteigt nicht unsere finanziellen Kräfte. Die Personen, die sie leiten können, stehen uns zur Verfügung. Der erste Versuch, der gewiss sehr lehrreich sein wird, kann schon im nächsten Sommer gemacht werden. Wenn die Parteivertretung die Mittel bewilligt, kann der erste Kursus unserer Parteischule im Juli 1910 in einem Städtchen Deutschböhmens eröffnet werden.

Die Absolventen unserer Parteischule werden, wenn der Unterrichtskurs geschlossen, zu ihrer Arbeit zurückkehren, jeder von ihnen von dem Wunsche erfüllt, das, was er in der Schule gelernt hat, zu der Masse seiner Arbeitskollegen zu tragen. So wird unsere Bildungsarbeit in allen Teilen des Reiches wertvolle Arbeitskräfte, geschulte Vortragende und geschickte Organisatoren gewinnen. Die Parteischule wird nicht nur einigen wenigen auserwählten Genossen ein geordnetes Wissen vermitteln; sie wird uns die Kräfte heranziehen, die in allen Städten, in allen Industriegebieten Deutschösterreichs der Erziehung der breiten Massen im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus dienen werden.

Emil Dittmer: Die Organisation der Gemeindearbeiter

Gegenwärtig ist das Interesse für die Gemeindebetriebe im Deutschen Reiche in raschem Wachsen begriffen. Mit der immer stärker werdenden Zahl der „roten Hechte“ in den bürgerlichen Kommunalkarpfenteichen — wie es uns die letzten Wahlen erneut brachten — haben wir Sozialdemokraten gleichfalls die Pflicht, unsere Aufmerksamkeit auf die mannigfaltigen kommunalpolitischen Probleme zu richten, namentlich soweit sie mit der schnellen Entwicklung der Gemeinden und ihrer Betriebe eng verbunden sind.

Insbesondere findet in der neueren Kommunalliteratur auch die Lage der Gemeindearbeiter eingehendere Darstellung. Neben den Schriften des „Vereines für

Sozialpolitik“ haben vor allem die reichsamlichen Beiträge zur Arbeiterstatistik Nummer 9 und 10* in der Presse lebhaften Widerhall gefunden. Vor wenig Jahren noch war derjenige, der sich auf diesem Gebiet informieren wollte, angewiesen auf das Buch von Dr. Mombert**, das aber mittlerweile durch die Entwicklung fast ganz überholt war. Daneben erschienen freilich in regelmässigen Abständen die Publikationen und Statistiken des „Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter“, die sich indessen aus leicht begreiflichen Gründen auf ein mehr oder minder begrenztes Gebiet bezogen. Doch ist es dieser Organisation nicht zuletzt zu danken, dass heute das Interesse für die Gemeindearbeiter in Deutschland weit über das übliche Mass hinausgeht.

Der Umstand nun, dass Oesterreich trotz glänzenden Aufschwunges seiner Gewerkschaftsbewegung besonders in den letzten Jahren — heute überhaupt noch kaum eine Organisation der Gemeindearbeiter aufweisen kann, gibt willkommenen Anlass, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die sich auch in Deutschland vor nunmehr 13 Jahren bei Schaffung dieser Organisation auftürmten.

Das Rekrutierungsgebiet schon war äusserst ungünstig. Die Städte nahmen mit Vorliebe verheiratete Leute vom Lande, die sich weniger „begehrlich“ zeigten. Die just vom Militär Entlassenen bildeten und bilden noch heute bei Einstellungen in städtischen Betrieben ebenfalls einen ausserordentlich hohen Prozentsatz. Der sprichwörtliche „preussische Drill“ konnte nun von den unteren und mittleren Vorgesetzten gleich ungeniert fortgesetzt werden. Die häufige Besetzung mit Militäranwärttern sorgte dafür, dass die Antreiber den Betrieb in militaristisch-absoluter Gewalt beherrschten. Bei Kommunalwahlen wurden ganze Arbeitergruppen für die der Stadt genehmen Kandidaten abkommandiert und die öffentliche Stimmabgabe sorgte für genügende Kontrolle, um etwaige rüddige Schafe über kurz oder lang aus dem Betriebe auszumerzen. Für Wahl-schleppdienste u. s. w. wurde in gewissen Fällen freie Zeit gegeben und das System Lueger, der keine Sozialdemokraten in „seinen“ Betrieben dulden will, war in den meisten deutschen Städten eine Selbstverständlichkeit. Aber nicht genug damit. Aus patriotischen Anlässen, bei Einzügen von Potentaten und dergleichen wurden einzelne städtische Arbeitergruppen mit Vorliebe zur Staffage und zum Spalierbilden verwendet. Die weissen Hosen der Berliner Strassenreiniger zum Beispiel in Verbindung mit dem blanken Schild der Mütze sahen bei solchem Aufzuge aber auch gar zu stattlich aus. Wozu obendrein womöglich Vereinsfahne und Musikkorps kamen.

In zahlreichen Städten wurden auch für städtische Arbeiten Invaliden sowie solche Leute verwandt, die ohnehin der Armenkasse zur Last gefallen wären und die natürlich für die Organisationsbestrebungen so gut wie gar nicht zu haben waren. Endlich verstanden es die Betriebsleiter, die Interessen der verschiedenen Kategorien gegeneinander auszuspielen. So war einer des anderen Feind, Angebertum und Schmarotzerei standen in hoher Blüte.

Was Wunder, wenn die deutschen Berufsverbände sich niemals systematisch mit der Propaganda in städtischen Betrieben abgegeben haben. Bis 1896 waren erst 329.230 Mitglieder in den deutschen Verbänden, da hatte man noch alle Hände voll zu tun, um zunächst die bequemerem Organisationsgebiete zu bearbeiten. Mochten hier und da einige hundert Mitglieder der verschiedenen Berufsverbände in städtischen Betrieben vorhanden sein, sie entbehrten jeder gemeinschaftlichen Aktion und fluktuieren in einer Weise, die den Gedanken einer regelrechten Interessenvertretung nicht recht aufkommen liess.

Als nun im Oktober 1896 die jetzige Organisation der Gemeindearbeiter gegründet wurde, da waren nicht wenige, die diesem „Experiment“ mit unverhohlenem Zweifel gegenüberstanden. Wiederholt waren in einzelnen Städten, wie Hamburg, Dresden u. s. w., lokale „Vereinigungen“ städtischer Arbeiter entstanden, die aber alle wieder nach kurzer Lebensdauer versandeten. Eine Arbeitsniederlegung von Berliner

* „Die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter in deutschen Städten.“ Bd. I: Erhebungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit 1902 und 1907. Bd. II: Die Arbeitsordnungen und sonstigen Bestimmungen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses. Berlin 1909. Haymanns Verlag.

** „Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter.“ Stuttgart 1902. Cottasche Buchhandlung.

Gasarbeitern in März 1896 führte zur Verringerung der schier unerträglichen 18stündigen Wechselschicht auf 12 Stunden. Aber man wagte aus Furcht vor Massregelungen vorerst keine eigene Organisation zu schaffen, sondern schloss sich der damals bestehenden „Vereinigung der Holz- und Kohlenarbeiter“ an. Die Errungenschaften dieses Streiks sowie eines zweiten Vorstosses im Herbst 1896 gingen den Arbeitern später wieder verloren, wie das in der Regel so sein wird, wo keine Organisation auf der Hut steht und sofort wieder einsetzen kann. Diese Erkenntnis führte denn auch in erster Linie zur endlichen Schaffung eines Zentralverbandes, der mit ganzen 15 Pf. Wochenbeitrag begann und der sich ausser in Berlin und einigen Vororten alsbald in Erfurt, Hamburg, Königsberg, Mannheim und Magdeburg weitere Stützpunkte schuf. Es erübrigt die Entwicklung des Verbandes im einzelnen hier wiederzugeben, immerhin dürften die nachstehenden Zusammenstellungen hiervon ein Bild geben:

J a h r	Filialen	M i t g l i e d e r		Einnahmen	Ausgaben	V e r m ö g e n	
		buchmässig	vollzahlend			insgesamt	per Kopf
1896 . . .	4	400	—	—	—	—	—
1897 . . .	7	924	621	3.495·20	2.712·45	782·75	1·26
1898 . . .	11	1.601	1.172	7.000·31	5.133·43	2.603·35	2·04
1899 . . .	11	3.479	2.371	20.257·77	15.559·65	7.301·47	3·07
1900 . . .	15	4.723	3.417	27.153·90	23.195·86	11.259·51	3·29
1901 . . .	19	5.118	3.952	36.374·77	31.662·28	15.972·—	4·03
1902 . . .	26	6.974	5.126	48.371·05	42.368·03	21.975·02	4·29
1903 . . .	31	10.393	8.316	90.981·93	82.779·97	30.176·98	3·62
1904 . . .	42	13.726	10.605	123.553·32	104.813·85	48.916·45	4·61
1905 . . .	52	20.818	16.790	204.369·77	157.444·20	95.842·02	5·71
1906 . . .	70	23.238	18.579	320.251·97	284.660·58	131.433·41	7·07
1907 . . .	90	26.207	22.641	469.822·61	356.615·64	244.640·38	10·81
1908 . . .	111	29.316	24.378	550.797·31	464.218·61	331.219·08	13·59

Ueber das Unterstützungswesen informiert die folgende Tabelle:

Unterstützungswesen des Gemeindearbeiterverbandes (1896—1908).

Geschäfts- periode	Rechts- schutz	Streik- unter- stützung	Gemass- regelten- unter- stützung	Sterbe- unter- stützung	Erwerbs- losen- unter- stützung	Sonstige lokale Unter- stützung	U n t e r s t ü t z u n g e n		
							insgesamt	per Jahr	per Mitglied und Jahr
i n M a r k									
1896—99	202·65	142·20	253·—	—	—	7.052·75	7.650·60	1.912·65	1·42
1900—02	261·—	2.169·32	2.714·90	—	—	16.695·30	22.200·52	7.400·17	1·32
1903—05	1.129·57	7.370·83	6.252·43	8.145·—	—	24.594·69	47.492·52	15.830·84	1·06
1906	1.155·24	19.209·93	5.560·79	7.935·—	—	20.690·81	54.551·81	54.551·81	2·34
1907	1·008·63	9.850·06	5.229·22	16.410·75	13.306·90	29.413·65	75.219·21	75.219·21	2·87
1908	3.099·88	15.693·50	4.748·53	22.270·—	61.513·45	31.618·69	138.944·05	138.944·05	4·93
	7116·97	54.435·84	24.758·87	54.760·75	74.820·35	130.065·93	346.058·71	—	—

Aber in weit höherem Masse noch, als es sich in diesen summarischen Zahlen ausdrückt, war die Einwirkung des Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wohl versuchten zahlreiche Stadtverwaltungen (namentlich in den ersten Jahren) durch Massregelungen der Vertrauensleute der Organisation Schwierigkeiten zu bereiten und nicht immer ohne Erfolg! Nachdem aber der Verband durch seine frei gestellten Beamten ein stabiles und unerschrockenes Fundament geschaffen, verlor bald die Massregelungsära ihre Schrecken. Allmählich gewöhnten sich die Gemeindegewaltigen daran, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht mehr selbstherrlich zu bestimmen, zumal auch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter nach Kräften in gleicher Richtung wirkten.

Während die ersten Streikversuche durchwegs zugunsten der Arbeiter ausfielen, kam es nun häufiger vor, dass Stadtverwaltungen durch die drohende planmässig geführte Arbeitseinstellung nachgeben mussten. In Norddeutschland halten aller-

dings manche Städte, wie zum Beispiel Kiel, bis heute an ihrem Machthaberstandpunkt fest, was dann zu jenem bis jetzt grössten zehnwöchigen Kampf (548 Streikende) geführt hat, der sicher in der Geschichte der Stadtverwaltungen einst rühmend hervorgehoben wird. Immerhin sind die Arbeitseinstellungen in Gemeindebetrieben wesentlich seltener wie in der Privatindustrie. So betrug zum Beispiel die Zahl der vom Hauptvorstand genehmigten Streiks im Hochkonjunkturjahre 1907 nur zehn, wovon sich einige durch Entgegenkommen der Stadtverwaltungen in letzter Minute erübrigten. In jedem Falle beweisen zahlreiche Vorgänge besonders aus letzter Zeit, dass das Streikrecht eine unbedingte Notwendigkeit für die städtischen Arbeiter ist. Ein Missbrauch ist ausgeschlossen, da die Arbeiter öffentlicher Betriebe wohl niemals einen Streik beginnen können, der nicht auch gleichzeitig die Billigung der Mehrzahl der beteiligten Bevölkerung findet. So sind denn auch namhafte bürgerliche Kommunalpolitiker, wie Landgerichtsrat Kulmann und jüngst wieder in Wien im „Verein für Sozialpolitik“ Doktor Mombert und andere, für die Streikberechtigung eingetreten.

Will man die Tätigkeit des Deutschen Verbandes der Gemeindearbeiter ganz würdigen, so sind noch folgende Tatsachen besonders zu beachten. Wie bekannt, sind oftmals die „Emporgekommenen“, die Unterbeamten allerart, die ärgsten Peiniger und Schikanierer. Ihnen das Handwerk zu legen, war eine äusserst schwierige Sache, denn die oberen Instanzen gaben bei Beschwerden stets den Vorgesetzten recht im Interesse der „Aufrechterhaltung der Disziplin“. Auch heute noch sind derartige Fälle überaus zahlreich, wengleich die Willkürherrschaft der unteren Vorgesetzten bereits ganz gewaltig eingedämmt ist.

Ferner wurde die Organisation erschwert durch die tiefstehenden Anfangslöhne der städtischen Arbeiter, die oft unter den „ortsüblichen Tagelöhnen“ verblieben. Die Stadtverwaltungen spekulierten eben darauf, dass sich der einzelne „herandienen“ solle und nach 10 bis 20 Dienstjahren seinen Höchstlohn erreiche — wenn er inzwischen nicht die verlockenden Arbeitsgefilde wieder aufgegeben hat oder gestorben war. Die folgenden interessanten Vergleiche von Durchschnittslöhnen entnehmen wir einem Referat Dr. Momberts*. Sie beweisen, dass auch heute noch der durchschnittliche Taglohn in der Privatindustrie höher ist als bei den deutschen Gemeinden. Und das trotz der fortgesetzten Verbesserungen der Lohnverhältnisse, wie sie die Organisation an mehr denn 100 Orten errungen hat. Leider stehen gleich exakte Ziffern aus früherer Zeit nicht zur Verfügung. Sie würden unbestreitbar beweisen, wie rückständig die Stadtverwaltungen noch waren, bevor die Organisation ihnen das soziale Gewissen etwas schärfte.

Der durchschnittliche Taglohn in den Jahren 1902 und 1907 betrug also in Mark:

	1902	1907
1. Gelernte und ungelernte Arbeiter zusammen:		
Gemeindearbeiter**	3·28	3·76
Arbeiter in den Kruppschen Werken	4·52	5·35
2. Gelernte Arbeiter:		
Bautischler (Nürnberg)	3·64	3·87
Möbeltischler (Nürnberg)	3·78	3·87
Installateure	3·55	4·75
Maurer (Elberfeld)	4·60	5·41
Zimmerer	4·50	5·70
Zimmerer (Rostock)	4·50	5—
Installateure (Hamburg)	5·22	6·30
Handwerksmässig ausgebildete Werkstättenarbeiter der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft	2·95	3·63
3. Ungelernte Arbeiter:		
Bauhilfsarbeiter (Berlin)	4—	4·50
„ (Nürnberg)	2·80	3·80
„ (Elberfeld)	3·50	4·46
„ (Rostock)	2·90	3·60

* „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden.“ Referat von Dr. P. Mombert, Freiburg i. B.

** Unsere bestorganisierten Gruppen, wie Gasarbeiter, Maschinisten, Handwerker u. s. w., verzeichnen heute allerdings Tagelöhne von Mk. 3·75 bis 6 Mk.

	1902	1907
Hilfsarbeiter im Installationsgewerbe (Nürnberg)	2:50	3:61
„ „ „ (Berlin)	3:15	4:27
„ „ in Steinmetzbetrieben (Nürnberg)	3:—	3:87
Betriebsarbeiter der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft . .	2:68	3:15
Bahnunterhaltungsarbeiter d. preussisch-hessischen Eisenbahngemeinsch.	2:31	2:66
Werkstättenhandarbeiter „ „ „ „	2:71	3:17

Etwas deutlicher erkennt man die Einwirkung der Organisation bei der Verkürzung der Arbeitszeit. Heute arbeiten viele Kategorien 9 bis 10 Stunden, früher waren 12 Stunden und darüber durchaus nichts Seltenes. Im Jahre 1901 hatten erst 4 Städte die Achtstundenschicht für die Feuerhausarbeiter der Gaswerke, 1907 waren es bereits 47 Städte mit 65 Gaswerken. Auch die deutsche Metropole hat sich im Oktober 1906 dazu bequemen müssen, nachdem die Gasarbeiter durch Schaffung eines Kampffonds zum Aeussersten entschlossen waren.

Die „Genügsamkeit“ der Gemeindearbeiter in Deutschland bis zu ihrer Organisation wäre unverständlich, wenn nicht die Stadtverwaltungen frühzeitig die „sozialen Wohlfahrtseinrichtungen“ als Bindemittel geschaffen hätten. Vom „mitberatenden“ Arbeiterausschuss bis zur „Arbeiterbeamten“-Ernennung in grösster Mannigfaltigkeit ist bis in die neueste Zeit hinein versucht worden, den städtischen Arbeiter über seine Arbeits- und Lohnmisere hinwegzutäuschen. Alle „sozialen Fürsorgeeinrichtungen“ haben der Organisation keinen dauernden Damm entgegenstellen können. Wohl gibt es auch heute noch so manchen Kommunalproletarier, auf den das Wort Alfred Webers zutrifft: „Deutsch, treu und pensionsberechtigt“. Aber die unausgesetzte aufklärende Pionierarbeit des Gemeindearbeiterverbandes hat es im Laufe der Jahre doch dahin gebracht, die „staaterhaltende“ Wirkung dieser Institutionen zum mindesten zu paralysieren. Ja, die sozialpolitischen Einrichtungen sind durch unser Drängen mehr und mehr der Willkür der Vorgesetzten entzogen, in unserem Sinne ausgebaut und wirken auf diese Weise nunmehr oftmals so, dass manche Stadtverwaltung bereits zu klagen anfängt: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!“

Die rein zahlenmässige Entwicklung dieser sozialpolitischen Einrichtungen in deutschen Städten ergibt folgendes Resultat:

	1901	1907
Arbeiterstatuten	11	39
Arbeiterräte	13	57
Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung	33	98
Lohntafeln	7	40
Urlaub	?	126
Differenz zwischen Lohn und Krankengeld	13	59

Indessen wird das oben Gesagte dabei zu beachten sein: Aus Mitteln zur Ersparnis von Löhnen sind es heute willkommene Beigaben geworden.

Haben die deutschen Stadtverwaltungen jahrzehntelang darauf spekuliert, dass sich die Gemeindearbeiter infolge grösserer Stabilität im Arbeitsverhältnis sowie sozialer Einrichtungen von oft recht zweifelhafter Güte mit schlechten Löhnen, langer Arbeitszeit und menschenunwürdiger Behandlung abfinden würden, so hat die Organisation in jahrelanger systematischer Erziehungsarbeit einen Strich durch diese Rechnung gemacht. Daran beginnen sich nun allmählich auch die unteren und oberen Verwaltungsorgane zu gewöhnen. Der deutsche Gemeindearbeiterverband kann mit einem gewissen Stolz darauf verweisen, wie die Aufrechterhaltung der Persönlichkeit des Arbeiters, die Bekämpfung des Ueberbureaukratismus u. s. w. nicht nur den beteiligten Arbeitern zugute kommt, sondern der gesamten Kommunalpolitik. Ja, hier wird schlechweg Kulturarbeit geleistet. Wenn zum Beispiel in Mannheim und einigen anderen Städten bei den Arbeiterräteberatungen der Gauleiter des Verbandes laut Ausschussreglement hinzugezogen werden muss, so sind hier Ansätze zu einem konstitutionellen Verfahren, das der Arbeiterschaft einen tatsächlichen Einfluss auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewährleistet.

Deutschland galt bis zum Kieler Werftprozess als Musterland einer „unbestechlichen“ Bureaucratie, und Professor Adolf Wagner fand noch jüngst in Wien ein besonderes Lob dafür. Die Gemeindearbeiter, die sozusagen an der Quelle sitzen, haben

längst gewusst, dass „der Schein trügt“. Wie oft ist von uns diese oder jene Kommunalkorruption aufgedeckt, Materialienverschwendung nachgewiesen, Vetternbegünstigung bekämpft worden! Und ist es nicht bezeichnend, dass während mehrerer Jahre ein einziger Pressprozess anhängig gemacht worden ist, der obendrein, als der Wahrheitsbeweis drohte, von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen wurde. Dabei findet das Verbandsorgan „Die Gewerkschaft“ in den Kreisen der Stadtverwaltungen und Betriebsdirektionen nachweislich grosse Beachtung. Von zirka 37.000 Auflage per Woche gehen gegen 1000 Exemplare an Gemeindevertreter und Stadtverwaltungen. So manche Unzuverlässigkeit in Heil- und Krankenanstalten hat auch die 14tägige Beilage „Die Sanitätswarte“ zur Sprache gebracht. Oft genug ist bereits durch diese öffentliche Brandmarkung Abhilfe erzielt worden.

Die Gemeindevertreter und insbesondere natürlich unsere Genossen haben eine viel leichtere Arbeit, nachdem eine einheitlich geschlossene Gewerkschaftsorganisation der Gemeindearbeiter vorhanden ist. Es wird zum Beispiel nicht leicht möglich sein, die zahlreichen und vielgestaltigen Wünsche der städtischen Arbeiter zu befürworten, wenn keine solche vorbereitende und sichtende Instanz vorhanden ist. Wie leicht werden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter desavouiert durch die beteiligten Arbeiter — was früher in Deutschland häufig geschah — weil die Arbeiterkategorien selbst nicht einig in ihren Forderungen und Wünschen sind. Mitunter erscheint auch ein Vorschlag der Stadtverwaltung arbeiterfreundlich, wirkt aber in der Praxis entgegengesetzt. Da wird die Organisation viel leichter das Richtige treffen als der minder eingeweihte Gemeindevertreter.

* * *

Die Lage der Gemeindearbeiter in Oesterreich ist noch überaus traurig. Zwar existieren noch wenig oder gar keine zusammenfassenden Statistiken über ihre Löhne; die Löhne verschiedener Kategorien in Wien, Prag, Graz und Innsbruck, die uns zum Teil zugänglich waren, sind fast durchweg weit unter dem Niveau der österreichischen Privatindustrie, was gewiss viel sagen will. Andererseits wirkt dieser Tiefstand der Löhne zweifelsohne ungünstig auf die Arbeiter der Privatindustrie ein und die österreichischen Genossen haben deshalb nach meiner vielleicht unmassgeblichen Meinung alles Interesse daran, die Gemeindearbeiter der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen.

Eine ganz besondere Bedeutung gewinnt diese Angelegenheit auch vom politischen Gesichtspunkt. Heute findet ein unerhörter Missbrauch mit den Stimmen zahlreicher städtischer Angestellten und Arbeiter besonders in Wien statt. Mit Emphase hat der Bürgermeister von Wien den deutschen Professoren von seiner Intoleranz erzählt und die politische Gesinnungslosigkeit zum Prinzip erhoben. Hiergegen moralisch zu eifern, ist gewiss löblich und schön, es wird aber nicht entfernt die Wirkungen auslösen, als wenn die Opposition und Gehorsamverweigerung bei Wahlen von den Angestellten und Arbeitern selber in die Praxis umgesetzt werden kann. Es gibt heute trotz Lueger ganz sicher manchen verkappten Sozialdemokraten in den Wiener Gemeindebetrieben. Sind sie alle in einer Organisation zusammengeschlossen, so werden die Massregelungsgelüste der Stadtverwaltung bald ihre Grenzen finden.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Oesterreichs haben gewiss ein unmittelbares Interesse an der Schaffung eines Gemeindearbeiterverbandes. Sie gewinnen damit in vielen Fällen erst die rechte Resonanz, sie können dann viel leichter für mustergültige Einrichtungen in der Gemeinde eintreten.

Die Vorbedingungen zur Schaffung eines österreichischen Gemeindearbeiterverbandes sind gewiss nicht ungünstiger wie vor etwa zehn Jahren in Deutschland. Vor allem dürfte mit inneren Widerständen und Kämpfen (Grenzstreitigkeiten) viel weniger zu rechnen sein. Die lichtvollen und tiefgründigen Ausführungen des Genossen Hueber auf dem 5. österreichischen Gewerkschaftskongress zu Wien über das Wesen und die Vorteile der Betriebsorganisation (Seite 157 und folgende des Protokolls) haben den Boden geebnet, es wäre nur zu wünschen, dass aus Anlass der sich allzu langsam bei uns vollziehenden Konzentrationsbestrebungen etwas mehr davon in der deutschen Gewerkschaftswelt bekannt würde. Jedenfalls sind die deutschen Gemeindearbeiter zeitweilig durch den Bruderkampf in wenig erquickliche Situationen gekommen,

wenn auch ihr Aufstieg dadurch nur unwesentlich gehemmt werden konnte. Heute sind mit den in Betracht kommenden Verbänden Kartellverträge abgeschlossen, es kommt äusserst selten zu Grenzkonflikten, trotz der Hamburger Grenzstreitigkeitsresolution, die einen Ausnahmepassus gegen die Gemeindearbeiter enthält. Wenn man freilich die geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen in Deutschland in Betracht zieht, so bleibt manches verständlich, was sonst unbegreiflich erscheinen müsste. Nun sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bekanntlich stärker als Traditionen und überkommene Einrichtungen. Wer die ungeheuren wirtschaftlichen Kräfte einer Kommune am Werke sieht, wird unwillkürlich dazu gedrängt, dieser als annäherndes Gegengewicht eine einheitlich geschlossene Organisation entgegenzustellen. So sind unsere Gemeindevertreter in Deutschland durchweg zu der Ueberzeugung gekommen, dass der Gemeindearbeiterverband als einzige ernsthafte Interessenvertretung der städtischen Arbeiter in Frage kommt. Die Gemeinden beschäftigen nahezu alle Berufskategorien, doch sind die verschiedenen Handwerker so vereinzelt gegenüber der Gesamtzahl, dass es den Berufsorganisationen beim besten Willen nicht möglich sein konnte, den ganz verschieden gearteten Interessen Rechnung zu tragen. Aehnlich verhält es sich in allen Ländern mit stark entwickelten Gemeindebetrieben. Die glänzende Entwicklung, die unsere schweizerische Bruderorganisation unter Führung des Präsidenten Hermann Greulich in wenig Jahren genommen hat, bietet ein weiteres Beispiel dafür, dass die scheinbar unorganisierbaren, „pensionsüchtigen“ und zuweilen recht patriotischen Gemeindearbeiter für die moderne Arbeiterbewegung gewonnen werden können. Es gilt die Linie des geringsten Widerstandes zu finden, die findet sich in dem Hinweis auf die gemeinsamen Interessen gegenüber der Stadtverwaltung und den Vorgesetzten.

Der deutsche Gemeindearbeiterverband hat seinen glänzenden Aufstieg auch in den letzten Jahren fortgesetzt und im Krisenjahre 1908 über 3000 Mitglieder gewonnen, womit er an die Spitze der Zunahmeorganisationen rückte. Das ist freilich nicht zuletzt aus dem Grunde erklärlich, weil die Gemeinden in Zeiten der Arbeitslosigkeit bestrebt sein müssen, grössere Entlassungen zu vermeiden und daher vielfach Notstandsarbeiten u. s. w. einführen. Hingegen haben sich nachweislich die Städte den Druck auf dem Arbeitsmarkt zunutze gemacht, indem sie mit Bewilligungen erhöhter Löhne sehr zurückhielten. Dennoch wird es der Organisation (die heute an zirka 130 Orten über 32.000 Mitglieder zählt) gelingen, auch allmählich ihrer Programmforderung des auskömmlichen Lohnes näher zu kommen. Indirekt wird durch Teuerungs- und Familienzulagen bereits in vielen Städten der Bedarfslohn (living wage) anerkannt. Es einmal dahin zu bringen, dass die Lohnverhältnisse der Gemeindearbeiter mustergültige werden, erscheint durchaus kein utopisches Begehren. Die gemeinschaftliche Arbeit der Organisation (von innen) und der sozialdemokratischen Gemeindevertreter (durch öffentliche Kritik u. s. w.) vermag die rückständigen Stadtverwaltungen wider Willen vorwärts zu treiben. Darum muss in dem Lande, wo die Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft eine ganz besonders innige genannt werden darf — in Oesterreich — die gewiss nicht leichte, aber auch verlockende und fruchtbringende Organisationsarbeit geleistet werden, vor allem, weil hier die Gefahr besteht, dass eine grosse Arbeiterschicht sich durch das Linsengericht der „sozialen Fürsorgeeinrichtungen“, durch Uniform u. s. w. betören lässt und abseits von der modernen Arbeiterbewegung gerät.

Nun hat sich in jüngster Zeit* die Gewerkschaftskommission Oesterreichs bereits mit einer Zuschrift der Landesgewerkschaftskommission Steiermarks beschäftigt, in der die Gründung einer Reichsorganisation der in kommunalen Betrieben beschäftigten Arbeiter angeregt wird. Die Kommission hat die Gründung gegenwärtig noch nicht für zweckdienlich erachtet. Insbesondere dürften dabei die angegebenen Gründe des Genossen Forstner vom Handels- und Transportarbeiterverband mitgewirkt haben, „dass dieser Verband dabei ziemlich viel Mitglieder in städtischen Betrieben zähle, die er dann abgeben müsse, andererseits hätten die Arbeiter hiervon keinen nennenswerten Erfolg“.

* Protokoll der Gewerkschaftskommission vom 7. Oktober 1909, abgedruckt in Nummer 20 des Organs der österreichischen Gewerkschaftskommission „Die Gewerkschaft“.

So fern es nun dem Verfasser liegt, irgendwie in die Beschlussfassungen der ausländischen Gewerkschaftsgenossen dreinzureden, darf doch darauf hingewiesen werden, dass die gleiche Argumentation bei der Gründung des deutschen Verbandes von verschiedenen Seiten erfolgte. Fest steht aber, dass die Berufsorganisationen bis auf den heutigen Tag die Organisierung der Gemeindearbeiter weder in Wien noch in anderen Gemeinden Oesterreichs in „nennenswerter“ Weise vollbracht haben. Und die Erfahrungen Deutschlands — die durchaus nicht schematisch übertragen werden sollen — beweisen zum mindesten: In dem Augenblick, wo die Gemeindearbeiter ihre eigene Organisation erhielten, ging es vorwärts, unaufhaltsam und stetig.

Eines wird freilich zu beachten sein: Es bedarf für den Anfang einer oder mehrerer Personen in jedem grösseren Ort, die sich mit Eifer der neuen Organisation annehmen. Dazu dürfte ganz besonders ein sozialdemokratischer Gemeindevertreter berufen sein. Aus den eigenen Reihen hat auch der deutsche Verband in der ersten Zeit seine Agitations- und Organisationskräfte nicht decken können, weil Massregelungen oder auch die Furcht vor ihr solche Kräfte nicht recht aufkommen liessen. Heute ist auch das überwunden und die meisten Stadtverwaltungen bequemen sich zur direkten oder indirekten Anerkennung unserer Organisation. Allerdings sind auch noch aus der letzten Zeit Beispiele anzuführen, wo Betriebsverwaltungen feierlich erklärten, gegen die Organisation in einem Berufsverband sei nicht viel einzuwenden, aber der Gemeindearbeiterverband dürfe nicht geduldet werden. Ueberflüssig zu sagen, weswegen man uns „höher“ einschätzt.

Die Gewerkschaften Oesterreichs haben in Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei schier unmöglich Scheinendes geleistet.

Die Organisierung der Gemeindearbeiter Oesterreichs ist gewiss keine leichte Aufgabe unter den obwaltenden Verhältnissen. Aber sie muss einmal gelöst werden, und je eher die beteiligten Instanzen an die Arbeit gehen, um so leichter können die Widerstände überwunden werden.

Wilhelm Hausenstein (Paris): Das Volk in der niederländischen Bildkunst

Die Niederländer waren immer Menschen mit massiven realistischen und demokratischen Instinkten. Rasseninstinkte sind jedoch nicht etwas einfach Gegebenes, sondern sie sind geschichtlich entwickelt. Redet man von einer Volksseele, so meint man etwas Besonderes, zu dem sich das abstrakte seelische Sein des Menschen unter bestimmten Verhältnissen und am bestimmten Ort differenziert hat.

Derartige Einflüsse aus der Lebenszone sind teils nachweisbar, teils sind sie irrational und dann eher zu erfühlen als zu definieren. Die Wirtschaftsgeographie hätte die Aufgabe, zu zeigen, wie es denn kam, dass sich die Niederlande schon im frühen Mittelalter zu einem Gebiet freier bürgerlicher Arbeit in Gewerbe und Handel entwickelten. Hier genügt die Tatsache mit ihren Konsequenzen. Bereits im 12. Jahrhundert war Flandern mit der Lombardei das lebendigste Wirtschaftsfeld Europas. Die bürgerlich-geldwirtschaftliche Arbeitskultur wirkte auf den Feudalismus und seine Unterlagen (bäuerliche Besitzunfreiheit und Leibeigenschaft) auflösend zurück. Kleinbäuerliche Besitzfreiheit und kleinbäuerliche Pacht mit teilweise naturalwirtschaftlichen, teilweise geldwirtschaftlichen Vertragsbedingungen waren schon im Mittelalter in zahlreichen Distrikten der Niederlande die Grundformen der ländlichen Wirtschaft.

Hier ist eine Voraussetzung der realistischen und demokratischen Geistesrichtung der Niederländer freigelegt: breiter bürgerlicher Reichtum, relatives Wohlbefinden des Bauern erzeugten Freude an den Dingen des Daseins, einen antimetaphysischen Lebenston, erzeugten Lust zu einer künstlerischen Bewältigung dieser festen Erde. Zunächst erwachte der bürger-

liche Mensch zum Interesse an sich selber; und es liess ihn, da er froh auf der Höhe einer stilvollen Gesamtkultur stand, auch lieber nach unten als in die Region des Höfischen blicken. Dann aber geschah das Erstaunlichere: ein Bauer sah die eigene Welt mit künstlerischen Augen an — Peter Brueghel der Alte, ein Sohn des 16. Jahrhunderts, der grösste Volkskünstler, den die nachchristliche Kunst erlebte.

Im Vollgefühl seiner wirtschaftlichen und ästhetischen Sättigung gab der Niederländer seinem Selbstbewusstsein die politische Form der bürgerlichen Demokratie. Den glänzenden burgundischen Herzogen, die ihre üppigen Liebeshöfe mit dem Geld vlämischer Bürger zu speisen verstanden, ja schon den flandrischen Grafen begegnete blutiger Widerstand. Nicht minder dem unvorsichtigen, im Herzen erzfeudalen, sehr zu Unrecht auf den gekrönten Volksmann stilisierten Habsburger Maximilian. Das Ergebnis langen Ringens war eine nahezu republikanische Verfassung des niederländischen Bürgertums.

Lange entsprach der römische Katholizismus den geistigen Bedürfnissen dieses Volkes. Als sich der Katholizismus im Anstieg der Renaissance aber unzweideutig zum Werkzeug eines papalen Absolutismus entwickelte, da protestierten die demokratischen Ueberlieferungen des Niederländers wider den Katholizismus selber. Der Protestantismus flutete in die reichen Provinzen. Die Wucht neuer Religionen liegt immer in den demokratischen Tendenzen. Der junge Protestantismus war stark demokratisch und wo er es nach dem Begriff nicht war, da wurde er es durch das soziale Schicksal und Temperament seiner resolutesten Rekruten, die zumal aus den unteren Klassen kamen und in den Protestantismus mit ihrem Verlangen nach geistiger Mündigung alle Gewalt ihres sozialen Protestes zugleich hineintrugen. Die behäbige Bourgeoisie folgte dem Bauer, dem Handwerker hier sehr leicht; die Inbrunst des bürgerlichen Erwerbstriebes und das Bedürfnis des Bürgers nach politischer Selbstbestimmung konnten unter den Auspizien des aus Devotion, Stumpsinn, Sadismus und machiavellistischen Gouvernementalsophismen gemischten katholischen Absolutismus eines Philipp und seiner Helfer Granvella, Alba, Farnese unmöglich befriedigt werden. Aber die südlichen — belgischen — Niederlande erlagen der „sehr katholischen“ Majestät und jener Inquisition, vor der sie selber zitterte. Wirtschaft, Bürgerfreiheit, Protestantismus und — Kunst gingen in die holländischen Generalstaaten.

Gleichwohl erlosch der demokratische Geist auch in den Südprovinzen nicht. Mächtig wehte der Sturmwind der französischen Revolution über Belgien hin. Und das 19. Jahrhundert machte Belgien zu einer Vorzugssphäre des kapitalistischen Industrialismus. Er weckte dort — wie er überall muss — demokratische Gegenenergien. Nun erschien vor den Augen des Niederländers das Problem der Demokratie in der denkbar reinsten, in seiner endgültigen Gestalt: in der Gestalt der Arbeiterfrage. Die Arbeiterfrage aber fand in Belgien bislang ihren gewaltigsten künstlerischen Ausdruck: im Werk Constantin Meuniers.

Die Phasen der soziokulturellen Entwicklung der Niederlande spiegeln sich reinlich in der Geschichte der niederländischen Kunst. Der Gang der kunstgeschichtlichen Entwicklung lässt sich roh folgendermassen formulieren: sie ist der Weg von einer bürgerlichen zu einer bäuerlichen und industrieproletarischen, von einer katholischen zu einer protestantischen und von ihr zu einer weltlichen Kunst. Sozialisierung und Laisierung — das ist das doppelte Ergebnis eines nach Jahrhunderten gemessenen kunstentwicklungsgeschichtlichen Ablaufs.

Zu Beginn ihrer Hochblüte zeigte die altniederländische Malerei sofort demokratische Neigungen. Das unvollendete Bildnis der heiligen Barbara im Antwerper Museum, ein Werk des Brügger Malers Jan van Eyck (gestorben 1441), zeigt im Hintergrund einen unvollendeten gotischen Kirchturm, an dem zahlreiche kleine Arbeiterfiguren herumschwirren, wie die Bienen am Korb: Maurer oben auf dem Gerüst, Steinmetzen, die in der Bauhütte meisseln, Bauhilfsarbeiter, die Material heranzuführen. Hervorragend ungewöhnlich in der Gotik ist die Art, das Volk als arbeitendes Volk einzuführen. Selbst Brueghel kannte fast nur das Volk, das feiert.

Die Schule der Brüder Eyck hat sich, so scheint es, schon mit der Pflege individueller Erscheinungen aus dem Volk befasst. Das Bildnis eines alten Hirten im

kunsthistorischen Hofmuseum zu Wien wurde irrig dem alten Brueghel zugewiesen; es stammt nach aller Wahrscheinlichkeit aus dem Eyckschen Kreis.

Aber das Porträt eines Mannes aus dem niederen Volk war sicher Ausnahme. Das Heiligenbild war zunächst Hauptsache — allenfalls erschien es mit volkstümlichen Infiltrationen. Volkstümliche Motive im Andachtsbild erfüllten ja den frommen Zweck vorzüglich, dem Menschen Heiliges zu vermitteln.

So malte der Brügger Meister Hans Memling (gestorben 1494) die Madonna mit dem Apfel in eine altniederländische Stube hinein — aus jenem tiefen, ganz unbewussten Instinkt für das Volkstümliche, den alle alten Meister besessen haben; und durch ein offenes Fenster lässt uns der Künstler in eine entzückende Landschaft blicken, in der eine winzige Bäuerin in rotem Rock einen Korb auf dem Kopf trägt. (Brügge, Johannesspital.) Hugo van der Goes, ein Genter Meister (gestorben 1482), malte auf einer Geburt Christi drei Hirten, die zum Ereignis als Mithandelnde in unmittelbarer Beziehung stehen. Diese Leute sind nach Gesichtsbildung und Ausdruck Leute aus dem Volke, nach ihren Werkzeugen Feldarbeiter — nach ihrer ganzen Art treu gesehene Figuren aus der niederländischen Wirklichkeit des Mittelalters. (Florenz, Uffizien.)

Der Brügger Maler Gerard David (gestorben 1523) zeigte in einem des Religiösen baren Bild, das heute dem Brügger Museum gehört, den beliebten Henker als Vertreter des niederen Volkes. Drei Henker sind damit befasst, einem auf die Bank gespannten Verurteilten die Haut aufzutrennen; ein vierter streift dem Unglücklichen die Haut wie einen Strumpf vom Bein und hält — daran erkenne man den rohen Sohn der unteren Stände — das Messer zwischen den Zähnen fest. Indes — auch die Henkermalerei war dazumal zumeist religiös motiviert. Gerard van Meire zeigte auf einer Kreuzschleppung, die im Antwerpener Museum bewahrt wird, einen Henker, der einen Prügel schwingt und sowohl durch seinen sehr gemeinen Gesichtsausdruck als durch das Loch in seinem linken Hosenbein seine geringe Herkunft verrät. Der Antwerpener Maler Quinten Massys (gestorben 1530) stellte auf einem Martyrium des Evangelisten Johannes, der in einem Kessel gesotten wird, äusserst rohe Henker dar: sie gabeln mit Gier das Reisig für den Brand und einer reckt in wollüstigem Eifer die Zunge. (Antwerpen, Museum.)

Besonders beliebt war die Manier, die Henker von hinten zu zeigen. Man malte die Hinterbacken der Schergen mit einer Pietät, die uns glauben machen soll, dass dies Organ an diesen gemütlosen Proleten das Wesentlichste sei — man entzieht dem Vertreter eines unehrlichen Gewerbes sozusagen die Ehre, ein Gesicht zu haben. Jedoch nicht immer. In der Ausbildung der Henkerphysiognomik hat Hieronymus Bosch (von 1460 bis 1516), ein Meister zu Herzogenbusch, ganz Unwahrscheinliches geleistet. Eine Tafel des Genter Museums, die eine Kreuzschleppung darstellt, vereinigt etwa ein Dutzend der entsetzlichsten Henkermasken um Christus und die beiden Schächer, von denen übrigens der eine selber dem offenbarsten Galgenproletariat angehört. Bosch gab da bloss Köpfe. Der schlimme Schächer präsentiert sein groteskes Profil; die Stirn beult sich heraus, die Nase gleicht einer Kartoffel, das breite Maul ist nur des Saufens, des Fluchens, der Zote und des Spuckens gewöhnt; das Kinn ist eine wüste Ausladung und auf der Höhe des struppigen Eierkopfs sitzt ein dickes, grosses Pflaster. Die Henker, der Richter, der Dominikaner — hier kündigt sich die Reformation an — sind ausnahmslos in ähnlicher karikaturistischer Verzerrung gegeben. Herausquellende Augen, gebleckte Zähne, kropfige Hälse, borstige Bärte, fliehende und Bocksstirnen, Hängelippen, Rabennasen — alle Requisiten menschlicher Hässlichkeit sind hier zusammengekommen. Aber auch über seinen speziellen Inhalt hinaus bedeutet dies Bild eine Epoche. Boschs Kreuzschleppung ist kein Andachtsbild mehr. Das, was man hieratisch nennt, das Fromme, Erbauliche, ist — so rührend der Kopf des sanften Christus sein mag — so gut wie verschwunden; dafür ist das volkstümlich-sittengeschichtliche Motiv — wie im klug inszenierten geistlichen Theater der Zeit, das halb aus andächtigen Szenen, halb aus Clownspässen hergerichteter Galgendiener bestand — zur Hauptsache gemacht.

Veronese wurde einmal vor ein venetianisches Ketzergericht zitiert, weil er einem religiösen Gemälde in zahmer Art einige volkstümlich-naturalistische Sittendetails

gegeben hatte. Das bezeichnete die Richtung der italienischen Kunst aufs Abstrakte, Erhabene, Aristokratische. Aber selbst jener belgische Meister, der den Unterricht Rafaels genossen hatte und seine Bilder darum gerne in eine Wolke unwirklicher Schönheit tauchte: selbst Barend van Orley, ein Brüsseler Meister (gestorben 1542), besass noch etwas von dem demokratisch-realistischen Temperament seiner Rasse. Dem Mittelalter war die Armut der Armen unentbehrlicher Bestandteil nicht bloss seiner sozial-ökonomischen, sondern auch seiner sittlichen Verfassung. Armut der Armen musste sein — wie konnte sonst der Reichtum der Reichen den Weg zur Armut der Armen finden? Und das war natürlich der Zweck der Gesellschaft — ihm gedient zu haben, obendrein ein Verdienst, das im himmlischen Kontobuch notiert wurde. Die Malerei entsprach nur den Tatsachen — die Volksdarstellung wurde Krüppeldarstellung. Auf dem einen Flügel eines jüngsten Gerichtes, das dem Antwerpener Museum gehört, gab Orley, einer mächtigen Tradition der niederländischen Kunst gehorsam, eine Fülle von Krüppeln, an denen gutsituierte Bürger Sonntags Werke des „Gerechten“ tun. Die Bettler der italienischen Meister sind immer in Arkadien geboren und können morgen einen Fürstenhut tragen. Aber selbst Orleys Bettler, die Bettler des „italianisant“, sind niederländisches Krüppelvolk. Der eine hat Pflöcke an seine Stummelfüsse und Handbrettchen an seine Hände geschnallt. Ein Bettler besitzt ein nach der verkehrten Richtung funktionierendes Kniescharnier: er klappt den Stummel des Unterschenkels nach vorn und oben — statt nach rückwärts und unten. Den höchsten Realismus in der Krüppeldarstellung erreichte Bosch mit jener Bleistiftzeichnung, die sich die Wiener Arbeiter in der Albertina zeigen lassen sollen.

Neben dem Henker, neben dem Krüppel, neben dem Bettler fand sich mit fortschreitender Entwicklung — um die Wende des 15. Jahrhunderts — ein neuer Typus aus dem Volk ein: die Hure. Natürlich musste das Motiv erst umständlich aus den biblischen Beziehungen geholt werden. Bosch malte in einem „verlorenen Sohn“, der in der Sammlung des Herrn Albert Figdor in Wien zu finden ist, eine Art von ländlicher Weiberkneipe, an deren Eingang ein Soldat eine Dirne betastet. Der sogenannte Braunschweiger Monogrammist aber malte um die Wende des Jahrhunderts schon eine reine Bordellszene, die mit der biblischen Geschichte nichts mehr zu tun hat. (Antwerpen, Museum.) Im Anfang des 16. Jahrhunderts waren die Dirnenszenen Schulgut des Kreises um Quinten Massys, der sich übrigens — natürlich von biblischen Reminiszenzen ausgehend — auch der Zöllner und Steuerkommissäre annahm. Das Antwerpener Museum besitzt ein Bild aus der Massysschule, auf dem ein niedliches Mädchen einem lüsternen Alten mit zuckersüßem Gesicht die Börse zu entwenden sucht, während der Zuhälter an der Türe lauert. Steuereinnehmer — einen Typus, mit dem das Volk damals so oft und ungerne zusammenkam als heute — hat namentlich der Massysschüler Marin van Roymerswale (tätig von 1521 bis 1558) dargestellt. (München, alte Pinakothek.)

Sollte die Kunst einen würdigeren Begriff vom Volke haben, so gab es fast bloss den einen Weg: sie musste aufs Land hinaus. Und mehr. Der Bauer durfte nicht mit den Augen des Städters gesehen werden: der Bauer musste sich selber in die Kunst hineinemanzipieren — musste sich durch einen Akt künstlerischer Selbsthilfe zu einem Gegenstand der Kunst erheben. Der Mann, der dieser Entwicklung Gestalt gab, war Peter Brueghel (von 1525 bis 1569), der in Antwerpen und Brüssel schuf, der Sohn eines brabantischen Bauern.

Es gab auch vor Brueghel Bauerndarsteller. In Deutschland schufen vor ihm Sebald Beham und Albrecht Dürer ihre vortrefflichen Bauernkupferstiche. In den Niederlanden hatten Bosch und Lukas van Leyden Bauern dargestellt. Der Holländer Pieter Aertsen (von 1508 bis 1575), der auch im Wiener Hofmuseum mit einigen Stücken vertreten ist, malte Marktbauern und Küchenszenen, die zumeist stark überschätzt werden. Demokratisch echter ist jener niederländische Illustrator des *Breviarium Grimani*, einer Handschrift der Markusbibliothek zu Venedig, der um die Wende des 15. Jahrhunderts in Miniaturenform die bäuerliche Ernte, den hütenden Hirten, die Schafschur — ohne religiösen Vorwand, rein sittengeschichtlich — dargestellt hat.

Aus der Heimlichkeit des Buches und des Skizzenblattes, aus der Sphäre des kurzlebigen Kupferstiches hat eigentlich erst das Bauernbewusstsein Brueghels den Landmann in die feste, offene Bildtafel hinaufgehoben. Die Wiener Arbeiter haben einen Vorzug, den sie gar nicht genug nützen können — wenn anders sie wahre Volkskunst sehen wollen: den Vorzug, im kunsthistorischen Hofmuseum die schönsten Bruegel-originales sehen zu können, die die Welt besitzt. Nicht in bescheidener Kleinheit, nein, gross, wie vordem nur Heilige in Bildern erschienen waren, stehen Brueghels Bauern in der Welt. Sie halten ihre Kirmesstänze, ihre Hochzeitsschmäuse trotz einem Fegefeuer und haben ihre fleischlichen Begierden trotz einem heiligen Aloisius. Diese Kunst hat eine wunderbare Sachlichkeit. Da ist nicht die Spur von Defreggerscher Schönfärberei. Brueghel behauptet mit einer fast phlegmatischen Seelenruhe, dass es Bauern gibt und dass sie so aussehen. Dass sie fressen und saufen — und noch etwas. Diese Kunst ist ganz Erde, ganz Wirklichkeit, ganz fest, ganz massiv, massiv bis zur äussersten Grobheit. Bloss das ist sie nie: Ironie oder Trauer oder Missbilligung. Brueghel lobt nicht und tadelt nicht, er konstatiert den Bauern — die tierische Geradheit seiner Instinkte, den strotzenden Animalismus des Landmenschen. Aber Konstatierungen sind immer sinnvoll. Was bedeuten sie hier? Zwar nicht eine Verteidigung des Fressens und Saufens, wohl aber ein Bekenntnis zur Erde, zu aller ihrer Schwere, zu aller ihrer Sinnlichkeit, zu aller ihrer — Diesseitigkeit. Ein Bekenntnis zum Volk der Erde. Ein Bekenntnis zur Demokratie und auch zu ihren höchsten Möglichkeiten — nicht nur zu ihren primitivsten Formen. Niemand dümmer als der „gebildete“ Grosstädter, der vor Brueghels Bauern lacht. Nur der Ernste, besser: nur der Sachliche, man kann auch sagen: nur der Demokrat kann ihren tiefen Gehalt ermessen.

Brueghels Kunst war aber auf jeder Linie demokratisch-weltlich. Man sehe den Weg nach Golgatha (Wien, Hofmuseum) — der übrigens an einer Kreuzschleppung des Hendrik met de Bles (Wien, Akademie) ein Vorbild besass. Diese Kreuzschleppungen sind nicht mehr katholische, auch nicht einmal protestantische Andachtsbilder; sie repräsentieren ganz einfach einen beliebigen niederländischen Strafvollzug aus den Zeiten Karls V. und Philipps II., jene Ereignisse, bei denen es ohne dicht wimmelndes Volk nicht abging. Man sehe auch, dass Brueghel der Erste war, der die Strasse um ihrer selbst willen gab: er malte den „Fasching“ und die „Spiele der Kinder“ — alles treu gesehene plebejische Derbheiten. (Alle drei Gemälde Wien, Hofmuseum.) Brueghel malte auch Volkssprichwörter. Belgien ist das Land des Manekenis. Schon Brueghel liebte das Motiv und malte den Mann, der „gegen den Mond pisst“ und damit die Lächerlichkeit unmöglicher Angriffe symbolisieren muss. (Antwerpen, Kollektion Mayer van den Berghe.)

Die Kunst Brueghels des Alten fand zahlreiche, doch immer unebenbürtige Nachahmer, die da meinten, Brueghel habe es auf ein belustigtes Grinsen anmassender Stadtmenschen abgesehen gehabt. Diese Linie, die in den Bauernbildern des 17. Jahrhunderts dennoch eine sehr beträchtliche künstlerische Höhe erreichen sollte, begann schon mit Brueghels erstem Sohn, dem Antwerper Maler Peter Brueghel (von 1564 bis 1637), den man um etlicher unwesentlicher Höllenszenen willen uneben genug den „Höllnbrueghel“ genannt hat. Die Sachlichkeit, mit der der Alte die bäuerlichen Derbheiten gemalt hatte, wurde beim Sohn zum Witz, zur ironischen Anspielung, zum Ulk. Peter der Zweite fügte zum Reichtum des Vaters gelegentlich wohl auch ein neues Thema. So malte er — fraglich übrigens, ob es sich da wirklich um seine eigenen Einfälle handelte — Bauern, die in einer Prozession krummbuckelig Heiligenstatuen tragen, andere, die mit Hühnern, Eiern, Obst und leeren Taschen vor dem Rentamtmanne erscheinen, der den Zins oder den Zehnten kassiert. (Beide Bilder Antwerpen, Museum.) Am liebsten gedenken wir des Sohnes vielleicht deshalb, weil er — wiewohl mit bescheidenerem Können — etliche Werke des Vaters kopierte, die wir nur aus diesen Kopien kennen. Hierher gehört zum Beispiel die Predigt des Täufers in der Wüste — die vielmehr die calvinistische Agitationspredigt eines niederländischen Waldgüesens genannt werden müsste. (Wien, Fürstlich Liechtensteinsche Galerie.) Hierher gehört wohl auch das Bild mit den sieben Werken der Barmherzigkeit. (Wien, Gräflisch Harrachsche Galerie.) Auch das Blindenbild der Liechtensteinschen Sammlung — das im Original

im Nationalmuseum zu Neapel zu sehen ist — scheint eine Kopie von der Hand des Sohnes zu sein.

Muss man in diesem Zusammenhang von Peter Paul Rubens (von 1577 bis 1640), dem Diplomaten, dem kosmopolitischen Künstler der europäischen Höfe, reden, der in Antwerpen das Leben eines genialen Grandseigneurs geführt hat? Kaum. Des Rubens' Kunst hat mit dem Volk, mit der Demokratie nichts gemein. Rubens malte wohl plebejische Muskulaturen, wenn er die halbnackten Männer zeigte, die das Kreuz aufrichten oder den toten Christus abnehmen. (Antwerpen, Kathedrale und Museum.) Aber er malte diese Muskulaturen als Aesthetiker, der sie dekorativ arrangiert. Sein souveräner Pinsel malte auch einen Stall mit Kühen, Schweinen und einem heimkehrenden verlorenen Sohn. (Antwerpen, Museum.) Er malte, wie er den alten Brueghel verehrte, auch eine ländliche Kirmess (Paris, Louvre) und kopierte sogar den berühmten Bauernstreit des Altmeisters der Bauernmalerei. (Die Kopie des Rubens ist in der Dresdener Galerie; die Kopie des anderen Sohnes Brueghels, des Jan Brueghel, befindet sich im Wiener Hofmuseum. Das Original ist verloren.) Indes: Rubens stand als Mann der absolutistischen Aera, als hochkultivierter Herr der Spätrenaissance zum Bauernvolk nicht etwa in einem sympathisch-demokratischen, sondern in einem gouvernementalen Verhältnis. Seine Kunst ist Colbertismus — übertragen auf die Bauernmalerei. Dem Genie des Meisters ist damit nichts nachgesagt. Aber seine Stellung sollte fixiert werden.

Anders lagen die Dinge bei Franz Hals (von 1580 bis 1666), der, wiewohl gebürtiger Antwerpener, sein Leben im holländischen Haarlem beschloss — in einer Stadt Hollands also, das ja seit dem Ruin Antwerpens in Wirtschaft, Politik und Kunst den belgischen Nachbar überflügelte. Hals war vor allen Dingen Bildnismaler. Und nicht nur in seinen Volksszenen, nein, auch in seinen Porträts flammt das Genie der Demokratie. Einige Beispiele. Ich nenne die Hille Bobbe der Berliner Nationalgalerie, jenen famosen proletarischen Gassentypus, dann die wunderbare, aller Romantik ledige Zigeunerin des Louvre und den flotten Fischerjungen des Antwerpener Museums. Es gibt noch andere Exempel. Das demokratische Motiv hat hier eine ganz neue Gestalt. Wir rücken in die Zeit des Dreissigjährigen Krieges — in eine Zeit der Entwertung des Menschenlebens, der Unsicherheit des Daseins, der Proletarisierung zahlloser Existenzen, anderseits der Ausbildung eines ästhetischen Aristokratismus. Hals spiegelte diese Tatsachen. Er war Bohémien. Er war, wenn man will, ein Lump, eine Art von philosophischem Lebemann. Er war ein Kavalier — aber einer von jenen, die zum Volk gehören und den Humor, die Leichtigkeit, die Freiheit, die Genialität des Volkes besitzen. Seine besten Porträts sind Volkstypen: Proletarier, die ihr Leben auf der Schneide der Not tanzen lassen und dazu lachen

Und einigermaßen ähnlich, doch minder französisch im Geiste, Rembrandt van Rijn (von 1606 bis 1669), der Meister von Amsterdam, der grösste Sohn Hollands, vielleicht der tiefste Künstler, der je gelebt hat. Wer kann bezweifeln, dass diese Kunst nach Stoff und Temperament demokratisch gewesen ist? Eine tiefeingewurzelte Sympathie trieb Rembrandt den Geringen, den Dingen und Personen des bescheidensten Alltags zu. Da fehlt so ganz. Er war der Meister des Unscheinbaren. Er, der das Geld so prachtvoll hinauswarf, weil er es verachtete — und konsequent den Mut besass, nichts als seinen Lebensmut zu besitzen, er musste die lieben, die nicht zu den Grossen der Welt gehören: die Bettler, die blinden Geiger, die Kuchenbäckerinnen der Strassenbude, die Ghettojuden, die Leute in Lappen, die in Amsterdam unter der Tür armseliger Häuser sassen — und auch den Landmann und seine dürftigste Behausung. Seine köstliche Lieblingstechnik, die Radierung, gab ihm die geeignetsten Mittel, diese Erschliessungen festzuhalten. Diese Blätter sind Aphorismen. Aber sind in Aphorismen nicht die tiefsten Erkenntnisse, die monumentalsten Wahrheiten niedergelegt worden?

Die drei, die auf Brueghel, Hals und Rembrandt folgten und von ihnen lebten, konnten diese Höhen nicht ersteigen. Der Holländer Adriaen Brouwer (von 1606 bis 1638) und der Antwerpener David Teniers der Jüngere (von 1610 bis 1690) in Belgien, Adriaen van Ostade (von 1620 bis 1685) in Holland (Haarlem) hatten nicht die volle demokratische Innerlichkeit der drei Grossen. Brouwer mag

Hals einigermassen nahegekommen sein; aber schliesslich fehlte ihm doch die einzigartige künstlerisch-menschliche Freiheit des Vorbildes, so wie den Teniers und Ostade die bezwingende Naivität Brueghels des Alten fehlte, wiewohl sie alle drei vorzügliche Maler waren. Unnötig, hier das einzelne Bild zu nennen. Jede Galerie besitzt Beispiele dieser allzuberühmten Bilder und ungefähr jedermann weiss von den dreien. Wie stellen sie sich eigentlich — wenn wir nur das Ganze betrachten — zum Bauernvolk? Sie gehen hinaus und sehen die ländlichen Feste — wie beispielsweise die Engländerin den Schlierseer Schuhplattler. Mit einer etwas affektierten Liberalität nehmen sie an der Kirmess schliesslich auch Teil. Sie ziehen endlich gar eine Dorfschöne auf den Schoss und lüften ihr das Busentuch — etwa in jenem Bedürfnis, das vordem dem Junker die Idee eingab, das *jus primae noctis* zu erfinden, das bekanntlich die Würde des Edelmannes nicht schädigt. Sie machen mit — sie sind nun einmal von der Spezies *homo sapiens*. Aber dann kommen andre Töne. Missbilligung der alkoholischen Exzesse. Oder leutseliges Gelächter bei den Balgereien und den unanständigen Entleerungen. Jedenfalls bleibt immer eine aristokratische Demarkationslinie fühlbar, die den malenden Kavalier des 17. Jahrhunderts von dem gemalten Bauernlummel und Landproleten der Aera des Grimmelhauseuschen „Simplizissimus“ sondert. Immerhin: das demokratische Interesse ist noch da und es wäre falsch, die Sache so zu wenden, als ob die Kunst dieser drei nur eine spekulative Mode gewesen sei.

Von den Epigonen dieser Epigonen, den Craesbeck, Thilborch, Thulden, Vinkeboons — und wie sie alle hiessen, jene oft mittelmässigen, meist groben und unpersönlichen Manieristen der niederländischen Volksmalerei des 17. Jahrhunderts, braucht nicht die Rede zu sein. Der Hinweis genügt. Die technisch so enorm virtuoson Feinarbeitern der Dou, Metsu, Mieris, Steen, Terborch, miniaturenhaft intime Genreszenen zumeist aus dem bürgerlichen Leben der Niederlande des 17. Jahrhunderts, liegen wohl ausserhalb unserer Betrachtung, die es wesentlich mit dem „niederem“ Volk zu tun haben will.

Das Zeitalter der Hochblüte des Absolutismus, der höfischen Galantise, der höfischen Zierkultur: das 18. Jahrhundert, das Zeitalter des Rokoko konnte die Kunst unmöglich mit demokratischem Geist erfüllen. Auch die Kunst der Niederlande hat dazumal nichts produziert, das uns hier interessieren müsste. Erst das 19. Jahrhundert brachte eine Neugeburt der grossen Ueberlieferung, die im Werk der Brueghel, Hals, Rembrandt, Brouwer verankert ist.

Die niederländische Malerei wandte sich dem Problem Volk gleichzeitig mit dem Sozialismus zu. Die Revolutionsmalerei eines Wappers (Brüsseler modernes Museum) hat kaum eine proletarische Note.

Unter denen, die schon im Zeitalter des kommunistischen Manifestes die Proletarierwelt mit künstlerischen Augen sahen, ragte namentlich Charles Degroux (von 1825 bis 1870) hervor. Noch kannte er kaum den hochentwickelten, durch die industrielle Arbeit qualifizierten Proletar. Degroux malte zum Beispiel den Alkoholproletarier, den das Kind im Wirtshaus fand und den es nun an die Leiche der Mutter führt. Ein Ton von antimilitaristischem Protest ist in jenem anderen Bild, auf dem junge Männer erbittert Eltern, Bräute, Heimat verlassen, um der Konskription zu gehorchen. Degroux malte auch die Feldarbeiterinnen, die die letzten Aehren lesen: im Zeitalter Millets wandte sich die soziale Malerei noch eher dem ländlichen als dem industriellen Proletariat zu. (Die drei Bilder im Brüsseler modernen Museum.)

In Degroux' Werk ist die soziale Note keineswegs plump, vielmehr ganz ruhig, sozusagen schlicht zeitgemäss. Anders bei Charles Hermans (geboren 1839). Er malte in den Siebzigerjahren jenes Bild, das nun im modernen Museum in Brüssel hängt: ein Lebemann mit dem hohen Hut verlässt mit zwei Kokotten ein Nachtcafé im selben Augenblick, in dem eine Arbeiterfamilie das Trottoir passieren will, um durch die Frühdämmerung der Arbeitsstätte zuzumarschieren. Dies Bild grenzt an Demagogie, die man dem politischen Tageskampf, nicht dem Künstler verzeiht.

Léon Frédéric (geboren 1856) Kunst bedeutet in der belgischen Malerei wohl einen ersten sehr starken Versuch, die proletarische Stillinie zu finden und das moderne Volk zum Thema einer neuen Monumentalmalerei zu erheben.

Er malte den Kreidehändler, der mit der Familie vor der Fabrik von schlechten Tontöpfen ein armseliges Mittagmahl nimmt, ungefähr mit der gleichen Andacht, mit der je ein Primitiver sein Altarbild malte. Frédéric's Bild gleicht sich schon äusserlich dem Sakralbild an — es ist ein Dreiflügelbild, auf dessen Flügeln die beiden Wege gemalt sind, die der Proletarier zu gehen Gelegenheit hat: der Weg zur Arbeit in der Frühe und der Weg von der Arbeit am Abend. Reden wir aber vor solchem Bild von Malerandacht, so ist das politische Andacht — mit anderem Wort: zeitgenössische Gesinnung in den grossen Fragen der Menschheit. So hat sich der Kreis von den Alten bis zur Gegenwart geschlossen. Stärker noch, weil es stilistisch noch strenger ist, wirkt das Fünf Flügelbild desselben Meisters im gleichen modernen Brüsseler Museum: die Lebensalter des Landmannes. Blühende Kinder, reife Jünglinge und Jungfrauen, ernste Gatten und stille Greise sind mit einer kompositionellen Einfachheit, die wir gewöhnlich Hodler zum Verdienst rechnen, in langer Reihe aneinandergekettet — und alle wenden die Front dem Menschen zu, der hinsieht: hier sind wir — besinne dich durch die Kunst auf die Gegenwart und ihre grössten Sorgen

Auf dem Weg, den Frédéric begonnen hat, ist am entschiedensten unter den niederländischen Volksmalern Eugène Laermans weitergegangen: auf dem Weg zu einer stilhaft-monumentalen, in Linie und Farbe eigentümlichen Darstellung des Proletariatsdaseins. Er malte Auswanderer (Antwerper Museum), Bettler (Lüttich Museum), Arbeiter, die nahe einem Dorf über eine alte Brücke wandern (Brüssel, modernes Museum). Wer je ein Proletarierbild von Laermans sah, wird den ganz spezifischen Eindruck nicht vergessen können. Laermans ist anders als Meunier. Er zeigt nicht, wie Meunier tut, den harten, festen, muskelstolzen, aufrechten Arbeiter, der da berufen ist, anzusteigen und die Welt umzuformen: Laermans zeigt den Gebückten, verelendeten, den halbbewussten Stumpfsinn, die Müdigkeit, den Herbst, das Dunkel. Meuniers Arbeiterwelt reisst unsere Seele mit wie ein unwiderstehliches Crescendo, das eines Tages in einem jubelnden, majestätischen Fortissimo prächtig, breit und frei ausmünden wird wie der vollendete Strom im offenen Meer. Laermans zeigt trüben Geistes Wesen der Tiefe, die sich immer gleich bleiben müssen — die nicht emanzipiert werden können. Der schmerzliche Pessimismus, den diese Gestalten in uns auslösen, wird aber nicht allein durch den soziallyrischen Gehalt dieser Bilder bedingt, sondern zumal durch eine ganz besondere Technik, in der Laermans sich ausdrückt und die man kaum beschreiben kann, aber nennen muss. Seine Proletarier sind ungeheuer gross und lapidar gezeichnet: man denkt an die bleiernen Konture alter Kirchenfenster. Und die Farbe ist in fast kindlicher Weise — die natürlich sehr bewusst ist — gleichmässig, breit und laut über die Flächen gelegt, aber immer durch ein toniges Graugrün oder sonst einen stillenden Sammelton gedämpft. Man denkt von diesen Sachen notwendig ans Mittelalter — die etwas künstliche, altertümelnde Art des Meisters ist bei aller ihrer Macht doch etwas verdächtig und gleicht einigermaßen dem Experiment einer dekadenten Seele, deren Ueberfeinerung Primitives braucht.

Dafür ist nun Meunier (von 1831 bis 1905) die Fülle der Gesundheit, der Kraft, des Glaubens an die Befreiung des Proletariats. Wer Erscheinungen aus dem proletarischen Leben nur dazu benützt, die Dämmerungen der eigenen Seele auszusprechen, wird nie dazu gelangen, das Wesen des modernen Proletariats in die wahre künstlerische Form zu giessen. Laermans dürfte diesen Vorwurf einigermaßen verdienen. Aber selbst Meunier hatte nicht die angemessene Verfassung, als er begann. Seine sevillanischen Tabakarbeiterinnen (Brüsseler modernes Museum), ein frühes Gemälde, streifen die Grenze des unterhaltenden Genres. Sie wären im Salon eines Bourgeois möglich. Das ist ein Verdikt. Anders das Werk des fertigen Meunier. Er war im Kohlengebiet von Mons, in der Eisenindustrie von Seraing, im Hafen von Antwerpen durch Suchen und Schaffen zu sich und seiner Art gekommen. Dort hatte er die kolossale Energie, die eherne Zucht, den brausenden Rhythmus proletarischer Arbeit gesehen. Er blieb zeitlebens überwältigt. Notwendig musste er davon durchdrungen sein, dass dies Proletariat, das sich zu fremdem Vorteil so wunderbar organisieren liess, zum eigenen Heil noch grandiosere Anstrengungen machen kann. Er glaubte an das Proletariat menschlich und künstlerisch zugleich — und so musste sein Werk

notwendig dies erhobene, starke, titanische, michelangeleske Profil bekommen, das wir als den grössten plastischen Stil unserer Zeit bewundern dürfen — trotz Rodin, trotz Hildebrandt. Ein Glück: man redet zum Arbeiter nicht von Fremdem, wenn man ihm von Meuniers Bronzeplastiken und Steinskulpturen redet. Er kennt sie — kennt die höchste Aeusserung demokratischer Kunst, die seit Brueghel und Rembrandt in der Welt erlebt wurde. Wir können des einzelnen hier entraten und die Betrachtung im Angesicht des Gesamtwerkes des gewaltigen Künstlers schliessen.

Wohl hätte mancher moderne Belgier — die neuniederländische Sozialkunst ist wesentlich belgisch — die Erwähnung gefordert: Künstler wie Collens, Evenepoel, Lempoels, Rassenfosse, Rops, Verheyden sollen den Arbeitern nicht vorenthalten werden. Aber die Enge des Raumes zwingt uns, mit der Andeutung zufrieden zu sein.

Doch eines darf am Schlusse nicht vergessen werden: ein Blick auf die Entwicklung des Technischen in der demokratischen Kunst der Niederlande. Es ist ein sonderbares Zusammentreffen, dass die Kunst auch nach der technischen Seite von den Meistern der demokratischen Impulse gefördert wurde. Brueghel bildete in einer Zeit, die von italienischer Mythologie und Schönmalerei bedroht war, seine robuste Bauernpalette aus, deren lebendige, frohe Farben uns an den kunstgewerblichen Geschmack des Volkes, an seine Truhen, an seine Fayencen erinnern. Hals entwickelte an seinen Typen im 17. Jahrhundert eine hochimpressionistische Breitpinseltechnik, die wir heute an Liebermann feiern. Rembrandt entwickelte an seiner Zimmermannsfamilie (Paris, Louvre) mit exemplarischer Gewalt das Problem des Lichtes und des Schattens. Laermans zeigte einer nach neuem Stil begierigen Zeit in der zeichnerischen Festigung der Gestalten und in einer neuen Pflege der Lokalfarbe neue Möglichkeiten. Wie man aber über archaisierende Versuche nur durch die innigste menschliche Verbindung mit dem Proletariat zu echter stilistischer Wucht gelange, das lehrte Meunier.

Hier liegen tiefwirkende Beziehungen zwischen Ursache und Wirkung vor. Diese Beziehungen sind so sicher wie rätselhaft und ernst.

Darüber möge der einzelne Leser weiter nachsinnen. Und er nehme — dies ist meine dringende Bitte — jede Gelegenheit wahr, Bilder zu sehen, damit er sich ein eigenes — wenn auch bloss im idealen Sinn eigenes — Material beschaffe und das, was hier angedeutet werden durfte, zu eigenem Erkenntnisgut fortentwickle und umgestalte.

Bücherschau

Rechtswissenschaft

„Das Verbrecherproblem in anthropologischer und soziologischer Beleuchtung.“ Ein historisch-kritischer Beitrag zur Kriminalsoziologie von Dr. Samuel Ettinger, I. Teil, Bern 1909.

Ettinger hat in dem vorliegenden ersten Teil seines Werkes das Verbrecherproblem vorwiegend vom anthropologischen Standpunkt aus behandelt, während er es in dem noch nicht erschienenen zweiten Teil vom soziologischen Gesichtspunkt aus erörtern will. Die Wissenschaft der Anthropologie ist eine Art Naturgeschichte des Menschen. Sie behandelt die Unterscheidung der verschiedenen Arten der Gattung Mensch, der sogenannten menschlichen Rassen und deren Entwicklung. Die Soziologie hingegen ist die Lehre von der menschlichen Gesellschaft, die Lehre von dem sozialen, das heisst gesellschaftlichen Zusammenhang der Erscheinungen.

Die Wissenschaft vom Verbrecher ist eine ziemlich junge Wissenschaft. Früher hat es nur die Wissenschaft vom Verbrechen — das Strafrecht — gegeben. Dieses beschäftigte sich damit, die verschiedenen Arten des Verbrechen — das heisst der Auflehnung des einzelnen gegen die bestehende soziale Ordnung — zu unterscheiden und für dieselben je nach der Wertschätzung der durch das Verbrechen gefährdeten gesellschaftlichen Güter seitens der herrschenden Klassen — staatliche Autorität, Eigentum, Leben, Freiheit, Ehre — einen Katalog von schwereren oder leichteren Strafen auszuarbeiten. Man befasste sich nur mit der verbrecherischen Tat, kümmerte sich jedoch nicht um den Täter sowie Ursache und Motive seiner Tat.

Bis zum achtzehnten Jahrhundert ging das Strafrecht, den Lehren der Kirche folgend, von dem Prinzip der Willensfreiheit aus — und, wie in Ergänzung zu Ettinger bemerkt werden möge, das offizielle Strafrecht, wie es in den Straf-

gesetzbüchern niedergelegt und in der Praxis angewendet wird, steht noch heute auf diesem Standpunkt. Die Strafrechtswissenschaft wurde aber bereits im achtzehnten Jahrhundert von dem dem Prinzip der Willensfreiheit entgegengesetzten System, nämlich dem Determinismus, wie ihn Hummel und Priestley lehren, angeregt. Der psychologische Determinismus lehrt, dass der Wille des Menschen nicht frei ist, sondern bedingt ist durch von ihm unabhängige Ursachen. Diese Ursachen können in besonderen dem Menschen angeborenen Eigenschaften bestehen oder in gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen derselbe lebt. So verhält es sich auch mit dem Willen des Menschen, der zum Verbrechen führt: Er kann bedingt sein durch organische Eigenschaften des Individuums oder durch seine soziale Umgebung. Je nachdem nun die eine oder die andere Ursache des verbrecherischen Handelns zum Gegenstand der Forschung gemacht wird, wird die Kriminalanthropologie oder Kriminalbiologie, die „den Verbrecher als physisch-psychisches Individuum zu erforschen sucht“, von der Kriminalsoziologie, „die sein äusseres Milieu (Umgebung), in dem er aufgewachsen, gelebt und zum Verbrecher geworden, analysiert“, unterschieden.

Der Hauptinhalt des erschienenen ersten Teiles des Werkes von Ettinger ist die Kritik der Resultate der kriminal-anthropologischen Schule. Dieselbe wurde in den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts von dem kürzlich verstorbenen italienischen Gelehrten Cesare Lombroso begründet. Die Lehre Lombrosos, die, wie Ettinger berichtet, schwer wiederzugeben ist, weil Lombroso selbst im Laufe der Zeit an ihr mehrfache Veränderungen vorgenommen hat, geht im wesentlichsten dahin, dass es geborene Verbrecher gibt, Menschen, die infolge angeborener Anomalien (Abweichungen) ihrer seelischen Funktionen, welche ihrerseits wieder durch körperliche Abnormität bedingt sind, Verbrecher, und dazu unverbesserliche, werden. Sie werden infolge ihrer organischen Veranlagung instinktiv und ohne innere Widerstandsmacht auf den kriminellen Weg getrieben. Durch seine äussere Erscheinung sowie durch seine Handlungsweise erinnert der Verbrecher an einen Menschen tiefer stehender Rasse oder Kultur — sei es an den vorgeschichtlichen Menschen, sei es an den noch heute lebender wilder Naturvölker. Vom anthropologischen Standpunkt aus betrachtet, erscheint der Verbrecher in seiner Abweichung von der normalen Menschenspezies als eine eigene Varietät. Später hat Lombroso immer ausdrücklicher betont, dass die Verbrechernatur sich grösstenteils sehr gut als eine degenerierte, abnorm fehlerhafte, krankhaft im Mutterleibe entwickelte Frucht des Alkoholismus, des Irrsinn und anderer Krankheiten der Eltern erklären lässt. Das Verbrechen ist daher nach Lombroso ein Naturphänomen ebenso wie Geburt, Tod und Krankheit. Der geborene Verbrecher ist infolge seiner Anlage unschuldig, es ist aber notwendig, die menschliche Gesellschaft gegenüber solchen gefährlichen abnormen Individuen sicherzustellen und sie von ihnen zu befreien.

Diese Lehre Lombrosos sowie die in mannigfacher Beziehung stark abweichenden Theorien seiner Schüler und anderer Kriminalanthropologen werden vom Verfasser einer vernichtenden Kritik unterzogen. Gestützt auf die Kenntnis der

gesamten einschlägigen Literatur und des statistischen Materials weist Genosse Ettinger nach, dass es den Lombrosischen Verbrechertypus nicht gibt, dass die Majorität der Verbrecher die für sie angeblich charakteristischen körperlichen Merkmale nicht aufweist, die letzteren dafür aber bei gänzlich unbescholtenen Personen häufig vorkommen, dass die Frage, inwiefern das Gewicht des Gehirns und die Art der Gehirnwindungen auf die geistige Beschaffenheit des Individuums von Einfluss ist, noch nicht entschieden sei u. s. w. Die körperlichen Anomalien bei Verbrechern sind nichts anderes als Degenerationserscheinungen, welche die Folgen der ungesunden Lebensweise sind, unter denen die Verbrecher, die ja fast zur Gänze den besitzlosen Klassen angehören, so wie ihre Vorfahren gelebt haben. Auch in psychischer Beziehung haben die Verbrecher nichts ihnen allein Eigentümliches aufzuweisen. Es ist nicht richtig, sie mit den primitiven, den Naturmenschen zu vergleichen: die Wilden sind in ihrer durch die ökonomische Lage, in der sie sich befinden, bedingten Art und Weise viel moralischer als unsere Bourgeois, die sie unter dem Vorwand, „Kultur zu verbreiten“, ausrauben und vertilgen. Die moralische Gefühllosigkeit der Verbrecher lässt sich viel besser und einfacher als dadurch, dass man die Verbrecher für anders geartete Menschen erklärt, durch das trostlose, vom Kapitalismus geschaffene Milieu erklären, in dem das Lumpenproletariat lebt. Die Verbrecher sind nichts anderes, als die „Unglücklichsten in der riesenhaften Armee der unschuldigen Unglücklichen, die das Werk der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Denn sie tragen eine doppelte Last auf ihrer Schulter, unter der sie um so eher zusammenbrechen: die Leiden ihrer proletarischen Väter und Grossväter und die schlimmsten Qualen ihres eigenen proletarischen Daseins“. „Geborene Verbrecher“ gibt es überhaupt nicht, auch die Degeneration des Individuums führt allein noch nicht dazu, dass es Verbrecher wird. Angeboren ist bei diesen Leuten nur die schlechte physische und geistige Ausrüstung zum Kampf ums Dasein, die erst unter gewissen Umständen zum Verbrechen führen kann. „Ein Mensch kann in abnorm krankhaftem, degeneriertem Zustand geboren und doch nicht Verbrecher, sondern genialer Denker oder Tugendheld werden und umgekehrt, es kann jemand durch ungünstige Lebensverhältnisse oder gelegentlich zum Verbrecher werden, ohne degeneriert zu sein.“ „Dass die Anlage allein nicht zum Verbrecher macht, geht daraus hervor, dass bis jetzt noch kein Fall bekannt ist, wo Nachkommen von Kriminellen selbst zu Verbrechern wurden trotz normalen physischen und geistigen Zustandes und trotz guter Erziehung und guter Lebensweise. Nicht die fertige Verbrechernatur kann vererbt werden, sondern bloss eine gesteigerte Empfänglichkeit für kriminelle Anlockungen. Es müssen noch Schädlichkeiten der Erziehung und der sonstigen Lebensverhältnisse hinzutreten, um das betreffende Individuum zum wirklichen Verbrecher zu machen.“

Genosse Ettinger beschäftigt sich am Schluss seiner Arbeit mit der Besprechung der kriminal-anthropologischen Anschauung des italienischen Genossen Professor Ferri. Dieser, der ursprünglich ein unbedingter Anhänger Lombrosos gewesen war, ist, nachdem er Sozialist wurde, Karl Marx

studiert hatte und so zu einem tieferen Verständnis der sozialen Zusammenhänge gekommen war, auch zu einer Anschauung gelangt, welche in der Entstehung des Verbrechens den sozialen Faktoren den ersten und den individuellen den zweiten Platz einräumt. Die Darstellung der Lehre Ferris bildet daher einen guten Uebergang für dem noch nicht erschienenen zweiten Teil des Werkes, der ja die Kriminalsoziologie behandeln soll.

Mag auch die Beweisführung des Genossen Ettinger im einzelnen dem Fachmann nicht neu sein, so ist das vorliegende Buch doch eine höchst verdienstvolle Arbeit, da sie sich der Mühe unterzieht, das ganze grosse Material der Kriminalanthropologie kritisch zu überprüfen. Uns Marxisten ist das Buch besonders interessant, weil man mit Vergnügen wieder einmal sehen kann, wie fruchtbar die Marxistische Denkweise für jede Wissenschaft, die sich mit dem Menschen befasst, und daher auch in der Kriminalistik ist.

Nein, das Verbrechen ist keine reine Naturtatsache wie Geburt und Tod, es ist vor allem eine soziale Erscheinung wie die Ausbeutung oder die Prostitution, in erster Linie hervorgerufen durch den Kapitalismus.

Dr. Richard Engländer.

Kunst

Friedrich Schiller. Gemalt von Hans G. Jentzsch. Vierfarbendruck. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 60 h.

Wer heute einen Schillerkopf malt und bekanntgibt, muss damit etwas zum Ausdruck bringen, was in den Bildnissen von A. W. Tischbein bis K. Bauer noch nicht steckt. Das Bild von Jentzsch kann man lange anschauen, herauskriegen wird man nichts. Es ist weder missraten noch vollendet. Es ist harmlos. Diesem Manne da mit den sanft geglätteten Locken und der wohlgeschwungenen Halsbinde merkt kein Betrachter an, dass Lodern sein Lieblingswort gewesen ist. Vermutlich schaut Schiller deshalb so traurig und gedrückt in die Welt, weil ihm auch diese neueste Folge einer sehr törichtigen Jubiläensucht wehtut. Auf dem Bilde steht ein Vermerk: 10. Nov. 1759. Was soll's damit? Kunstschaffen braucht keinen Vorwand und das Dezimalsystem ist nur für den Rechner da.

Dieses Kunstblatt gibt zugleich Gelegenheit, über den Kunstbetrieb unserer Parteiverlage zu sprechen und auf Entwicklungsmöglichkeiten hinzuweisen. Wenn unsere Parteiverlage auch dem künstlerischen Schaffen Raum bereiten wollen,

so ist das nur zu begrüßen; sie kommen damit den Kunstbedürfnissen der Arbeiterschaft entgegen. Diese Kunstbedürfnisse aber wollen nicht unterschätzt werden. Es ist erstaunlich, mit welcher Sicherheit unsere Parteiverlage in künstlerischer Richtung fehlgehen. An den Fingern einer Hand sind die wertvolleren Reproduktionen der parteigenössischen Kunstverlage aufzuzählen. Innere Ursachen hat das nicht. In unserer Sache liegt es gewiss, höchst strebender Kunst zur Verbreitung zu verhelfen. Allem Anschein nach arbeiten unsere Parteiverlage ohne künstlerische Beratung. Dazu übt die Kunstkritik in unseren eigenen Reihen viel zu viel Toleranz und entwickelungshemmende Langmut. Die Folgen sind die Bilder, die sich in unseren Kalendern, Festschriften und nun auch in unseren Tageszeitungen breit machen, Bilder, die entweder völlig wertlos sind oder jene Mittelmässigkeit atmen, die in Kunstdingen am gefährlichsten wirkt.

Hier stehen wir nicht nur vor einer Frage der Kunsterziehung. Die Wirkungen aller Kunst sind universeller Art. Die Erziehung zum Schauen und die Beeinflussung des Schauens sind von höchster Bedeutung. Es gibt Zusammenhänge zwischen Schauen und Denken. Wer nicht echte Kunst, und das ist aus Erlebnis geschöpfte Kunst, zu bieten weiss, trägt nichts bei, um den Sinn für die Wirklichkeit zu kräftigen. Darauf kommt es aber dem Proletariat an.

Der Verlauf unserer Wandschmuckausstellungen bezeugt, dass der Geschmack der Arbeiterschaft gut und glücklich ist. Wenn unsere Parteiverlage auch hier willkommene Arbeit leisten wollen, dann ist es notwendig, dass sie ihre Tätigkeit der Höhe unserer Bedürfnisse anpassen. Unsere Zeit ist nicht arm an lebensfördernder Kunst.

Josef Luitpold Stern.

Berichtigung

Genosse Schäfer schreibt uns:

Im Vergleiche mit meinen Aufzeichnungen finde ich, dass in meinem Artikel: „Aus der Geschichte der nordböhmischen Arbeiterbewegung“ in drei Fällen die Jahreszahl nicht stimmt.

In der vierten Zeile soll es statt 1847 heissen 1844; auf Seite 85 in der fünften Zeile von unten nicht 1885, sondern 1882; dann auf Seite 87 in der sechsten Zeile statt 1886 1885.

Ob mir der Irrtum in den Jahreszahlen unterlaufen ist oder ob es im Druck geschehen ist, weiss ich nicht.

Besten Gruss Ihr Anton Schäfer.